

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgelbste Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 50 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vertriebs-
 und Veranlagungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (selb-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengründe und Schlos-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Tarife für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 22. Januar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Steuerbelastung der deutschen und der englischen Arbeiter.

II.

Die verschiedenen durch die im ersten Teil dieses Artikels geschilderte englische und deutsche Zoll- und Steuergebung die Haushaltung der Arbeiter belastet wird, zeigt die nachfolgende Berechnung, der wir die sorgfältigen Ausgaben-nachweise eines Berliner Arbeiters, eines Buchdruckers, zugrunde legen. Auch das statistische Amt der Stadt Berlin hat im Jahre 1904 eine Reihe Arbeiterhaushaltsrechnungen veröffentlicht; sie leiden aber für unseren Zweck an dem Fehler, daß in ihnen nur die gekaufte Warengattung und der dafür vorausgabte Betrag angegeben ist, nicht das Gewicht oder Maß der gekauften Waren. Dagegen hat der Arbeiter, aus dessen Budget wir die nachfolgenden Verbrauchsziffern entnehmen, so weit er es vermochte, auch die Gewichts- und Maßzahlen hinzugefügt. Bemerkte sei noch, daß es sich um einen qualifizierten Arbeiter handelt, der in dem betreffenden Jahre (1906) 1950 M. verdiente und dessen Familie aus 4 Personen besteht.

Was hat nun dieser Berliner Arbeiter an Zöllen, Verbrauchs- und direkten Staatssteuern (die überall verschiedenen Kommunalsteuern bleiben außer Betracht) zu leisten, und welchen Steuerbetrag zahlt demgegenüber sein genau das gleiche Warenquantum verbrauchende englischer Arbeitskollege?

Die Antwort gibt folgende Tabelle:

	Steuerbelastung des		
	deutschen Arbeiters M.	englischen Arbeiters M.	
44 kg Rind-, Kalb- u. Hammelfleisch			
45 Schweinefleisch	139 kg		37,53
6 Speck	0,27		
2 Fleischfett			
42 Wurstwaren			
3 1/2 amerikan. Schmalz zum Braten			—,85
290 Schwarz- u. Graubrot			
156 Weißbrot (täglich für 30 Pf.)			12,50
Schrippen und Wännebrötchen			
zirka 1 1/2 ds Roggen a 5,—			9,82
14 Weizenmehl — 20 kg Korn			1,10
13 1/2 Kaffee — 17 kg Kaffee a 0,40			6,80
5 Malzaffee			0,40
37 Zucker			6,06
48 Butter			0,60
8 1/2 Käse 4 1/2 kg			1,85
32 Mandeln Eier — 25 kg			—,50
3 kg Kakao			—,60
13 Salz			1,04
4 Reis			—,16
2 Weizengries			—,24
1 1/2 Sago			—,22
240 Liter Bier (im Haushalt, Ge- schäft und im Wirtschaftshaus a 4 Pf.)			9,60
48 kg Petroleum a 6 Pf.			2,88
255 Stück Nigarren a 5 Pf. = 1,3 kg Tabak			1,25
	M.		104,47
Preussische Einkommensteuer			31,—
	M.		135,47

Der betreffende Berliner Arbeiter bringt also 135,47 M. Steuern auf, der englische nur 32,88 M. Demnach ist der Berliner Arbeiter über viermal so hoch belastet wie der englische.

Allerdings stehen die obigen 104,47 M., um die dem deutschen Arbeiter sein Verbrauch an Nahrungs- und Genussmitteln verteuert wird, nicht sämtlich in die Staatskasse. Von diesem Betrag erhält der Staat vielmehr nur einen geringen Teil. Den weitaus größten Teil stecken die ländlichen Grundbesitzer in die Tasche, deren Einkünfte durch die landwirtschaftlichen Schutzzölle künstlich auf Kosten der großen arbeitenden Volksmasse erhöht werden, so daß man in gewissen Sinne von einer Erhaltung der ländlichen Grundbesitzer auf Volkskosten sprechen kann: eine spezielle Art der Wirtschaftspolitik, die ebenfalls England nicht kennt, denn was der Steuerzahler dort an Staatssteuern entrichtet, das fließt nach Abzug der Erhebungs- und Verwaltungskosten rein in die Staatskasse.

Die Steuersumme, mit welcher der Berliner Arbeiter belastet ist, erscheint hoch, dennoch umfaßt sie noch lange nicht dessen Gesamtsteuerbeitrag. Zunächst fehlt die Kommunalsteuer, die da Berlin 100 Proz. der staatlichen Einkommensteuer erhebt, für den vorhin erwähnten Arbeiter sich ebenfalls auf 31 M. stellt. Dagegen zahlt in den meisten

größeren englischen Städten der Arbeiter überhaupt keine direkten Kommunalsteuern. Die Lokalsteuern (die „Rates“ und „Lages“) werden vom Hausbesitzer erhoben und in die Mierte hineingerechnet. Es läßt sich deshalb auch nicht berechnen, was der englische Arbeiter bezahlt. Durchweg sind aber die ihm angerechneten Lokalsteuern beträchtlich niedriger als in preussischen Städten.

Außerdem sind in der obigen Aufstellung nicht die Zölle für Industrieprodukte berücksichtigt, die der vorhin erwähnte Arbeiter beim Ankauf solcher Erzeugnisse mitbezahlt hat; ferner sind verschiedene Kolonialwaren fortgelassen, von denen in dem betreffenden Haushalt nur geringe Mengen verbraucht wurden, und schließlich sind viele der Zölle zu gering angesezt, z. B. beim Fleisch, bei dem die Steuerbelastung nur mit 13 1/2 Pf. pro Pfund angesetzt ist. Tatsächlich wird aber das Fleisch den Arbeitern nicht nur um den Zollsatz, sondern infolge der Grenzverren und der Einfuhrerleichterungen um mindestens 20 Pf. pro Pfund verteuert, wie ein Blick auf die englischen Fleischpreise, z. B. die Londoner Preise, lehrt. Selbst in der Weihnachtswoche, in der ausnahmsweise viel Fleisch gekauft wird, und deshalb das Fleisch in London gewöhnlich um 5 bis 10 Pf. pro Pfund steigt, kostete auf dem Zentralfleischmarkt von Smithfield, der für London maßgebend ist:

	pro engl. Pfund	pro deutsches Pfund
Rindfleisch, bestes schottisches	6 1/2—7	60—67 Pf.
„ „ „ „ bestes englisches	5 1/2—6	53—58 „
„ „ „ „ bestes amerikan.		
(von in England geschlachteten Rindern)	5 1/4—6 1/4	51—60 „
Rindfleisch, amerikanisches, getrocknet, b. Hinterviertel	5—6 1/4	48—60 „
„ „ „ „ Vorderviertel	3 1/4—4	32—38 „
Hammelfleisch, bestes schottisches	6 1/4—8	64—78 „
„ „ „ „ bestes englisches	6 1/4—7 1/4	60—70 „
„ „ „ „ bestes holländisches	5 1/2—6 1/4	53—60 „
Kalb- u. Lammfleisch, gutes englisches	7—8	67—78 „
Schweinefleisch, bestes englisches	6—7 1/4	58—70 „
„ „ „ „ bestes holländisches	5 1/4—6 1/4	51—64 „

Wohlverstanden, diese Preise sind den offiziellen Notierungen, dem „Meat Trades Journal“ (Fleisch-Handelsblatt), entnommen, der zuverlässigsten Quelle. Die höheren Preisangaben der Junkerpreise sind erlogen. Um dafür den Beweis zu liefern, erklären wir uns bereit, Personen, die sich für die Londoner Preise interessieren, die betreffenden Notierungen in den nächsten Tagen (nachmittags von 4 bis 5 Uhr in der Redaktion) im Original vorzulegen.

Zieht man alle diese nicht berücksichtigten Belastungen mit in Betracht, dann ergibt sich, daß der deutsche Arbeiter ungefähr fünfmal so hoch besteuert ist als der englische Arbeiter.

Wenn demnach die Liberalen und Agrarier sich auf England berufen und den deutschen Arbeiter des Mangels an „Nationalgefühl“ beschuldigen, so ist das nichts als Schwundel. Wollen die Kapitalisten Weltpolitik treiben, dann mögen sie auch die Kosten dieser Politik übernehmen; nicht aber, wie in Deutschland, zum eigenen Vorteil dem Volk die Nahrungsmittel maßlos verteuern und dann auch noch von den arbeitenden Schichten verlangen, daß diese die Kosten der lediglich dem kapitalistischen Interesse dienenden Welt- und Kolonialpolitik decken.

Es ist nicht nur ein sehr billiger, sondern sogar ein für sie recht profitabler „Patriotismus“, den sich im neuen Deutschen Reich die „Edelsten und Besten der Nation“ und die mit ihnen verbundenen großindustriellen Schutzgötter leisten. Sie bewilligen zwar großmütig der Regierung die Kosten für die Flotten- und Kolonialpolitik, doch die Kosten anzubringen, das überlassen sie der arbeitenden Volksmasse.

Eine neue Bülow-Pleite.

Der Reichskanzler hat am Sonnabend den Vorprung, den Herr Dernburg ihm abgewonnen hat, nicht einzuholen vermocht. Während Dernburg die ganze Disziplinhaftigkeit hinzurufen vermochte, und wenigstens 10 Proz. des zur zweiten Verlesung geladenen industriellen und Börsenkapitals durch seine verblüffenden Kolonialprospekte bezaubern konnte, hat sich Herr Bülow damit begnügen müssen, bei dem 15 Mark-Diner vor ganzen 75 Teilnehmern sein grandioses politisches Programm zu entwickeln.

Die erlauchte Versammlung war wunderbar gemischt. Neben einer Reihe von Professoren hatten sich auch etwaliche Minister eingefunden. Neben Herrn Anton v. Werner war Herr Max Liebermann erschienen; neben Ernst v. Wildenbruch, dem Ritter des roten Adlersordens 4. Klasse, sah Herr Ludwig Fulda; neben Herrn Rathenau, dieser feinsten Blüte der bürgerlichen Kaufleute, sah der Weltlicht-Affäreisende Schilling & Co. es war eine wunderbar zusammengewürfelte Gesellschaft, eine geradezu puglige Repräsentation der kapitalistischen und geistigen „Elite“ Deutschlands.

Die Rede Bülows selbst wurde von den 75 Personen dank des 15 Mark-Diners zwar mit „lebhaftem Beifall“ aufgenommen; allein irgend welche lebhafteren Widerhall hat diese Rede noch viel weniger gefunden, als das famose Silbersternchen-Manifest an

den Vorsitzenden des Reichsländerverbandes. Fürst Bülow hat keinen Erfolg gehabt. Er konnte keinen Erfolg haben, weil seine Rede aller Schlag erenterte und nicht die kleinste Sensation enthielt. Herr Dernburg ist ihm auf diesem Gebiete entschieden über. Seitdem Dernburg bewiesen hat, daß Bülowmann-Bizarrade wohlfeil wie Brombeeren sind, scheint der Reichskanzler kein Gewicht mehr auf das Zitieren zu legen. Aber Herr Dernburg hat ihm auch alle Fäden vorweggenommen. So enthielt die Rede Bülows nichts, als die übersten und abgebrauchtesten Gemeinplätze, als die trüfste Wiederholung all der abgegriffenen Redensarten, die in der Ordnungspresse seit Wochen zu Tode gehegt worden sind.

Ganz ohne eine klassische Anleihe vermochte der geistreiche Kanzler des Kolonialen Wasserlaufes allerdings nicht auszukommen. Er begann wieder mit einem Goethe'schen Wort: „Was ist Deine Pflicht? Die Forderung des Tages.“ Die geistigen Führer der Nation, d. h. die Herren Anton von Werner, Friedrich Dernburg, Ernst von Wildenbruch und der Weltlichtphotograph Schilling (Herr Schilling, der so hübsch Raubtiernachtjungen fotografiert hat und bei der Entdeckung des „Klugen Hans“ eine so hervorragende Rolle spielte, gehört übrigens noch nicht zu den letzten dieser geistigen Führer der Nation) wurden von dem Reichskanzler aufgefordert, für die Erfüllung dieser „Forderung des Tages“ einzutreten.

Diese Forderung des Tages wurde dann von dem Reichskanzler mit einer geistigen Dede vorgetragen, die mit der landschaftlichen Dede unseres herrlichen Südwesafrikas weitesterte. Der Reichstag, erklärte Bülow, sei aufgelöst worden, weil das Zentrum die Truppenstärke für Südwesafrika von einem bestimmten Termin ab auf 2500 Mann zu reduzieren geordert habe. Der Reichskanzler besitzt zwar nicht die glühende Phantasie des Herrn Dernburg, aber er kopiert wenigstens dessen Gedächtniswähe. Der Reichskanzler möchte ganz genau wissen, daß das Zentrum sich nicht auf die 2500 Mann Kapriziert hatte, sondern daß es nur „Vorbereitungen“ getroffen sehen wollte, die Zahl der Schutztruppenmannschaften — die durch Tausende von Polizeimannschaften ersetzt werden sollten — auf 2500 Mann herabzusetzen!

Eine wunderliche Gedächtniswähe verriet der Reichskanzler auch, als er pathetisch erklärte, das Zentrum habe gemühtigt werden müssen, weil es schon im Frühjahr 1906 die Forderung des Bahnbau im Kriegsgebiet zu Halle gebracht habe. Der Herr Reichskanzler sollte doch wenigstens wissen, daß sich damals unter denjenigen Parteien, die den fraglichen Bahnbau ablehnten, außer Sozialdemokratie und Zentrum auch der Freisinn befunden hat, der derzeitige Verbündete der Kolonialutopisten, Fleischwucherpatrioten und Staatsstreikschwärmer! Wäre also Fürst Bülow an der damals schon angeblich beabsichtigten Lot einer Reichstagsauflösung nicht durch seinen Ohnmachtsanfall gehindert worden, so hätte er damals außer dem Zentrum auch noch den Freisinn in die Wüste schicken müssen!

Was wäre unter diesen Umständen aus der wunderbaren Parole geworden, die diesmal der Reichskanzler ausgegeben hat, eine „konservative-liberale Politik“ zu treiben. Freilich, was der damalige Ohnmachtsanfall verhinderte, werden auch die schönsten Reden des Herrn Dernburg und die posthume Selbsterleuchtung des Herrn Bülow nicht erreichen können: eine Politik zu inaugulieren, die gleicherweise auf der agrarischen Selbstauspflünderung und der freisinnigen Volkbeschwörung beruht. Es werden nur wenige Wochen noch dem Zusammentritt des neuen Reichstages vergehen und der durch die Wahl begünstigte Freisinn wird ohnmächtig an die Wand gedrückt sein, während die agrarischen Freibeuter wiederum mit den Zentrumsdagariern und Volkverdurmern die alte Mehrheit hergestellt haben.

Fürst Bülow kam schließlich auch auf die Sozialdemokratie zu sprechen. Er wiederholte die abgedroschene reichsverbändlerische Lüge, daß die großen sozialpolitischen Reichsgesetze ohne die Zustimmung der Sozialdemokratie zustande gekommen seien. So gut wie ein reichsverbändlerischer Diätar sollte auch der Kanzler des Deutschen Reiches wissen, daß die Sozialdemokratie nur dann gegen die sozialpolitischen Gesetze gestimmt hat, sofern alle weitestgehenden Anträge der Sozialdemokratie von den die Interessen der profitierenden Unternehmer vertretenden Parteien abgelehnt worden waren. Fürst Bülow, der in seinen Reden so gern in die Fußstapfen des Kaiserlichkeits tritt, sollte wissen, daß selbst ein Fürst Bismarck erklärt hat, daß auch das „bisherige Sozialreform“, das Deutschland von der Arbeiterklasse abgerungen worden ist, nicht existierte, wenn nicht die Sozialdemokratie als drohender Naher hinter den Putschmachern gestanden hätte!

Richtig ist allerdings, daß die Sozialdemokratie keine „positive Arbeit“ in dem Sinne der „Forderung des Tages“ geleistet hat, wie Fürst Bülow das Goethe'sche Wort zu interpellieren liebte. Die Sozialdemokratie sühlt sich frei von der Schuld, niemals etwas zu der abenteuerlich phantastischen Weltpolitik beigetragen zu haben, die uns in Europa, in der ganzen Welt isoliert hat. Die Sozialdemokratie ist frei von der Verantwortung für das ökonomische Kriegsdauer wie für den endlosen südwesafrikanischen Kolonialkrieg. Sie ist es auch nicht gemein, die im Paroskoffizier die Katastrophe eines Weltkrieges heraufbeschworen hat; sie trägt so wenig die Verantwortung für die Heldentaten der deutschen Flotte gegenüber der Republik Haiti und dem venezolanischen Präsidenten Castro wie gegenüber der jammerdollen Gauchruterei vor den frechen Annahmungen des zaristischen Kosakentums an unserer Küstlichen Grenze!

Doch es wäre müßig, sich mit den leichtesten Nebenarten des Reichsanwalters in einer so ernsten Situation, wie der gegenwärtigen, länger beschäftigen zu wollen. Wäre Fürst Bülow nicht Reichsanwalt, sondern Diätar des Reichsverbandes, die Tage seiner Beamtenherrlichkeit wären gezählt! Generalleutnant Liebert, der Protokoll der Streikbrecher, würde schwerlich einem Medner von den einschläfernden Talenten eines Bülow täglich die üblichen 20 oder 30 M. ausbezahlen! Zum Glück aber ist Herr Liebert nicht Auftraggeber, sondern Beauftragter des Fürsten Bülow.

Am 25. Januar wird das deutsche Volk sprechen! Dann kann Fürst Bülow seinen Schmerz abermals am Busen des Generalleutnant Liebert austweichen!

Wahlkampf.

Ämtliche Wahlagitator.

In sächsischen Ämtblättern konnte man dieser Tage eine wirklich übereinstimmende Aufforderung an die Wähler lesen, die etwa besagte, daß Wähler patriotische Pflicht eines jeden Staatsbürgers sei und daß derjenige, der von der Wahlurne fernbleibe, sich am Vaterland verfühde und seinen Anspruch auf bürgerliche Achtung verwerle. Durch eine wahrhaft göttliche Fellei des Ämtblattes für die Ämtshauptmannschaft Reichen und den Stadtrat zu Wilsdruff ist aufgehellt worden, woher diese Notiz stammt. Durch ein vertrauliches Schreiben sind die betreffenden Blätter von der Ämtshauptmannschaft aufgefordert worden, eine solche Mahnung zu bringen. Das oben erwähnte Ämtblatt hat nämlich dumme Weise die gewünschte Notiz nicht im lokalen Teile abgedruckt, sondern das ganze Ämtshauptmannschaftliche Schreiben als amtliche Bekanntmachung veröffentlicht und dadurch wider Willen eine allerliebste behrliche Wahlmaße enthält. An der Spitze des amtlichen Teiles des Wilsdruffer Ämtblattes war am Sonntag, ganz in der üblichen Form amtlicher Bekanntmachungen, folgendes zu lesen:

Nach den Erfahrungen, die bezüglich der Wahlenthaltung bei den letzten Reichstagswahlen gemacht worden sind, erscheint es zweckmäßig, daß auch in den Ämtblättern — nicht im amtlichen Teile, aber an einer sonst leicht in die Augen fallenden Stelle — täglich bis zur Wahl energisch darauf hingewiesen wird, wie es eine unbedingte und ernste patriotische Pflicht jedes Wählers ist, am Wahltag an der Urne zu erscheinen und seinen Wahlzettel abzugeben.

Die unterzeichnete Ämtshauptmannschaft würde es daher mit lebhaftem Danke begrüßen, wenn auch die Schriftleitung des „Wilsdruffer Wochenblattes“ eine derartige Mahnung täglich bis zur Wahl in ihrem Blatte aufnehmen würde.

Es wird anheim gegeben, die Mahnung kurz, aber deutlich etwa folgendermaßen zu fassen:

„Wahlen ist nicht bloß das Recht, sondern auch die patriotische Pflicht eines jeden Staatsbürgers. Wer diese Pflicht verkennt und ohne ausreichenden Grund von der Wahlurne fern bleibt, der verfühdet sich am Vaterland und verwerle seinen Anspruch auf volle bürgerliche Achtung.“

Reichen, am 15. Januar 1907.

Die Königlich Ämtshauptmannschaft.

J. U. v. Koppenfels.

Da auch die Ämtblätter anderer Bezirke die von der Ämtshauptmannschaft Reichen gewünschte Aufforderung wörtlich brachten, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß alle Ämtshauptmannschaften auf eine Anregung der Regierung hin derartige Rundschreiben an alle Ämtblätter erlassen haben.

Die Regierung bemüht sich also energisch, die „Partei der Nichtwähler“ für die „Nationalen“ auf die Beine zu bringen. Dieser Eifer der höchsten Behörde hat natürlich alle unteren Behörden stark angeregt.

Mit allerhand kleinlichen Maßregeln suchen jetzt verschiedene Behörden die Wahlarbeit der Sozialdemokratie zu stören. So mußte, um nur ein Beispiel anzuführen, am Sonntag in Großhubrau bei Waagen eine große Volksversammlung bei ziemlicher Kälte unmittelbar unter den Fenstern eines großen, schönen Saales im Freien tagen. Die Abhaltung der Versammlung im Saale hatte die Ämtshauptmannschaft verboten, weil die Klotzreihe nicht vorschriftsmäßig sei. Der Versammlung ist durch den Nadelstich kein Abbruch getan worden, der Unwille der Versammelten wird aber am 25. Januar zum Ausdruck kommen. Darüber ließ der Versammlungsverlauf keinen Zweifel.

Zu allen sächsischen Wahlkreisen arbeiten jetzt die Gegner mit allen Mitteln und einem Eifer, wie er seit 1887 noch nicht wieder zu beobachten gewesen ist. Ihr Streben geht dahin, die indifferenten Wähler für sich mobil zu machen und uns mit deren Stimmen zu erdrücken. Die Rechnung dürfte aber nicht ganz stimmen. Der 25. Januar wird's zeigen.

Soweit unser sächsischer Mitarbeiter. Viele Zeichen des Wahlkampfes lehren, daß die amtliche Wahlagitator, wie sie diese Fellei des sächsischen Ordnungsblättchens enthält, sich nicht nur auf Sachsen beschränkt. Ueberall steht der ganze amtliche Apparat im Dienste der „nationalen“ Wahlmaße. Ueberall wird in derselben Weise hinter den Kulissen gearbeitet wie in der sächsischen Ämtshauptmannschaft Reichen. Und überall arbeiten die Gegner mit einem Eifer, wie er seit 1887 noch nicht wieder da war! Die Nichtwähler sollen mobil gemacht werden gegen die Sozialdemokratie! Eine Wahlbeteiligung soll erzielt werden, wie sie noch nicht dagewesen ist! Wir müssen mit der Tatsache als gegeben rechnen, daß der Sieg viel schwerer gemacht werden wird, als bei früheren Wahlen! Genossen, würdigt diese Tatsache! Verdoppelt eure Anstrengungen! Unser müssen die Nichtwähler werden, die diesmal zur Urne gehen! Auf zu intensiver Arbeit!

Freisinn und Postbeamte.

Die „Freisinnige Zeitung“ zählt stolz alle die freisinnigen Anträge und Anregungen auf, die eine Erhöhung der Postbeamtengehälter bezwecken. Folglich müßten die Postbeamten und Postunterbeamten für die freisinnigen Kandidaten eintreten.

Nur, es ist nicht der Freisinn allein gewesen, der sich dergestalt der mittleren und unteren Postbeamten angenommen hat. Die Sozialdemokratie hat niemals eine Gelegenheit veräumt, für die Verbesserung der Lage der Postproletarier einzutreten.

Aber wer hat die Forderungen der Sozialdemokratie, ja selbst die des Freisinns, abgelehnt? Die Regierung und die reaktionären Parteien, mit denen jetzt der Freisinn gemeinsam die Wahlplacht schlägt!

Worumter leiden die Postbeamten gleich den Arbeitern am schwersten? Unter dem Zollwucher, der Fleischnot, den indirekten Steuern, die mit dem Wachstum der Heeres-, Flotten- und Kolonialausgaben ins Ungemessene gewachsen sind, von 235 Millionen im Jahre 1878 auf mehr als 1000 Millionen im Jahre 1907. Und wer weittert mit den Agrariern und Schlotzwerkern im Flottenrücken, in der kolonialen Abenteuerpolitik? Der Freisinn! Der Freisinn, der die Frage der agrarischen Volkswanderung aus dem diesjährigen Wahlkampfe völlig ausgeschlossen hat!

Die Lage namentlich der Postunterbeamten ist in der Tat eine bringend aufbesserungsbedürftige.

Es erhalten nach dem Etat für 1906:

der Staatssekretär	44 000 M. Gehalt
der Unterstaatssekretär	20 000 „
3 Direktoren	je 15 000 „
die Oberpostdirektoren	je 7000—10 000 „
5 Posträte und Oberposträte	je 4200—7 000 „
teilweise	—15 000 „

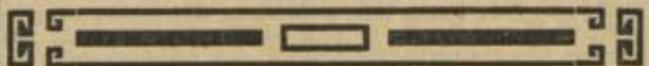
Dagegen	11 900 „gehobene“ Unterbeamte je 1200—1 800 „
	39 675 Unterbeamte je 900—1 500 „
	22 800 je 800—1 000 „

Selbst also unter Zurechnung eines dürftigen Wohnungsgeldzuschusses höchst jämmerliche „Gehälter“! Dabei verläubete die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ noch am 19. Januar 1907 stolz, daß die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung im Jahre 1906 den höchsten bisher erreichten Ueberschuß erzielt habe, nämlich nicht weniger als 73,6 Millionen Mark!

Jeder Postbeamte also, der sein saures Los tatsächlich verbessern, die Ueberschüsse nicht für eine Dornburg-Zippelkirchische Weltpolitik verpulvern lassen, sondern zum Teil für Aufbesserung der Beamtengehälter verwenden sehen und endlich mit dem System der Volkswanderung durch den Brot- und Fleischwucher gedrohen wissen will, darf keinen Freisinnigen, keinen Verbündeten der Fleischwucherer wählen, sondern nur einen Sozialdemokraten!

Der Freisinn als Konkurrent des Reichslügenverbandes!

Im ersten Berliner Wahlkreise wird ein freisinniges Flugblatt verbreitet, das sich an die *Gaswirte* wendet. Es zählt die Verdienste des Freisinns um die Gastwirte auf, besonders seine Gegnerschaft gegen die Hölle auf Lebensmittel, gegen die Fleischnotpolitik, die Erhöhung der Brausteuern usw., natürlich unter sorgfältiger Verschweigung der Tatsache, daß der Frei-



Deutschland in der Welt voran!

Die bürgerlichen Klopfflechter renommieren während der Wahlen mit den Segnungen der Arbeiterversicherung herum. Auf sozialpolitischem Gebiete sei Deutschland in der Welt voran.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? In dem Jahren von 1885 bis einschließlich 1905, in zwei Jahrzehnten also wurden in sämtlichen drei Versicherungszweigen, aus der Unfallversicherung, der Krankenversicherung und der Invalidenversicherung, an Renten und Unterstützungen zusammen

4555 Millionen Mark

gezahlt. Davon brachten die Arbeiter selbst 2723 Millionen auf, so daß sich die Unternehmerbeiträge und der Reichszuschuß auf zusammen

1832 Millionen Mark

beklefen.

Dagegen betrugen während dieser zwanzig Jahre die Ausgaben für

Kriegsmeer und Flotte

16 000 Millionen Mark,

wozu noch die Kolonialausgaben bis Ende 1905 mit mehr als 1300 Millionen Mark kommen!

Für

Krankheit, Invalidität und Unfall der Proletarier brachte also das Reich und das Unternehmertum ganze

1800 Millionen

auf.

Für Meer und Flotte wurden, und zwar zum weitaus größten Teile aus den Taschen der nichtbesitzenden Klasse, die ja den Löwenanteil der indirekten Steuern zu tragen hat,

mehr als 17 000 Millionen,

also fast das Behufsaße aufgebracht!

Das ist die gefüllte Kompottschüssel des deutschen Arbeiters!



sinn den Wert seiner Worte gegen die Zollwucherer bedeutend herabgemindert hat durch seine verräterische Haltung bei den entscheidenden Kämpfen, die im Reichstag um den Zolltarif geführt wurden, daß er ferner bei den Wahlen in zahlreichen Fällen den Zollwucherern gegen die Sozialdemokratie zum Siege verholfen hat und daß er sich zurzeit rüftet, diese edle Taktik in vergrößertem Maßstabe zu üben. Haben doch diesmal schon vor den Hauptwahlen in zahlreichen Wahlkreisen die Freisinnigen erklärt, daß sie in der Stichwahl dem Reaktor gegen die Sozialdemokratie helfen werden — ganz abgesehen von den kaum minder zahlreichen Fällen, wo sie gleich im ersten Wahlgange für den Reaktor stimmen, um den Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern.

Sorgfältig verschwiegen wird auch, daß die Sozialdemokratie all die aufgezählten, für den Mittelstand so schädlichen Maßnahmen der Agrarier und Regierung viel entschiedener noch bekämpft hat, als der Freisinn. Zum Ausgleich wird folgende Verleumdung der Sozialdemokratie angebracht:

Die Sozialdemokratie ist die Feindin eines jeden selbständigen Gewerbes, sie will nur herrschen und sich die Gewerbetreibenden untertan machen. Die Sozialdemokratie erstrebt die Vernichtung der selbständigen Kleinbetriebe. Ein Gewerbetreibender kann deshalb, will er die Erhaltung und Förderung seines Standes, die Sozialdemokratie nicht unterstützen.

Diese Lüge kann sich neben denen des Reichslügenverbandes sehen lassen. Wir haben die Verlogenheit von der Mittelstandsfeindlichkeit der Sozialdemokratie, von ihrer Absicht, die Kleinbetriebe zu vernichten, in diesen Tagen schon so oft dargelegt, daß es sich erübrigt, der Freisinnstügel die Ehre einer besonderen Wiberlegung anzutun. Wir haben sie nur angenagelt, um zu zeigen, daß der Freisinn sich in seiner Kampfweise kaum noch vom Reichslügenverband unterscheidet. Er ist, wie wir schon einmal sagten, vollständig auf den Reichsverband gekommen!

Arbeitsruhe am Wahltag.

Hamburg, 21. Januar. Der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona beschloß in seiner Verbandsversammlung vom Sonnabend, seinen Mitgliedern zu empfehlen, den vielfachen Wünschen der Arbeiter entsprechend am Nachmittage des 25. Januar die Arbeit ruhen zu lassen, um dadurch den Arbeitern Gelegenheit zur Ausübung des Wahlrechts zu gewähren.

Der Hamburger Arbeitgeberverband ist sonst nicht so entgegenkommend bei Arbeiterforderungen. Es ist anerkanntswert, daß er jetzt diesen vernünftigen Beschluß faßt, selbst wenn er dabei nicht ganz freiwillig handeln sollte.

Die „geistigen“ Waffen des Zentrums.

Immer wieder begegnet man in der Presse des Zentrums verstellten oder offenen Aufforderungen zu Brutalitäten gegen sozialdemokratische Flugblattverbreiter. So brachte die „Rheinische Volksstimme“ dieser Tage einen Bericht aus dem Kreise Grevenbroich, worin es heißt: „So sahen sich viele Leute in den Nachbardörfern veranlaßt, um endlich die lieben Genossen mit ihrem frechen, ausdringlichen Gebaren loszuwerden, zu Gewaltmitteln zu greifen. Mit Stöcken und Risgabeln wurde denselben in einem der Nachbarkorte der Garauß (?) gemacht. Viele biedere Landbewohner haben den dreisten Wahlagitatoren Rache geschworen und wird es bei eventueller Wiederkehr der Genossen in ihrem eigenen Interesse sein, sich taftvoll zu benehmen.“

Es ist eine freche Lüge, daß die sozialdemokratischen Flugblattverbreiter sich nicht einwandfrei benommen hätten. Ihre einzige „Verfehlung“ ist der Inhalt der von ihnen verbreiteten, dem Zentrum so unangenehmen Agitationschriften.

Die vom Zentrum in Grund und Boden hinein verheßte und fanatisierte Landbevölkerung hat im Kreise Grevenbroich dieser Tage ganz niederträchtig gehandelt. Aus den Dörfern Elsen, Elßen, Bierath u. a. werden feige Ueberfälle einer an Zahl duzendfach überlegenen Bevölkerung auf die paar wehrlosen Flugblattverbreiter gemeldet. Aus erbärmlicher Furcht, am Ende gerichtlich zur Verantwortung gezogen zu werden, hat man vielfach die Schuljugend in ganzen Rudeln auf unsere Genossen gehetzt; sie wurden beschimpft und immer wieder mit Steinen bombardiert. Die Erwachsenen sahen dem Treiben der unwissenden Kinder untätig zu. Im Dorfe Elßen wurden die Kinder von einem gutgekleideten Manne, anscheinend einem Lehrer oder einer sonstigen Respektperson, angeführt. Unerwartet suchte man unsere Freunde zu vertreiben, indem man Hunde auf sie hetzte oder sie mit gefährlichen Werkzeugen bedrohte.

Ähnliche Meldungen kommen aus einer ganzen Reihe anderer dem Zentrum treuergebener Orte. Unsere Genossen lassen sich, wie die Beteiligung an der Landagitator zeigt, dadurch nicht im geringsten abschrecken. Im Gegenteil wird ihr Eifer dadurch noch angestoppt. Zudem aber wächst die Zahl der Orte immer mehr, wo die sozialdemokratischen Pioniere mit größter Fremdblichkeit aufgenommen werden. Im übrigen entsprechen die Erziehungsprodukte, die sich in den Zentrumskolonien in der Form von niederträchtigen Brutalitäten gegen Andersdenkende äußern, ganz dem Wesen des nach Toleranz für sich selber rufenden Merkantilismus.

Eine Zentrums-Familie im Wahlkreise Essen.

Wie schon früher, bedient sich das Zentrum auch jetzt wieder einer plumpen Wahlüge, um das Essener Mandat zu retten. Von Anhängern des Zentrums wird nämlich auf der Gruppenversammlung eifrig das Gerücht kolportiert, daß der Arbeiterssekretär Genosse Limberg 600 Mark Gewerkschaftsgelder unterschlagen habe und bereits verhaftet sei. Wir können ja verstehen, daß den Schwarzgenossen die Agitation des Genossen Limberg schwer im Magen liegt, daß sie aber durch solche gemeine Ehrabschneider den politischen Gegner unschädlich machen wollen, zengt davon, daß das Zentrum fürchtet, mit reinen Waffeln den Wahlkreis nicht halten zu können. Genosse Limberg wird natürlich Veranlassung nehmen, sich bis zum Tage der Wahl noch häufig in Versammlungen zu zeigen und die Wähler wie bisher auf die Tünden des Zentrums aufmerksam machen.

Die Freisinnigen, die in dieser Wahl zum ersten Mal mit einer eigenen Kandidatur hervorgetreten sind, scheinen besser zu sein, als der Ruf der Freisinnigen im allgemeinen ist. In einer Freisinn-Versammlung erklärte der Referent, Rechtsanwalt Nohn-Dortmund auf eine Anfrage, wie sich die Freisinnigen bei der Stichwahl stellen würden, daß sie nur einen Mann wählen dürften, der das Zentrum prinzipiell bekämpfe, der eintrete für Weibehaltung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts und Fortführung der Sozialpolitik, daß der Kampf des Freisinns unter allen Umständen jeder Reaktion gelte, Weiße haben!

Westpreussische Gesellichkeit.

In den patriarchalischen Gefilden des ostfälischen Bildwestzeitigte bisher noch jede Reichstagswahl gar eigenartige Erfahrungen bezüglich der Gesehenskenntnis so mancher Hüter der Ordnung. Ein über das Normalmaß aber sehr erheblich hinausreichendes Abenteuer mußten diesmal zwei brave Genossen in der Kleinstadt Puzig erleben. Am 11. Januar belegten sie das Städtchen sorgfältig mit Flugblättern. Gegen Schluß der Arbeit stellte sie ein Polizeibeamter, der wissen wollte, ob sie die Blätter auch auf der Straße verteilt hätten. Auf ihre bejahende Antwort konfiszerte der Polizist die Flugblätter und revidierte sogar ihre Taschen nach weiterem Material! Alle Protäste, alle Hinweise auf Reichstagswahl usw. waren zwecklos. Sie wendeten sich nun an den Landrat und forderten dort Herausgabe ihres Eigentums. Der Herr Landrat erklärte darauf: er müsse erst selbst ein Flugblatt lesen, um zu sehen, ob auch nichts Aufreizendes darin enthalten sei! Nach dem Lesen erklärte er entrüstet: „Die Blätter erhalten Sie nicht zurück, wenn Sie wollen, können Sie sich über mich beklagen!“

Auf dem Bahnhofe hatten die Genossen noch ein Paket Flugblätter in Verwahrung gegeben. Auch das wurde konfisziert; obgleich die Genossen sich weigerten, die Luitung des Portiers herauszugeben, wurde es vom Stationsvorsteher dem Polizisten ausgeliefert. Wie der Danziger Regierungspräsident v. Jarosch, der „deutscher“ Kandidat des Wahlkreises Puzig-Reustadt i. Westpr., auf erhobene Beschwerde dem westpreussischen Zentralwahlkomitee mitteilte, sind die Flugblätter jetzt auch gerichtlich beschlagnahmt! Ein Grund ist für diese Maßnahme nicht angegeben. Eine direkte gerichtliche Mitteilung liegt auch nicht vor.

Mecklenburg voran!

Aus Rostock wird vom 21. Januar gemeldet: Die Reichstagsstichwahlen finden am Sonnabend, den 2. Februar für ganz Mecklenburg statt.

Die mecklenburgische Regierung hat es sehr eilig. Fast könnte man meinen, sie gönne der Sozialdemokratie nicht den zweiten Sonntag zur Agitation, die ihr von den Staaten zur Verfügung stehen wird, wo die Stichwahlen erst am 5. Februar stattfinden.

Für die kommenden Wahlproteste!

Nach Artikel 27 der Reichsverfassung steht dem Reichstag die souveräne Entscheidung über die Legitimation, d. h. die Gültigkeit der Mandate seiner Mitglieder zu.

Nach der ständigen Übung des Reichstages führt nun jede amtliche Beeinflussung zur Vernichtung des Wahlergebnisses des betreffenden Wahlbezirkes oder Wahlkreises in der Weise, daß die

für den Gewählten, zu dessen Gunsten die Beeinflussung erfolgt ist, abgegebenen Stimmen abgezogen werden. Ergibt sich alsdann keine sichere Mehrheit für den Gewählten mehr oder hat die Beeinflussung über den ganzen Wahlkreis stattgefunden, so wird die Wahl ungültig erklärt. Der letzte Reichstag hat sogar eine Wahl (Braun-Frankfurt a. O.) schon darum vernichtet, weil die amtliche Beeinflussung nicht zu Gunsten des Gewählten, sondern eines unterlegenen Kandidaten stattgefunden hatte. Es wurde dabei geltend gemacht, daß ohne die erfolgte Beeinflussung möglicherweise ein anderer Kandidat in die engere Wahl gekommen wäre und dadurch der schließliche Ausgang der Wahl hätte ein anderer werden können. Eine amtliche Einflußnahme auf das Wahlergebnis dürfe in keiner Weise zugelassen werden.

Als amtliche Wahlbeeinflussung gilt insbesondere jede Einmischung des Vorstandes einer mit Verwaltungs- oder Polizeibefugnissen ausgestatteten Behörde, sobald diese Einmischung unter Kennzeichnung des Amtscharakters der betreffenden Person geschieht. Wenn ein Bürgermeister, Landrat, Regierungspräsident, auch nur den Auftrag einer Partei unter Beifügung seiner behördlichen Eigenschaft unterschreibt, so führt dies zur Vernichtung des Wahlergebnisses, auf das sich die Beeinflussung erstreckt hat.

Run hat der Reichstagskanzler unterm 31. Dezember 1906 eine Kundgebung erlassen, in der zum Eintreten für die Parteien des Regierungsbündnisses und zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und des Zentrums aufgefordert wurde. Der Reichstagskanzler hat diesen Wahlauftrag nicht etwa als Privatmann, sondern als Leiter der Regierung geschrieben und ihm durch die Unterschrift „des Reichstagskanzlers: Bülow“ deutlich die Form eines amtlichen Erlasses gegeben. Der Reichstagskanzler hat den Vorsitzenden des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, als Empfänger seines Erlasses, ausdrücklich mit dessen öffentlicher Verbreitung beauftragt, die denn auch nicht nur durch die Tagespresse, sondern auch durch Millionen von Flugblättern über das ganze Reich hin erfolgt ist.

Selbstverständlich muß das, was den Vorständen unterer Verwaltungsbehörden verboten ist, dem obersten Verwaltungsbeamten des Reiches ebenso und erst recht verboten sein. Und damit sind die alle durch die Übung des Reichstages festgestellten Merkmale einer amtlichen Wahlbeeinflussung gegeben.

Die Wahlauschüsse mögen deshalb überall dort, wo sich der Anlaß zu einem Wahlprotest ergibt, und wo ein Konterpartier, Landvater, Antifeminist oder Liberaler gewählt wird, in dessen Wahlkreis eine Verbreitung des kaiserlichen Wahlerlasses stattgefunden hat, und eine Beeinflussung der Wähler dadurch anzunehmen, namentlich aber einigermaßen zahlenmäßig schätzbar ist, nicht verschließen, ihren Protest auch auf diese Tatsachen zu stützen und wegen dieser amtlichen Wahlbeeinflussung vom Reichstag die Vernichtung der betreffenden Wahl verlangen.

Wenn der kommende Reichstag durch die Klugheit der Wähler derart zusammengesetzt wird, daß er seine Pflicht tut und die abschlüssigen Gesetze der Regierung gleich von Anfang an mit Entschiedenheit zurückweist, dann wird die erste Folge die Vernichtung der Wahlen aller Mitglieder des Bundes der Regierungsparteien sein müssen, die nur durch eine dem Gesetz wie dem politischen Anstand gleich widersprechende amtliche Beeinflussung in den Reichstag kommen werden!

Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg.

Aus dem Wahlkreise Sorau-Fork wird uns berichtet: Am Sonntagmorgen sollte in Helmsdorf bei Leuplitz im Lokal des Herrn Bröckel eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Versammlung stattfinden. Der Herr hatte einige Wochen vorher unter Jugendgenossenschaft erklärt: „Mein Lokal steht Ihnen zu jeder Stunde zur Verfügung.“ Als aber Einberufer und Referent erschienen, erklärte derselbe Herr: „Die Versammlung kann nicht stattfinden; ich gebe den Saal nicht her.“ Bei den weiteren Verhandlungen stellte es sich heraus, daß ihm von anderer Seite genügend zugesagt worden ist. Die schon zahlreichen Versammlungsbesucher verließen nunmehr geschloffen das Lokal und begaben sich nach einem gemeinsamen Spaziergange etwa 100 an der Zahl in die Versammlung der Gegner, die um 4 Uhr in einem anderen Lokale stattfand. Nach der Eröffnungsrede und dem üblichen Kaffeehoch erbat Genosse Hartmann das Wort zur Geschäftsordnung, um einen Antrag auf Bureauwahl zu begründen. Als er noch nicht ganz einen Satz gesprochen hatte, führte ihn der Vorsitzende an: „Ich schneide Ihnen das Wort ab!“ Nach dieser Vergewaltigung forderte Genosse Langhammer Berlin alle Anwesenden, die mit dieser Geschäftsführung nicht einverstanden seien, auf, die Versammlung zu verlassen. Nach einem schallenden Hoch auf den Kandidaten der Sozialdemokratie, Genossen Bauer und Heber, verließen über 100 Personen den Saal. Ein kleines Häuflein, etwa 80 Personen, meist abhängige Guts- und Bergarbeiter, blieb zurück.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Januar 1907.

Gegen das Reichstagswahlrecht.

Die Gegnerschaft der rechtsstehenden Parteien gegen das Reichstagswahlrecht — von den Konservativen bis zu den Nationalliberalen — ist durch zahllose Dokumente bewiesen. Wenn wir diesen Belegstücken noch ein weiteres hinzufügen, so tun wir es, weil wir nicht dringend genug auf die Gefahr hinweisen können, die dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht droht, falls im Reichstag eine konservativ-nationalliberale Mehrheit zustande kommt.

Am 15. Januar 1906 benutzte der bekannte freikonservative Oberstleutnant Freiherr v. Redlich die Gelegenheit, um bei der Staatsberatung im Abgeordnetenhaus seinen bedrängten Vorgesetzten Luft zu machen. Unter dem Beifall der Rechten führte er aus, daß im Reich die breiten Massen ein viel größeres Wahlrecht hätten, als ihnen der Natur der Sache nach zukomme.

Nicht eine absolute Vermehrung des Wahlrechts der Besitzlosen ist eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern ein Ausgleich des Wahlrechtes zwischen Reich und Preußen derart, daß wir hier in Preußen Zug um Zug mit dem Reiche der Besitzlosen ein breiteres Wahlrecht einräumen, zugleich aber das Reichstagswahlrecht so umändern, daß auch die geistige Arbeit dort zu ihrem vollen Rechte kommt und nicht in kaltnurwürdiger Weise völlig gleichgestellt wird der Handarbeit. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir so vorgehen, dann werden wir zu gleicher Zeit erreichen, erstens, daß eine solche Änderung des Wahlrechtes bei uns nicht zu einer unheilvollen Stärkung der Sozialdemokratie führt, doch sie nicht als ein Erfolg der Sozialdemokratie angesehen werden kann, und wir werden zugleich die Ursache, aus der die politische Macht der Sozialdemokratie und ihr Einfluß auf die breiten Massen fließt, das Reichstagswahlrecht, in einer sachgemäßen und für den Bestand unseres nationalen Gemeinwesens entsprechenden Weise beseitigen.

Also, nicht mehr und nicht weniger als die Beseitigung des allgemeinen Reichstagswahlrechts wird hier verlangt! Allerdings hat Herr v. Redlich, als er seine Scharsmacherrede hielt, nicht geglaubt, daß die „Vande“ so bald auseinandergeht, nicht geglaubt, daß die Sozialdemokraten seinen Anspruch agitatorisch verwerten könnten. Sonst wäre er vielleicht doch etwas vorsichtiger gewesen.

Um ein paar ersparter Groschen willen?

„Wer vermag einer deutschen Mutter ihren Sohn zu erschauen, der um ein paar ersparter Groschen willen sein junges Leben lassen mußte!“ Mit diesen Worten sucht ein Flugblatt, das jetzt in Berlin und Vororten verstreut wird, die Denkfähigen gegen die Sozialdemokratie aufzureizen.

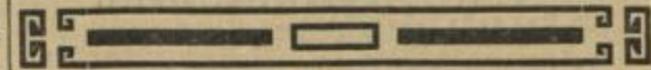
In der Tat, viel kostbares Blut ist geflossen! Nicht nur eine deutsche Mutter, nein, schon über 2000 beweinen ihre Söhne, die in Südwestafrika gefallen sind. Furchtbar fällt die Verantwortung auf jene, die schuld an diesen Opfern sind. Aber weshalb und zu welchem Zweck mußten so viele Söhne deutscher Mütter ihr junges Leben lassen?

Um des Profites willen! Die Kolonien sollen erschlossen werden, ihnen soll Kultur gebracht und sie selbst sollen der Kultur nutzbar gemacht werden. Und das geht nur einmal nicht ohne Opfer an Gut und Blut. So sagt man.

Rag sein. Aber was bedeutet die „Erschließung der Kolonien“? In seiner zweiten Agitationstreife hat Herr Dernburg gesagt — und in zahllosen Flugblättern ist das gleiche zu lesen — daß in mehreren deutschen Kolonien zwar ein mehrere 100 Kilometer breiter wüster Küstenstreifen das Meer abgrenzt, dahinter aber fruchtbares Land liegt. Dessen Fruchtbarkeit anzunehmen, sei der Bau von Eisenbahnen und Verkehrswegen durch die Wüste notwendig.

Wie wird aber heutzutage die Fruchtbarkeit eines Landes ausgenutzt? Indem das Kapital Arbeiter dazu verwendet und Profit aus ihnen zieht.

Doch nicht eher kann das Kapital diese Tätigkeit beginnen, als bis der wüste Küstenstreifen durch Verkehrsmittel überwunden ist. Denn eher würde sich das Kapital nicht rentieren. Deshalb soll das Reich diese Eisenbahnen bauen, des-



Wer ist begehrlisch?

Die Nordd. Allg. Ztg. entrüstet sich über die Begehrligkeit der Arbeiter. Einem Artikel des „Zimmerer“ entnimmt sie, daß der Jahresverdienst eines Berliner Zimmerers 1905 1873 M., dagegen 1906 1925 M. betragen habe, also um 52 M. oder 2,7 Prozent zugenommen habe. Wie könne da das Proletariat von Fleischnot und Hungertoten sprechen!

Das offiziöse Organ hätte aus der betreffenden Statistik auch mitteilen können, daß ein Zimmerer in Bonn 1906 nur 1295, in Eisenach gar nur 1159 M. verdiente! Dabei sind die Zimmerer bekanntlich eine der bestgestellten Kategorien der qualifizierten Arbeiter! Trotzdem ist ihr Lohn so „hoch“, daß ein Junkerprofi, der als Leutnant oder Korpsstudent sein arbeitsreiches Dasein verbringt, mit einem solchen Einkommen, von dem eine ganze Proletarierfamilie ein Jahr lang leben muß, ein ganzes Vierteljahr auszukommen vermag, vorausgesetzt, daß er sehr bescheiden ist!

Die Masse des Proletariats mußte aber auch 1906 mit weniger als 900 M. Jahreslohn auskommen. So betrug der Gesamtverdienst eines Arbeiters im Bergbau 1906 zwischen 766 und 926 Mark!

65 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands hat ja nach der Berechnung der „Nordd. Allgem. Ztg.“ selbst ein

Einkommen von weniger als 900 M.

Dann gab es in Preußen speziell mit seinen rund 38 Millionen Einwohnern 2 134 000 Personen mit einem Gesamteinkommen von 212 Millionen Mark. Auf jeden dieser Jensten entfielen also noch nicht einmal 1000 M. Jahreseinkommen!

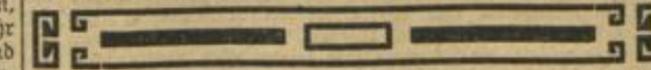
Dagegen gab es 88 000 Personen mit einem Gesamteinkommen von 2500 Millionen Mark! Jeder dieser 88 000 Jensten — es handelt sich nur um physische Jensten, nicht um Aktiengesellschaften usw. — hatte also ein Jahreseinkommen von 30 000 M.!

Die 88 000 Reichen besaßen noch um rund 400 Millionen Mark Einkommen mehr, als die 2 134 000 Proletarier zusammengekommen!

Unter den 88 000 Reichen aber waren annähernd 3000 Millionäre mit einem Jahreseinkommen von 250 000 M. pro Kopf!

Diese 3000 Millionäre besaßen also so viel Jahreseinkommen, wie eine Million Proletarier insgesamt!

Und da soll die Arbeiterklasse nicht „begehrlisch“ sein?!



halb soll das Reich die Eingeborenen, die sich dem widersetzen, „passifizieren“, d. h. mit Kanonen zur Ruhe bringen. Damit spart das Kapital aus dem Hinterlande Profit ziehen kann!

2000 Söhne deutscher Mütter schlummern im Wüstenlande von Südwestafrika. Nicht ein einziger von ihnen kann seiner Mutter, seinem Vater ersicht werden. Das profitstüchtige Kapital hat sie hinweggerafft!

Wenn sie, die das veranlaßt haben, wirklich an eine ewige Gerechtigkeit glauben, so müßte Angst und Furcht bei ihnen herrschen im Hinblick auf den Tag, da von ihnen Rechenschaft verlangt wird für jeden einzelnen der 2000! — für all das junge, blühende Glück, das da zertreten wurde und des Profites willen! Aber sie jammern nicht. Das vergossene Blut drückt sie nicht. Frohemut gehen sie hin und wagen die Frage zu stellen: Wer vermag einer deutschen Mutter ihren Sohn zu erschauen? Den Sohn, den sie ihres Profites willen hinausgeschickt haben nach Afrika.

Deutsches Reich.

Flottenlotter.

Wir haben während des Wahlkampfes bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß dem neuen Reichstage wahrscheinlich neue Flottenforderungen in der Höhe von Hunderten von Millionen vorgelegt werden dürften. Diese Ausgaben ergäben sich schon allein aus der gewaltigen Vergrößerung der Schiffstypen über den ursprünglichen Plan hinaus, sowie aus den Umbauten am Nordostseeanal. Daß dadurch aber die Höhe der neuen Flottenforderungen keineswegs bestimmt werden wird, ergibt sich danach aus folgender Auslassung des Generalmajors Keim in der „Flotte“, dem offiziellen Organ des „allerhöchst“ protegierten Flottenvereins:

„Angehts dieser Tatsache gibt es nur einen Weg zur Abhilfe unserer Flottennot. Rasker bauen und nur Schiffe allerersten Ranges. Alles übrige ist ein Arbeiten mit untauglichen Mitteln. Wo ein Wille, ist auch ein Weg. Und dieser Wille muß gestärkt werden, was unseren Flottenbau betrifft.“

Gestärkt im ganzen Volke und durch das ganze Volk. Dann muß sich der Weg finden, und hierbei muß jeder Flottenvereinsfreund helfen. Nicht nur jeder, sondern auch jede. Wir sind stolz darauf, viele Tausende von Frauen und Jungfrauen zu unserem Verein zu zählen. Sie werden mithelfen für den Verein, im Hause und in der Familie, in allen ihnen zugänglichen Kreisen zu werden, zu arbeiten für unsere zutunliche Sache; denn sie ist die Sache des gesamten Volkes, dessen Zukunft nicht nur bildlich, sondern auch wirklich nach dem bekannten Reiterwort „auf dem Wasser liegt“.

Die Jahresausgabe für unsere Kriegsflotte betrug

1876	40 Millionen Mark
1886	50 „
1896	92 „
1907	290 „

Dabei hieß es noch im Jahre 1884 in einer amtlichen Denkschrift des Reichsmarinameines:

„Seeschlachten allein entscheiden selten über das Geschick der Staaten, und auf absehbare Zeit hinaus liegt die Entscheidung jedes Krieges für Deutschland in seinem Landheere.“

Die Ausgaben für unsere Flotte betragen seit 1872 bis zum Jahre 1889 rund 740 Millionen, in dem gleichen Zeitraum von 1889 bis 1906 dagegen 2680 Millionen Mark; zusammen zirka 3400 Millionen Mark! Dabei die Kosten für den hauptsächlich zu Kriegszwecken gebauten Nordostsee-Anal nicht einmal mitberechnet sind!

Und trotzdem die Flottenausgaben zurzeit pro Jahr rund 300 Millionen betragen, soll das Tempo des Flottenrüstens noch beschleunigt werden!

Am 25. Januar wird auch über die Politik des Flottenlotter entschieden werden! —

Heimatspolitik — Kolonialpolitik.

Durch den weisen Ausspruch in seiner vorgezogenen Tafelrede: „Heimatspolitik und Kolonialpolitik sind keine Gegensätze“, hat Herr Bülow die „Deutsche Tageszeitung“ noch immer nicht zufrieden gestellt; sie verlangt ein noch weit energischeres Eintreten des Kanzlers für die „kraftvolle“ Heimatspolitik, das heißt, für die Vertiefung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch hohe Agrarzölle und die Zulassung von Staatsbürgern an die Großgrundbesitzer. Unter Bezugnahme auf Bülow's Ausspruch schreibt sie:

„Ganz recht, Herr Reichskanzler! Ganz unsere Meinung! Heimatspolitik und Kolonialpolitik schließen sich nicht nur nicht aus, sondern die eine ist Voraussetzung der anderen. Unsere ganze Kolonialpolitik wird trotz allen Aufwandes an Geld und Blut ergebnislos sein, wenn sie sich nicht stützt auf eine verständige, klare, in der Wahl der Mittel kraftvolle Heimatspolitik. Dieser Gehanengang, dem sich niemand entziehen kann, hätte den Reichskanzler dazu führen können, ja, sollen, sich nochmals vor der Wahl zu solcher Heimatspolitik ausdrücklich und unzweideutig zu bekennen. Das wäre für den Ausgang der Wahlen vielleicht sehr wertvoll gewesen. Wir zweifeln nicht, daß Herr Bülow entschlossen ist, die wirtschaftspolitischen Rahmen weiter zu wendeln, die er eingeschlagen hat. Aber wenn das richtig ist, dann verstehen wir nicht, weshalb er ein lazes kräftiges Wort vermeiden hat.“

Die Aeußerung ist charakteristisch für die deutschen Verhältnisse. In anderen Ländern mag die Kolonialpolitik die Wirkung haben, die agrarischen Gelüste zurückzudrängen und den Handels- und Industriezweigen das politische Liebergewicht zu verschaffen; in Preußen-Deutschland hat sie dagegen nur die Folge, das absolutistische Regiment und den Militarismus zu stärken und den Junkern neue Kompensationsobjekte für ihre Verlecherungspolitik zu liefern.

Was unsere Afrikaner von Südwest halten!

Der Reichslägerverband und seine Schutzbefohlenen glaubten die Herrlichkeit unserer südwestafrikanischen Kolonie, entgegen dem Urteil aller bisherigen sachkundigen Urteile alter Afrikaner, wie Major François und Oberst Leutwein, damit illustrieren zu können, daß sie triumphierend auf die 1000 Schutzbefohlenen hinwiesen, die so viel Vertrauen in die landwirtschaftliche Zukunft Südwests setzten, daß sie sich dort als Landwirte ansiedeln wollten.

Rum berichtet aber die „Tägliche Rundschau“, daß von den 971 Schutzbefohlenen — es waren im ganzen deren 22 000 in Südwestafrika —, die in Südwest bleiben wollten, nur 392 sich als Landwirte ansiedeln wollten, nämlich 318 als Farmer und 74 als Kleinrentner. Von den übrigen wollten 570 als Handwerker bleiben, 4 als Beamte und 5 als Kaufleute.

Rum stellt also, daß trotz des winkenden Reichszuschusses von 6000 M. nur ganze 392 als Viehhändler ein Einkommen erhoffen, die übergroße Mehrzahl will es lieber als Handwerker, Beamte und Kaufleute versuchen!

Die Handwerker usw. aber erhoffen ihre Existenz wiederum nur von den Bahnbeamten, die das deutsche Volk bezahlen muß, und von der Schutzmiliz, der Kolonialarmee, die ja auch ferner die „milchende Kuh“ der ganzen „Kolonie“ bilden wird! —

Zur Stichwahlstatistik des Zentrums.

Wie die „Kölnische Volkszeitung“ mitteilt, hat die Zentrumsfraktion des aufgelösten Reichstages für Norddeutschland ein Aktionskomitee von sieben Herren eingesetzt. Diese Kommission wird am 29. Januar vormittags 10 Uhr unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Spahn und unter Hinzuziehung einiger weiterer Parteifreunde in Köln zusammentreten, um über die Stichwahlstatistik zu beraten. An diese Kommission sollen die Wahlkomitees der Stichwahlkreise ihre Anfragen richten. Herr Spahn ist just der rechte Mann, den Mandatsauftrag zu leisten. —

Nationalliberale Wahlsänge.

Die Nationalliberalen, die für den Wahlausgang besorgt sind, spielen sich jetzt als unentwegte, prinzipielle Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Reichstagswahlrechts auf. So schreibt heute die „National-Ztg.“:

„Die ursprüngliche Kraft der Partei ruht in den Wählermassen im Lande, und diese Kraft, die doch bis auf den heutigen Tag noch nicht versagt hat, stammt aus dem allgemeinen Wahlrecht. Die nationalliberale Partei kann das Wahlrecht nicht aufgeben, weil sie sich selbst aufgeben würde in dem Augenblicke, wo sie ihren Verdrüßungen zum Trotz, doch ein verlässlicheres Verhältnis, als wenn man sich an ein Wahlrecht nur durch das gegenwärtige Interesse gebunden hält.“

Das nationalliberale Blatt fühlt dabei sein Gewissen derart beschwert, daß es zugibt, daß es auch nationalliberale Abgeordnete und Zeitungen gegeben hat, die gelegentlich für eine Aenderung des Wahlrechts „geschwärmt“ hätten! Aber einzelne Bildeten doch nicht die Partei.

In der Tat, man braucht nur an das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ zu erinnern, das im Jahre 1904 die Beseitigung des Reichstagswahlrechts für eine „absolute Notwendigkeit“ erklärt hat, falls neue Reichstagswahlen der Sozialdemokratie wieder Erfolg bringen sollten! Ganz zu schweigen von dem schamlosen Hamburger Wahlrechtsklub, der in erster Linie auf das Konto der Nationalliberalen kommt!

Aber die „National-Ztg.“ selbst schrieb sogar am 19. Mai 1895: „Das allgemeine Stimmrecht verwildert, sich selbst überlassen, mehr und mehr. Es muß der verhängnis-

volle Lauf des allgemeinen Wahlrechts aufgehoben und der zerschlagenden und zerstörenden Gewalt des Feindes eine feste Regierung gegenübergestellt werden.
Nun, die Kraft dieser Partei wird nicht lange mehr „in den Wählermassen im Lande“ beruhen!“ —

Nachmal die Gehälter der „Vorwärts“-Redaktion.

Je näher der Wahltermin rückt, um so erfinderischer zeigt sich die Presse der „Ebeliten der Nation“ in der Fabrikation von Wahl-lügen. So schreibt beispielsweise das Intelligenzblatt des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“:

Die „Leipziger Volkszeitung“ glaubt noch einmal feststellen zu sollen, daß die Gehälter der Redakteure des „Vorwärts“ die Summe von 4500 M. nicht übersteigen. Wir hatten schon gesagt, daß dieser Betrag zwar nicht besonders hoch, aber im Verhältnis zu den Leistungen angemessen sei. Inzwischen erfahren wir, daß die Redakteure des „Vorwärts“ nicht nur ein festes Gehalt, sondern auch eine besondere Entschädigung für das, was sie selbst schreiben, erhalten. Wenn das der Fall wäre, würden wir unser damaliges Urteil einer Revision unterziehen müssen.

Die Mitteilung des Wählerblattes ist natürlich, wie sich bei seiner sittlichen Qualität von selbst versteht, vollständig erfunden. Die „Vorwärts“-Redakteure erhalten außer ihrem Gehalt keine Entschädigung für irgend eine Arbeit, die sie für ihr Blatt liefern, und zwar auch dann nicht, wenn sie für ein anderes Ressort als das ihrige etwas schreiben. —

Poetische Dattellisten-Träume.

Die orientalische Phantasie Bernburgs, die fast noch keine berühmte Rechenkunst übertrifft, stößt überall auf Spott und Hohn. In seiner „Allgemeinen Rundschau“ singt A. Kaufen frei nach Goethe:

Kennst du das Land, wo hohe Fauberkraft
Aus Dattellisten Palmenhaine schafft
Und dürrer Gras in Puderrohre verbergt,
Wo Wein und Kaffee aus dem Dornbusch wächst?
Kennst du es wohl?

Dahin! Dahin!

Woh! ich mit dir, sanierter Reichstag, zieh'n!

Kennst du das Haus? Auf Aktien ruht sein Dach,
Die Dividende steigt und nimmer droht der Krach,
Und Aufsichtsräte seh'n und seh'n mich an:
Was hat man, armer Bernburg, dir getan?
Kennst du es wohl?

Dahin! Dahin!

Woh! ich mit dir, o deutscher Michel, zieh'n!

Der Buchdrucker-Korrespondent über die Gewerkschaftshilfe zur Reichstagswahl. Die Buchdrucker in Frankfurt a. M. beschloßen, gleich anderen Gewerkschaften, den sozialdemokratischen Reichstagswahlfonds materiell zu unterstützen und überwiesen ihm 200 M. Dieser Mehrheitsbeschluss fand nicht die Zustimmung der freisinn-demokratischen „kleinen Presse“ und des — Korrespondent deutscher Buchdrucker. In seiner Nummer vom 10. Januar findet man folgende Briefkastennotiz: „S. G. in Frankfurt a. M. — Die Verwendung von Geldern aus der Bezirks- oder Ortskasse zugunsten des Wahlfonds irgend einer politischen Partei ist unzulässig und dem Verbandsstatut zuwiderhandelnd; wir halten solche Beschlüsse für sehr untauglich, unsere Arbeit erschwerend und im Grunde genommen wirklich überflüssig.“

Also schreibt ein Arbeiterorgan zu derselben Zeit, wo Arbeit-geberverbände beschließen, die bürgerlichen Parteien finanziell zu unterstützen. In einer Zeit, wo das von der Regierung geplante Antigewerkschaftsgesetz noch in aller Erinnerung ist!

Katholische Arbeiter gegen Professor Hise.

Die liberale Blätter melden, haben in M. Gladbach katholische Arbeiter einen Gegenkandidaten gegen den offiziellen Kandidaten der Zentrumspartei, den Professor Dr. Hise, aufgestellt, und zwar den Kaplan Gerhard Heßdorffer, wofür eifrig Propaganda gemacht wird. Man ist in den Zentrumskreisen natürlich bestrebt, in der Arbeiterschaft diese Kandidatur möglichst zu unterdrücken.

Heßdorffer war in den neunziger Jahren Kaplan in Köln, wo er in ziemlich radikaler Weise für die christliche Arbeiterbewegung eintrat, so daß die geistliche Behörde es für geraten fand, ihn kaltzustellen, indem sie ihn nach einem Exildörchen verpflanzte. Es scheint, daß die katholischen Arbeiter in M. Gladbach, als es hieß, daß Professor Hise nicht mehr kandidieren werde, auf einen Arbeiterkandidaten Anspruch gemacht haben; dem hat das Zentrum vorgebeugt, indem es Hise trotz seiner Krankheit, die ihn vom politischen Leben fernhält, veranlaßte, die Kandidatur beizubehalten. Jetzt rücken in letzter Stunde die Arbeiter doch noch mit einer Gegenkandidatur heraus. —

Häusler und Zentrum.

Der Wahlauschlag des rheinischen Handwerkerbundes wendet sich in einem Aufruf an die selbständigen Handwerkermeister des Rheinlandes mit der Aufforderung, Mann für Mann einzutreten, für die Partei, die sich stets als die sicherste, zuverlässigste Förderin und Schützerin der Handwerkerinteressen erwiesen hat, nämlich das Zentrum. Die rheinischen Handwerkerbündler sind Leute vom Schläge Euler, Scharfmacher im Kleinen. Es ist nützlich zu wissen, was für Elemente alle im Zentrum den Schützer und Freund ihrer Interessen sehen! —

Gurra, der Zentrumsgeneral!

Das Zentrum scheint über seinen Kandidaten in der Generalsuniform völlig aus dem Häuschen zu sein. Die bayerische Zentrums-presse weist immer wieder auf diese seltsame Erwerbung hin. So schreibt der „Bayerische Kurier“:

„Das Zentrum hat einen hohen Militär aufgestellt. Es ist der bayerische General Häusler, ein ganz hervorragendes Talent. Dieser Offizier spricht zehn Sprachen und gibt als eine Autorität im Artilleriewesen. Seine Wahl wird deshalb ein großer Gewinn für uns sein und er kann dem Reiche Millionen ersparen. Dabei verfügt er über eine ausgezeichnete Rednergabe. Durch diese Wahl wird am deutlichsten das Gefährte von der „annationalen“ Zentrumspartei widerlegt. Wir freuen uns schon, wenn dieser Abgeordnete in Generalsuniform erscheint und im Zentrum Platz nimmt; besonders bei der Reichstagsöffnung wird diese Erscheinung viel Aufmerksamkeit erregen.“

Das Zentrum ist durch seine Arbeiterkandidaturen in der Achtung der „besseren“ Katholiken beträchtlich gesunken. Es scheint, daß der Mann in der Generalsuniform als eine Art Ausgleich dienen soll gegen die etwas kompromittierende Gesellschaft der schlechten Männer aus der Werkstatt, die demnächst in die Zentrumsfraktion einzuziehen sollen.

Ist es Anständigkeit oder Selbstironisierung, wenn das Zentrum von einem General erwartet, daß er geneigt sein werde, im Militärwesen auf Sparsamkeit zu dringen?

Zu Grus und Rus geschlagen!

In der „Post“ laut Herr Dagobert von Gerhardt-Amhthor die rote Note poetisch in die Platte. Die Externen der Kropfer-Pöbelenanstalt, die in der Zimmerstraße journalistische Latzwarenarbeit verrichten, haben das schöne Gedicht unter dem Strich veröffentlicht. Wir wollen dem so schände unterschätzten Meisterwerke durch Abdruck wenigstens einiger seiner padendsten Strophen zu besserer Geltung verhelfen:

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

Am Amboss steht der Meister Schmied;
Das Blatt, das ein Sozi ihm brachte,
Zerkümmert er grimmig. „Das alle Lied!
Wie tief dies Geschwätz ich verachte!
Wir sollen befolgen das Wort der Partei,
Die schon Jahrzehnte uns gängelt,
Die Taschen uns leert und mit wüstem Gefähr
Zu Kampf und Umsturz uns drängelt.“

Sie haben den großen Kladderadatsch
Uns immer und immer versprochen,
Doch all ihr Verkländen war mächtiger Quatsch,
Sie haben ihr Wort uns gebrochen.
Die Führer der Sozis sind rund und fett,
Sie knebeln uns bei den Wahlen;
Wir aber schinden die Hände uns matt
Und zählen, zählen, zählen!

Der Geselle hört's und äußert frei:
„Sie fischen alle im Trüben.
Auch ich hab' satt die Tyrannei,
Die diese Herren üben.
Doch wer noch waagt's, als deutscher Mann
Zu tragen ihrer Sägung?
Sie tun sofort uns in Kist und Bam
Und nehmen uns Arbeit und Ägung.“ —

Und beide nehmen die Hämmer zur Hand,
Das Eisen zu reden im Glüh;
Nur fladert vom Herde der Kohlenrand,
Die Funken zischen und sprüh'n.
„Drei Schläge noch! Dann feiern wir!“
Sagt der Meister mit grimmigem Lachen,
„Drei Schläge noch! Gott helfe mir,
Dah' wüchsig sie niederkrachen!“

Zu Grus und Rus geschlagen soll
Der erste jeden roten,
Der deutsche Ehre blind und toll
Wiß legen zu den Toten!
Der zweite schmett're in Grab und Grund
Einen jeden, der heuchlerisch lünet,
Er sei ein Christ, und dem roten Bund
Sich dennoch voll Lüge verbündet!

Die zu Grus und Rus geschlagenen roten werden am Wahl-tage ihre unverwundliche Lebenskraft wüchsig beweisen! —

Ausland.

Ungarn.

Die Affäre Polonji hat eine neue unerwartete sensationelle Wendung genommen. Der Chefredakteur des „Magyar Szó“ greift den Minister Polonji heftig an. Er beschuldigt ihn der Heuchelei, der Erpressung und des Diebstahls! Außerdem habe Polonji einen Falschheid geschworen. Der Chefredakteur Dr. Palji ist bereit, für seine Angaben den gerichtlichen Beweis zu erbringen und fordert Polonji auf, gegen ihn gerichtlich vorzugehen!!! —

Frankreich.

Sar Clémenceau.

Paris, 20. Jan. (Sig. Ver.)

Paris hat heute eine Neuauflage der famosen Staatszeitung vom 1. Mai erlebt: Kavallerie durch die Straßen sprengend, Infanteriebewald auf den öffentlichen Plätzen, Attaken auf friedliche Manifestanten, Verhaftungen und Verwundungen... Und das Tollste an der Sache ist, daß alle diese Maßregeln sich gegen eine Kundgebung richteten, deren Absicht die Durchsetzung eines gültigen Gesetzes war!

Die Sonntagsruhe ist nämlich trotz des Gesetzes, das sie verfügt, noch keineswegs allen Arbeitern, die auf sie Anspruch haben, tatsächlich zu teil geworden. Der bornierte Haß der Pariser Geschäftsleute, von den radikalen Bezirkspolitikern gehoramt bedient, sucht das Gesetz auf allen möglichen Schleichtwegen zu umgehen, und die Gerichte bieten mit ihren wechselnden Entscheidungen den Arbeitern keine Bürgschaft. Um nun den Anwillen der Arbeiterschaft über die Verschleppung und Umgehungsmanöver zu machtvollerem Ausdruck zu bringen, hatte das „interdisziplinäre Komitee“, das sich zur Sicherung der Sonntagsruhe aus den Ausschüssen der Gewerkschaften gebildet hatte, für heute einen Um-zug angefangen, der sich von der Arbeitsbörse über die großen Boulevards bewegen sollte. Man plante eine friedliche Kundgebung, wie sich, da die Demonstration der Durchsetzung eines Gesetzes galt, von selbst verstand. Die Anderräumung der Demonstration auf eine frühe Stunde — 2 Uhr nachmittags — bot eine hinlängliche Garantie dafür, daß sich das Jubelstertum, das nach Einbruch der Dunkelheit eine von der Polizei wenig behinderte Bewegungsfreiheit besitzt, in die geschlossenen Reihen der Arbeiterschaft nicht einmengen konnte.

So wäre denn die feierliche Ehrung eines Gesetzes, gegen die man eigentlich von einer Regierung keine Opposition erwarten sollte, in aller Ruhe verlaufen. Aber nachdem schon seit einigen Tagen in den Zeitungen große militärische Vorkehrungen für heute angekündigt worden waren, bekam man gestern die offiziöse Note zu lesen, daß die Kundgebung für die Sonntagsruhe verboten sei und strenge Unterdrückung zu erwarten habe! Eine Abordnung der Arbeitskonföderation, des Gewerkschaftsverbandes des Seinedepartements und des interdeparteranten Komitees begab sich darauf ins Ministerium des Innern, wo sie von Clémenceau den Bescheid erhielt, die Demonstration sei verboten, weil er, der Minister, nicht vorher verständigt worden sei! Daß dies eine leere Ausflucht ist, liegt auf der Hand. Die Kundgebung war nicht im geheimen vorbereitet worden, vielmehr hatten in der Gewerkschaftspresse wochenlang Aufforderungen und Verichte über die Vorbereitungen gestanden — von den vielen, durch Plakate angekündigten Versammlungen ganz abgesehen, auf deren Tagesordnung die Kundgebung gesetzt war. Daß aber gerade Herr Clémenceau die Eitelkeitsfrage so ernst nehmen wollte, um eine Manifestation lediglich aus dem Grunde zu verbieten, weil man sie ihm nicht förmlich angezeigt hat, das muß bei dem alten Gegner jedes politischen Formalismus um so mehr Wunder erregen, als ja gerade jetzt die Regierung der Kirche zuliebe selber die Aufhebung der Anmeldepflicht für Versammlungen beantragt!

Da sind die reaktionären Bourgeoisblätter vom Schläge des „Temps“ viel aufrechter, wenn sie erklären: solche Demonstrationen müßten verboten werden, weil — nun, weil überhaupt keine öffentlichen Massenhandlungen erlaubt werden dürfen! Diese Presse besinnt sich wenigstens offen zu den Traditionen des Napoleonischen Polizeistaates, die Clémenceau hinter demokratischem Vrimborium verbirgt. Für sie ist der Schatzbedürftige das „Publikum“, das heißt der Spielbürger, der in ungestörtem Behagen seinen Sonntagspaziergang, über die Boulevards machen will, in einem Behagen, das sicher durch den Anblick von zehntausend Arbeitern, die auch ihre Sonntagsmuhe beanspruchen, beeinträchtigt werden würde.

Die Arbeiterdeputation hatte nach der Antwort des Ministers logischerweise erwidert, daß sie nun, da die Regierung die Demonstration in der vorbereiteten friedlichen Form unmöglich mache, die Verantwortung für Zusammenstöße mit der Polizei ablehne. Die Gewerkschaften beschloßen, an der Demonstration festzuhalten, sie jedoch in einer den Umständen angepaßten Form durchzuführen. Die Folge davon war denn also, daß die Umgebung der Arbeitsbörse wieder einmal einem Kriegslager glich. Wieder hatte man auch alle etwa zum Barrikadenbau geeigneten Katerialien von der „Place de la République“ fortzuschaffen lassen, und in der Kaserne harrte ein Untersuchungsrichter mit zwei Gehilfen der Gefangenen! ...

Um die Wahrheit zu sagen — die Demonstration ist nicht einmal, besonders imposant verlaufen. Die wohlgeübte Straßenstrategie

der Pariser Polizei macht eine Straßenkundgebung schwer möglich, so daß die Massen keine Gewalt anwenden wollten. So kam es nur zu kleineren Ansammlungen, die von Kürassieren und Polizisten unsicher auseinander gesprengt wurden, und eine Viertelstunde von dem Hauptplatz würde man von der Demonstration überhaupt nichts gemerkt haben, wenn nicht mitten im Gewoge der Boulevardspaziergänger hier und da eine Gruppe die „Internationale“ angestimmt hätte.

Das Verbot und die gefässigen Maßregeln — die Regierung hatte unter anderem die Arbeitsbörse sperren lassen, wo die Glasarbeiter gerade ein Fest feiern wollten — haben zweifellos ihr Gutes gehabt: Der Verwaltungsausschuss der Arbeitsbörse, der bisher in unfreundlichen Beziehungen zur Arbeitskonföderation stand, hat einen energischen Protest gegen die Schließung des Hauses angenommen, und so ist die Einigkeit der Arbeiterschaft gerade durch die Unzerdrückungspolitik gefördert worden. Und auch in der Hinsicht wird der heutige Tag lären wirken, daß nun selbst der vertrauensseligste Arbeiter einsehen muß, was er von der sozialpolitisch-demokratischen Regierung mit samt ihrem „sozialistischen“ Arbeitsminister zu halten hat. —

Bulgarien.

Die Studentenrevolte.

Für die Demonstration der mit den Arrangements aus Anlaß der Eröffnung des Nationaltheaters in Sofia unzufriedenen Studenten hat sich Ferdinand durch Schließung der Universität, Entlassung von Professoren und sonstige Maßregelungen gerächt.

Am Sonnabend erklärte der akademische Senat, daß die Schließung der Universität und die Entlassung der Professoren ungesetzlich sei, und beschloß, sich diesen Maßnahmen zu widersetzen. Unter Protest des Rectors wurde der Schlüssel der Universität von einer Regierungskommission übernommen.

Nach einer am Sonntag abgehaltenen Protestversammlung zogen die Studenten zur Universität, um dort Kundgebungen zu veranstalten. Als sie bei dem Palais des Fürsten von der Polizei aufgehalten wurden, demonstrierten die Studenten, denen sich inzwischen eine große Volksmenge angeschlossen hatte, durch Pfiffe und Hohn gegen den Fürsten, welcher auf einem bei Sofia gelegenen Schlosse weilte. — Derbeigeworfener Kavallerie, die durch das Leibgarderegiment Verstärkung erhielt, gelang es, die Menge nach längerem Widerstande mit Säbelhieben auseinander zu treiben. Mehrere Personen wurden verletzt. —

Die Regierung hat umfassende Maßnahmen getroffen zur Absperzung der Straßen in der Umgebung des Palais und der Universität. Die Palastwache ist verstärkt worden!

Gestern (Montag) wurden von der Polizei mehrere hundert Studenten verhaftet. Die Wehrpflichtigen werden sofort in die Armee eingereiht! Der Rest in die Heimat abgeschoben! Bei den „Ausweisungen“ am Sonntag wurden auch Schiffe gewechelt. Die Zahl der Verwundeten beträgt über 30. Einige Personen sind schwer verwundet. Ein Demonstrant wurde von Kavalleriepferden buchstäblich zerstampft! —

Die Aussperrung der Holzarbeiter.

Die Aussperrung der Holzarbeiter.

In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung der Unternehmner in der Holzindustrie wurde Bericht erstattet über die völkzogene Aussperrung. Man großes Interesse schienen die Meister an der Versammlung nicht zu haben, denn die schon zu 1/2 Uhr angefangene Versammlung war anfangs so schlecht besucht, daß die Versammlung erst nach 9 Uhr eröffnet werden konnte. Die einzelnen Redner versuchten die völkzogene Aussperrung als eine äußerst gelungene darzustellen, doch fanden die Ausführungen bei den Versammelten nur einen geringen Widerhall. Besonders lat sich der Tischlermeister Borsdorf hervor, der als Vertreter der Reformtischlermeister Bericht erstattete. Dieser leistete sich den Witz, den Arbeitern sei jetzt schon das Herz in die Kniekehlen gerutscht. Nach den Berichten stellte sich Herr Kahardt gewissermaßen als Invalide vor, der seit den Feiertagen in einer Anzahl Versammlungen die Sozialdemokratie bekämpft habe. (Welchen Erfolg Herr Kahardt als „Kämpfer“ gehabt hat, wird ja das Volksgericht am 25. Januar beweisen.) Herr Kahardt glaubte jetzt schon erklären zu können, daß der Sieg auf seiten der Unternehmer sei.

Zum Schluß nahmen die Erschienenen eine Resolution an, die die Aussperrung auch auf die Mitglieder des christlichen Holzarbeiterverbandes und auf den Hochverein der Tischler erweiterte. Eine Diskussion über die Resolution ließ Herr Kahardt nicht zu, so daß diejenigen, die über den Erfolg der Aussperrung anderer Auffassung waren, ihrem Unmut über die „wahrheitsgemäße“ Berichterstattung in einer Privatdiskussion nach Schluß der Versammlung unverblümt Ausdruck gaben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Tode verurteilt.

Dortmund, 21. Januar. (B. L. V.) Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Heizer Adam Kuschak zum Tode. Kuschak hatte den Vertriebsführer der Jode „Glückauf“ (Ziehbau) erschossen, weil dieser ihm wegen unerschütterter Arbeitsaufgabe auf Grund der Arbeitsordnung den Lohn für sechs Schichten einbehalten hatte.

Die österreichische Wahlreform.

Wien, 21. Januar. (B. L. V.) Das Herrenhaus hat heute in allen Lesungen die Abänderung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung unverändert angenommen, womit die Wahlreform vollständig erledigt ist.

Das Urteil Englands.

London, 21. Januar. (B. L. V.) Die Rede Bismarck auf dem Bankett des kolonialen Aktionskomitees weckt bei den englischen Blättern wenig Wiederhall. Die meisten Blätter erwähnen sie gar nicht. Die „Times“ sagt in bezug auf die Aeußerung Bismarcks über die ausländische Presse, wenn wir wirklich Feinde Deutschlands wären, dann dürften wir nicht mehr als einen vollständigen Erfolg des Reichsanstalters und des Systems wünschen, unter welchem Deutschland im Rat der Nation in den letzten Jahren so viel verloren hat.

Ueberschweemmung.

New York, 21. Januar. (B. L. V.) Ein Telegramm aus Louisville (Kentucky) meldet, daß infolge einer durch den Obflus verursachten Ueberschweemmung Tausende von Personen zu zeitweiliger Räumung ihrer Wohnungen gezwungen wurden, daß Pastoren in Louisville, Jeffersonville und New Albany geschlossen und dadurch Tausende von Angestellten arbeitslos geworden seien. Die Warenvorräte und die Geschäftshäuser an der Flußseite seien schwer beschädigt worden. Die Verluste werden auf 4 Millionen Dollar geschätzt. Rehnliche Nachrichten sind aus Cincinnati und anderen am Obflusse gelegenen Städten eingelaufen. Die gesamten durch die Ueberschweemmung herbeigeführten Verluste dürften wahrscheinlich eine Million Dollars überschreiten.

Eine zerschützte Stadt.

Sibueh, 21. Januar. (B. L. V.) Die Stadt Cooskown wurde durch einen Orkan zu drei Vierteln zerstört, als die Bevölkerung gerade ein großes Fest abhielt.

Zur Wahlschlacht!

Freitag, 25. Januar 1907.

Rotdeutschland in der Schlacht voran! Du weißt jetzt, was im Spiel, Warum des Reichs Hattenmann Rührt Bonapartes Degen an, Nun seh' dem Dräu'n ein Ziel! Du hast im Opferbringen Gewaltiges gekonnt.

Brich Bahn! — Es muß gesingen Das große, große Ringen. Rotdeutsche vor die Front!

Ein Freitag ist's! — Da tage frei, Da stell' Dich zum Appell, Da bring' den letzten Mann herbei, Da dröhn' Dein Viermillionenschrei, Da spring' manch' Trommelfell! Daß all den Wischmaschscharen Hören und Seh'n vergeht, Jählings treib' sie zu Paaren, Bis schmetterten Siegesfanfaren, Bis stolz Dein Banner weht!

O Volk, jetzt sag', was Dich bedrückt, Jetzt naht der große Tag, Wo grad' Du stehst, dem Joch entrückt, Die schweiß'ge Faust das Wahlschwert zückt, Schwing's, daß es faust, o schlag, Daß Deiner Feinde Reigen, Der Mammons Raß umtanzt, Entsetzen packt und Schweigen. Jetzt, Volk, jetzt kannst Du zeigen, Jetzt zeige, was Du kannst!

Volk! — Riesengroß ist Deine Macht, • Stellst alle Mann Du ein, Rollst aller Banner rote Pracht Du auf am Tag der roten Schlacht — Nichts, nichts kann mächt'ger sein! O roter Riese, rede Dich rasselnd hoch empor! Dein Waffentritt erschrecke, Den Feind, bring' ihn zur Strecke, Den Volksausbeuterchor!

Ein Volksgerichtstag naht heran — Den Tag tu Richterdienst, Da klag' die Volksverräter an, Den Junker, Pfaffen, Wischmaschmann, Zahl jedem nach Verdienst! Bist Deines Schicksals Denker An diesem Tag allein! O denke, Volk der Denker, Du kannst Dein eigener Denker, Dein eigener Heiland sein!

Volk, wenn zu denken Du beginnst, Hörst Du zu dulden auf — Denk, daß Du eine Welt gewinnst, Wenn Du Dich auf Dich selbst besinnst, Rimm sie im Sturmeslauf! Erspäh der Feinde Wache, Stöh' nieder ihre Schar, Zeig durch die Wucht der Stöße In Deiner ganzen Größe Dich, Riese Proletar!

Brothucher, Fleischnot, Reichskonkurs! Das Volk im Joch leucht, Scharmacher lachen schon des Schwurs, Zum Staatsstreich drängt der Wasserkurs, Sinn, wie er's Wahlrecht beugt. Wast! Wast! Ihr roten Kotten, Rotdeutschlands Schlachtmist: „Fort mit der Gottentotten, Zum Spotten banferotten Welklotten-Politik!“

Vorwärts die Bahn, die sühne Bahn! Dein Wahlschwert schlage Blüh! Vereint siehst Du die Feinde nah'n In ihrem öden blöden Wahn Von „Bildung und Besitz“. Das Volk nicht mehr als Herde Für Hirten sich zerfeh, Das Volk regier' die Erde, Des Volkes Wille werde Das oberste Gesetz!

*) Aus: „Rotdeutschlands Aufstieg“. Wahlkampf-Lieder von E. R. Scävola. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 20 Pf. Kampfsprüche, Siegesgedichte, begeisterte Kampfsprüche für den Wahlkampf sind in dem hiesigen, soeben von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, ausgegebenen Werkchen enthalten. E. R. Scävola, der den Arbeitern wohlbekannte Dichter der Dichtung: „12 Jahre der Verbannung“ legt seine im Laufe der letzten Jahre entstandenen Kampflieder zusammengestellt der jungen Generation vor, die jetzt zum ersten Male in die Wahlschlacht steigt. Zum feurigen Antporn sollen sie dienen, zu Kampf und Sieg den jungen Nachwuchs führen, auf daß er sich der alten Garde, die schon unter dem Schandgesetz geblutet hat, würdig erweise.

*) Seht ihr die roten Morgenstrahlen, Das ist der Tag der nächsten Wahl: Da werden wir die Jüden zahlen, Karl Marx, von Deinem Kopital. Das Best ist zu beziehen durch jede Parteibuchhandlung, jeden Kolporteur und direkt vom Verlag. Vereine und Gewerkschaften mögen sich wegen Vereinbarung besonders billiger Preise bei Massenbezug wenden an den Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Zur Sozialpolitik des Zentrums.

Im gegenwärtigen Wahlkampfe erscheint kaum eine Nummer der zahlreichen Zentrumsblätter, worin nicht darauf hingewiesen wird, was die Arbeiter dem Zentrum alles verdanken. Ramentlich wird darin hervorgehoben, daß die Arbeiterversicherungs-gesetzgebung dem Zentrum zu danken sei, während sich die Sozialdemokratie diesen Gesetzen gegenüber ablehnend verhalten und damit ihren arbeiterfeindlichen Charakter erwiesen habe. Es folgt dann die übliche Aufzählung der Millionen und Milliarden, die die soziale Gesetzgebung den deutschen Arbeitern angeblich beschert hat. Gewöhnlich wird dabei verschwiegen oder nur so nebenbei bemerkt, daß das Zentrum selber gegen eines der Versicherungsgeetze gestimmt hat, nicht wie die Sozialdemokratie, weil es den Arbeitern zu wenig bot, sondern weil es dem Zentrum zu weit ging. Nur wenn sich das Zentrum an die Agrarier wendet und diesen vorrechnen, was alles die Partei der ausgleichenden Gerechtigkeit für sie getan hat, dann wird der Hinweis besonders unterstrichen, daß das Zentrum gegen das Alters- und Invaliditätsgesetz gestimmt habe, weil sich die Versicherung auch auf die Landwirtschaft bezog.

Von diesem Gesichtspunkte aus hat sogar die „Königliche Volkszeitung“ das Zentrum vor der Verantwortung für dieses Gesetz ausdrücklich in Schutz genommen. Heute, wo es mit besonderem Eifer der Sozialdemokratie als Verbrechen an der Arbeiterschaft angerechnet wird, daß sie gegen die Versicherungs-gesetzgebung gestimmt hat, ist es von Nutzen, diesen Artikel des Zentrumsblattes wieder in die Erinnerung zurückzurufen. Die „Königliche Volkszeitung“ schrieb also in ihrer Nummer 621 von 12. September 1898 folgendes:

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung von Arbeiterversicherungs-gesetzen hat die Invaliditäts- und Altersversicherung wieder in den Vordergrund der Erörterung gestellt. Die so früh aufgetretene Reparaturbedürftigkeit des ohnehin wenig beliebten Liebesgesetzes ist kaum geeignet, ihm neue Freunde zu erwerben. Deshalb werden manche Leute sich berufen fühlen, ihre Verantwortung für das neue Gesetz zu leugnen. . . . Andererseits zeigt sich das Bestreben, dem Zentrum die Verantwortung für das unbeliebte Gesetz aufzubürden. Solche Ausstreunungen finden leicht Glauben; denn wenn in unseren Parlamenten etwas Soziales geschaffen wird, ist man gewöhnt, das Zentrum in erster Reihe an der Arbeit zu sehen. So kommt es leicht, daß ihm von urteillosen oder auch feindselig gesticimten Leuten, die die ganze soziale Gesetzgebung in den Topf werfen, auch die weniger gelungenen Einrichtungen aufs Kerbholz zugeschrieben werden. Demgegenüber empfiehlt es sich, die Stellung, welche das Zentrum zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz eingenommen, in die Erinnerung zurückzurufen. Der Gedanke, für den allen oder durch Krankheit erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter eine Fürsorge zu schaffen, war der ganzen Fraktion sympathisch; seine Ausführung aber, wie sie in dem Gesetzentwurfe vorlag und auch wie sie nachher gesetzlich bestimmt wurde, ist vom weitaus größten Teil der Fraktion verworfen und bekämpft worden.

Das zeigte sich sofort bei der öffentlichen Erörterung der Angelegenheit im „Arbeiterwohl“ und nicht minder in den Debatten und Kommissionsberatungen im Reichstage. Aus prinzipiellen Gründen hat fast die ganze Fraktion unter Führung des Abgeordneten Windthorst gegen den Reichszusatz, der zu jeder Rente gezahlt wird, gestimmt. Sodann haben die Zentrumsabgeordneten, vor allem die Abgeordneten Hlze und Hertling, auch wieder mit Unterstützung des größten Teils der Fraktion, auf das entschiedenste darauf gedrungen, daß die Invaliditäts- und Altersversicherung nicht gleich von vornherein auf alle Lohnarbeiter erstreckt würde, daß man vielmehr die landwirtschaftlichen Arbeiter, die Diensthöten, die Gehälfen der Handwerker, unständige Arbeiter, Waisfrauen usw. zunächst aus der Organisation herauslasse.

Der Artikel schließt: „Das Zentrum ist also für das Invaliditäts- und Altersgesetz nicht verantwortlich. Dies festzustellen, ist im gegenwärtigen Augenblick vielleicht von Interesse, damit manche Leute, die ihren Gefühlen über das böse Liebesgesetz Luft machen zu müssen glauben, wenigstens wissen, an welcher Adresse sie ihre Klagen nicht zu richten haben.“

Das Zentrum lehnte also damals, als sich der Unwille der Agrarier und Junker über das Gesetz gegen das Zentrum richtete, ausdrücklich die Verantwortung ab. Heute aber, wo es gilt, sich den Arbeitern gegenüber als die fürsorgliche Partei aufzuspielen, da wird die soziale Gesetzgebung mit dem „ohnehin wenig beliebten“ Liebesgesetz bis in den siebenten Himmel gehoben, um dann die Sozialdemokraten umso tiefer zu verdammen, weil sie gegen diese Gesetze gestimmt hat.

Mit demselben Rechte, womit das Zentrum den Agrariern gegenüber die Verantwortung für das Liebesgesetz ablehnt, lehnt die Sozialdemokratie den Arbeitern gegenüber die Verantwortung für die gesamten Versicherungs-gesetze ab. Der Unterschied ist der: Die Sozialdemokratie wertet soziale Gesetze danach, wie sie den Arbeitern nützen, das Zentrum schätzt sie danach, wie sie den Unternehmern, Agrariern und Künstlern nützen.

Fürs Vaterland!

Das ist der Ruf, den unsere Gegner in dem jetzigen Wahlkampfe nicht laut genug in alle Welt hinaus-schreien können. Um für die unheilvolle Kolonialpolitik, die bisher nur einigen Aktiengesellschaften Nutzen gebracht, dem deutschen Volke aber nur Unsummen gekostet hat, Propaganda machen zu können, werden die 8000 deutschen Soldaten vorgehoben, die man nach Südwestafrika geschickt hat, um 800 Gottentotten-Klein zu kriegen. Wie im Jahre 1887 zur Septembertwahl werden Bilderbogen verbreitet, die dazum sollen, in welcher hinterhältigen Weise die deutschen Soldaten in Afrika von den Schwarzen erschlagen und erschossen werden. Beim Studium dieser Bilderbogen kamen uns andere Gedanken, als die Verbreiter annahmen. Wir dachten daran, in welcher Weise das Vaterland für diejenigen sorgt, die wirklich im Dienste des Vaterlandes gekämpft und gelitten haben! Dieselben Parteien, die nicht laut genug rufen können: Fürs Vaterland! sind es, die zu allererst diejenigen vergessen, die ihre gesunden Glieder fürs Vaterland geopfert haben!

Ein Schlaglicht nach dieser Richtung hin warf die von uns kürzlich gebrachte Meldung, daß im Berliner Asyl für Obdachlose ein Mann unbekannt verschunden ist, dessen Arm die Retowierung zeigte: 1870/71 Gott mit uns! In recht helle Beleuchtung gerückt wird aber die Sorge des Vaterlandes für die Veteranen durch eine Zu-

schrift eines Veteranen, der die Feldzüge 1866 und 1870/71 mitgemacht hat, an ein hiesiges Blatt; in derselben heißt es:

Daß Veteranen, also Teilnehmer der Kriege von 1864, 1866 und 1870/71, selbst wenn sie mit dem Eisernen Kreuz geschmückt sind, Wärmehalten und Nist auffuchen müssen, gehört durchaus nicht zu den Seltenheiten. Man kann es fast täglich beobachten. Man kann aber auch beobachten, was für glückselige Gesichter sie machen, wenn sie überhaupt noch ein Plätzchen dort finden und nicht, weil sie schon zu oft dort, d. h. im Nist, gewesen sind, abgewiesen werden und dann in einer Formweise, in einem Schuppen oder unter einer Brücke, wie so oft, nächtigen müssen. In den Volkskassen sind viele, wenn es ihre Mittel erlauben, ständige Gäste. Sie sind auch dort, nachdem sie alle Hoffnung aufgegeben haben, daß ihre Lage eine bessere werden wird, zufrieden und murren nicht. Sie sind ja das Darben gewöhnt.

Sie hungerten früher und hungern jetzt und hungern bis an ihr Lebende.

Sie murrten nicht, wenn sie in den Feldzügen tage-, ja wochenlang kein Brot, fast nie Fleisch und nur Reis mit Wasser gekocht und mit Salz gewürzt zu essen hatten. Sie haben nie gefordert, daß ihnen alles, was ihnen nicht geliefert worden, nachgezahlt würde. Sie waren schon zufrieden, als Sieger heimkehren zu können. Und daß ihnen das dankbare Vaterland auf dem Königspalast eine prächtige Siegesfeier aus Granit und Marmor ausstellen ließ, war gewiß schön, aber es hieß auch damals, daß für die Veteranen

von Staatswegen im Alter geforgt werden solle.

Alt sind sie ja jetzt alle, aber man hat sie trotzdem vergessen. Man hat vergessen, daß sie es waren, die anstatt Kriegelasten Millionen und somit den Wohlstand ins Land gebracht haben, und man hat auch vergessen, daß in der Folge sich die Lebensbedürfnisse enorm verteuert haben. Die Veteranen wollen gewiß nicht in Saub und Braus leben. Sie wollen aber soviel haben, daß sie sich wenigstens in diesem schönen Vaterlande notdürftig nähren können, daß sie wissen, wo sie im Alter ihr Haupt hinlegen können, daß sie nicht von Tür zu Tür betteln gehen müssen. Man hat sie aber vergessen! Sie sind das Darben ja gewöhnt, und wie jüngst im Reichstage bei der Fleischsteuerungsdebatte erwähnt wurde, sind sie trotz des Darbens 1870/71 stark genug gewesen, also können sie auch weiter hungern und schließlich auf der Waise des Nists unerkannt und vergessen sterben. Hier scheint der Wahrspruch: „Gott, du bist gerecht, du strafst nicht den Kriegesleucht“ zuzubringen zu sein. Denn die Veteranen werden für ihre Tätigkeit im Kriege durch Hunger und Entbehrungen hart bestraft.

So gedenkt das dankbare Vaterland derjenigen, die für dasselbe gekämpft und geblutet haben. Und damit vergleiche man die heutigen Mäse der „Staatsverhaltenden“ Parteien: Fürs Vaterland! Eine größere Heuchelei ist kaum denkbar!

Die Situation in Hessen-Nassau.

Kassel, 16. Januar. Für die hessische Sozialdemokratie gilt es vor allem, den Kampf gegen den Antisemitismus zu führen. Wer jemals mit diesen politischen Straußrittern zu tun hatte, weiß, wie schwer es ist, gegen sie zu Felde zu ziehen, welche zähe Arbeit dazu gehört, sie aus ihren Domänen zu vertreiben. Denn genau so wie bei den Liebermann von Sonnenberg, Lattmann und Raab das politische Gebaren ist auch ihre Agitation.

Die neun Wahlkreise des Bezirkes Kassel, die für unsere Schilderung in Betracht gezogen sind, wurden im letzten Reichstage vertreten von fünf Antisemiten teils deutschsozialer, teils reformistischer Richtung, zwei Freisinnigen sowie je einem Nationalliberalen und Zentrumsmann.

Im Kreise Kassel-Melungen, dessen politische Vertretung im Jahre 1898, infolge der Nachlässigkeit der Freisinnigen, von dem Nationalliberalen Erdmann auf den antisemitischen Amtsrichter Lattmann überging, kandidiert Genosse Hüttnann-Frankfurt a. M. — Für die Antisemiten deutschsozialer Richtung, die Konservativen, den Bund der Landwirte und die dristlichsozialen Jünglinge kandidiert wiederum Reimann, der die Vertretung der Sozialdemokratie jetzt dem Reichsverband überläßt, um sich ganz der Bekämpfung der nationalliberalen Kandidatur Schröder zu widmen. Die Dreißelbennmänner, denen sich die Freisinnigen beider Linien für das Liniengericht der tausend nationalliberalen Stimmen in Kinteln-Hofgeismar-Walshagen verkaufen, befinden sich hier in einer besonders schwierigen Situation. Ihr Kandidat, Landrat Dr. Schröder, ist ein Muster von Ueberzeugungstreue. Er hatte befallmäßig im vorigen Frühjahr im preussischen Landtage als Sprecher der Nationalliberalen eine Rede gehalten, in der er die Abschaffung der kleinen „Schnapsrenten“ in der Landwirtschaft bis zu 20 Prozent forderte. Von der Notwendigkeit dieser Maßnahme habe er sich durch 18jährige praktische Tätigkeit überzeugt. Trotzdem Kaiser-mann seinen Kompilgen Schröder von der Reichstagstribüne herab wegen einer Schnapsrentenrede desabonnierte, erhoben die Kasseleer Nationalliberalen diesen auf den Schild. Und siehe da: in diesem Moment kam Herr Schröder zu einer anderen, zur gegenteiligen Ueberzeugung. In einer Versammlung über seine Stellung zur Rentenfrage interpelliert, erwiderte er, daß er jetzt der Meinung sei, die kleinen Renten müßten beibehalten werden. Ohne Zweifel ein nationalliberaler Musterkandidat!

Die reformerischen Antisemiten haben den Deutschsozialen in ziemlich ruhiger Weise die Gesellschaft versagt; sie stellen in der Person des Brot fabrizierenden Hauptmanns a. D. Simons eine eigene Kandidatur auf. Charakteristisch für die antisemitischen Organisationen ist es, daß der eben genannte Kandidat Simons behauptet, die Genehmigung des Vorstandes der Reformpartei, unterzeichnete Zimmermann, zu besitzen, während Ludwig Berner, ebenfalls Vorstandsmitglied des reformerischen Kandidats aus Eigennutz das Gegenteil behauptet! Zu erwähnen ist schließlich noch die Kandidatur Martin der hessischen Reichspartei.

Im Kreise Kinteln-Hofgeismar-Walshagen, diesem Schwerzengrund des Agitationskomitees — wegen der geographischen Lage — stehen unserem Genossen Wetterlein der bisherige Mandatsinhaber Herzog (deutschsozialer Antisemit), Simons (reformerischer Antisemit) und Rechtsanwalt Böhrig-Verlin als Kandidat der Vereinigten Liberalen entgegen. Wir hoffen auch hier auf einen Stimmenzuwachs, trotzdem die erst im verfloffenen Sommer stattgefundenen Erfahrung die Wahlbeteiligung beeinflussen dürfte.

Liebermann von Sonnenberg Wahlkreise Friblar-Homburg-Biegenhain scheint diesem sicher zu sein, obwar neuerdings ein Lehrer Freudenstein als Kandidat der Liberalen proklamiert wurde. Für uns kandidiert wiederum Krankentassenbeamter Jordan-Kassel.

Der Wahlkampf in Eschwege-Mihenhausen-Schmalzaiden gestaltete sich bisher recht interessant. Unsere Partei, die bereits seit längerer Zeit mit der Stimmengabe freis an der Spitze der Parteien marschierte, hat in diesem industriell und landwirtschaftlich gemischten Wahlkreise ein handhars Arbeitsfeld. Inerferfeld ist die Kandidatur dem Landtagsabgeordneten Genossen Eckardi-Salzungen übertragen worden; seine Gegner sind der Antisemit Raab und der Liberale Kimpel. Da es unseren Genossen nie zuvor möglich war, in Versammlungen intensiv zu agitieren, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die

Stimmzahl der Sozialdemokratie eine solche Steigerung erfährt, um ausschließlich in die Stichwahl zu gehen. Da voraussichtlich unser Stichwahlgegner der Antisemit sein wird, hat der Liberalismus Farbe zu bekennen.

Im Kreise Warburg-Richthaus ist das Mandat des Nationalsozialisten v. Gerlach angegriffen. Einmal, weil die Nationalliberalen eine besondere Kandidatur proklamieren, zum anderen infolge des Wachstums unserer Anhängerschaft und der stuppelosen Verheerung der Landbevölkerung durch die Antisemiten und Bändler, deren Auserkorener Dr. Böhmke heißt. Unser Kandidat ist D i s m a n n - Frankfurt a. M. Welch erbärmlicher Schwundeleien sich die antisemitischen Agitatoren bedienen, das treffend nachzuweisen, gelang in einer ländlichen Versammlung unseren Genossen. Der antisemitische Redner verlas Angaben über eine Gewerkschaft. Unser Diskussionsredner, der die offensichtlich unrichtigen Angaben prüfen wollte, verlangte das Blatt zur Einsicht, was der Antisemit verweigerte. In einem unbewachten Augenblick nahm nun ein in der Nähe stehender Arbeiter das Blatt an sich und reichte es herum, wobei sich ein jeder überzeugen konnte, daß das Blatt von den verlesenen Angaben auch nicht eine enthielt.

Im ländlichen Kreise Herzfeld-Hünfeld-Rotenburg, in dem unsere Partei noch recht wenig Einfluß hat, haben die Konterwahlen und der Bund der Landwirte den bisherigen Abgeordneten B e r t e r (Antisemit) einen eigenen Kandidaten in der Person eines im Kreise ansässigen Rittergutsbesizers v o n D o d e l s c h w i n g h entgegengestellt. Da dieser Herr großen Einfluß hat, schreibt Ludwig Werner in laufendem Hengsten. Unser Kandidat ist Arbeiterssekretär D u h n - Kassel.

Außer in Fulda, das dem Zentrumsmüller sicher ist, und Hanau-Gelnhausen, das sicher diesmal im ersten Wahlgange der Sozialdemokratie zurückerobert wird, besonders da das Zentrum Wahlenthaltung üben will, wäre noch zu erwähnen der Kreis Wald e - P h r o n t, den die Freisinnigen kaum halten werden. Die Situation ist ähnlich wie in Warburg. Für die Sozialdemokratie kandidiert Expedient M ä l l e r - Kassel.

Die russische Revolution.

Die Wahlmännerwahlen.

„B. Z. B.“ meldet: Petersburg, 20. Januar. Heute fanden in der Arbeiterschaft der hiesigen Fabriken die Wahlen ersten Grades für die Reichsduma statt. In 27 Fabriken wurde nicht gewählt, weil die Polizei den Termin zu spät bekanntgegeben hatte. Nach dem Ergebnis, das aus 40 Betrieben vorliegt, wurden 53 Wahlmänner ersten Grades gewählt, unter ihnen ein revolutionärer Sozialist. 21 Sozialdemokraten, 19 Anhänger der Linken, 2 Kadetten, 9 Gemäßigte und ein Anhänger der Rechten. In 128 weiteren Betrieben finden die Wahlen am 27. d. M. statt.

Ein Privattelegramm, das aus Petersburg zugeht, bezeichnet die Gewählten durchweg als Sozialisten.

„Gefährliche“ Wahlen!

Petersburg, 20. Januar. (B. Z. B.) Ein kaiserlicher Ukas verfügt die Verlängerung des Zustandes des außerordentlichen Schutzes für Petersburg, Stadt und Provinz, auf fernere sechs Monate vom 21. d. M. ab; ein anderer: die Verlängerung des Zustandes des verstärkten Schutzes auf ein Jahr für mehrere Bezirke des Gebietes der Donkosaken.

Für die Dumawahlen in der Stadt Petersburg ist nunmehr durch kaiserliche Verordnung der 1. März d. J. festgesetzt worden.

Derfelbe Jar, der nicht das geringste tut oder tun läßt, um an seinem Teile ehrlich dazu beizutragen, daß Rußland endlich friedliche Entwicklungsmöglichkeiten erhält — derselbe Jar hat augenblicklich keine größere Sorge, als die „Weltfriedens“-Komödie neu in Szene zu setzen. Wie der Telegraph meldet, ist Professor v. Martens in das Ausland abgereist, „um als Bevollmächtigter des Kaisers Nikolaus in Berlin, Wien, London und Paris Vorverhandlungen über die Friedenskonferenz zu führen.“

Genossin Rosa Luxemburg sendet uns die folgende Mitteilung:

Die von der Posenener Presse aus Warschau gemeldete Nachricht, wonach sieben meiner Mitangeklagten vom Warschauer Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden seien, ist unzutreffend. Ich hatte nur einen Mitangeklagten, mit dem zusammen ich der „Angehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei“ beschuldigt wurde. Unsere Sache ist am 10. d. M. vor dem Kriegsgericht verhandelt worden und mein Mitangeklagter wurde zu acht Jahren Zwangsarbeit, zum Verlust aller bürgerlichen Rechte und zu lebenslänglicher Anstaltung in Sibirien verurteilt. Von einem gegen mich ergangenen Urteil, das auf 15 Jahre Zwangsarbeit lautete, ist mir vom Kriegsgericht keine offizielle Mitteilung gemacht worden; deshalb bin ich nicht in der Lage, mit Sicherheit zu sagen, ob die betreffende Nachricht wahr oder falsch ist.

R. Luxemburg.

Aus der Partei.

Ein Sozialdemokrat als Stadtverordnetenvorsteher. Mit 18 von 22 Stimmen wurde in Stuttgart unser Genosse als stellvertretender Obmann des Bürgerausschusses gewählt. So was ist auch nur im milden Süddeutschland möglich, wird der Berliner Kommunalfreisinn denken, der es als sein unveräußerliches Menschenrecht betrachtet, im Bureau des Stadtverordnetenkollegiums allein vertreten zu sein.

Vom Fortschritt der Presse. „Die Gleichheit“ hat eine weitere Ausgestaltung erfahren. Die Beilage „Für unsere Kinder“ erscheint von nun an in verdoppelter Umfang, ohne daß der Abonnementspreis erhöht wird.

Noch ein Erfolg Bölow's. Seit dem Tage der Reichstagsauflösung und dem Beginn der Wahlbewegung hat sich jetzt der Abonnentenstand der „München Post“ um rund 3000 erhöht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Zeugniszwangskolter.

Aus Halle (Saale) wird uns vom 21. Januar telegraphiert: Wegen Zeugnisverweigerung in einem Preßprozeß wurde Genosse Redakteur Kollenbuhr vom Schöffengericht mit 150 Mark bestraft.

Straffakts der Presse. Gegen den Genossen Weismann vom „Volksfreund“ zu Karlsruhe wurde wegen Verleumdung eines Wächereibeholders vor dem Karlsruher Schöffengericht verhandelt. Er hatte die Mißhandlung eines Dienstmädchens durch den Verleumdigen scharf gerügt. Die Zeugenaussagen ergaben, daß der forpultante Herr das schwächliche Mädchen derart geschlagen hat, daß ihm das Blut aus Mund und Nase floß und die künstlichen Zähne aus dem Munde sprangen. Die Lippen waren bis angeschwollen und fast 14 Tage konnte das Mädchen auf dem einen Auge nicht sehen. Dabei äußerte der Herr u. a.: „... und wenn sie tot auf dem Plage bleibt!“

Das Gericht aber fand, daß Weismann nicht alle Behauptungen des Artikels bewiesen habe und verurteilte ihn deshalb zu 20 M. Geldstrafe. Bestraft ist der, der die Mißhandlung tadelte; straffrei geht aus der rohe Rachevermittler, da die Mißhandlung keinen Strafantrag gestellt hatte.

Noch ein Nachklang von der Wahlrechtsbewegung. Ein eigenartiger Akt, so schreibt die Überfelder „Freie Presse“ vom Sonnabend, bildete gestern den Abschluß des von der hiesigen Staats-

anwaltschaft gegen den Genossen Uenbaum infizierten Wahlrechtsflugblattprozesses. In Gegenwart eines Kriminalkommissars wurden in unserer Stereotypie die damals angetrockneten Druckplatten des „Staatsgefährlichen“ Flugblattes — ganz beifällig — eingeschmolzen. Dieses moderne Autodafis entbehrt nicht des humoristischen Beigeschmacks. Der Staat ist nun vollends außer Gefahr.

Aus Industrie und Handel.

Fiskus.

Der Fiskus als Vergherz war im verfloffenen Jahre wiederum sehr erfolgreich in der Plusmacherei. Bei dem Steinkohlenbergwerk Ibbenbüren ist die Förderung von 179 187 Tonnen auf 208 750 Tonnen gestiegen, dagegen wuchs die Zahl der Arbeiter nur von 743 auf 823 Mann. Die Jahresleistung pro Arbeiter stieg von 249,5 Tonnen auf 255,6 Tonnen. Da auch der Durchschnittswert der Tonne Förderung von 7,28 M. auf 7,82 M. hinaufging, konnte ein Gesamtüberschuh von 790 886 M. erzielt werden, gegen 641 048 M. im Jahre vorher.

Pro Kopf der Arbeiter wurde im letzten Jahre ein Ueberschuh von 960 M. gegen 862,75 M. im Vorjahre erzielt. Der Schichtverdienst der Arbeiter ging von 3,19 M. auf 3,28 M. hinauf. Demnach betrug

das Ueberschuhmehr . . . 11,28 Proz.
die Lohnsteigerung . . . 2,82 „

Bei der Ver. Gladbek wurde eine Förderung von 752 868 Tonnen erzielt, oder gegen das Vorjahr 178 679 Tonnen mehr. Der Verkaufswert hob sich pro Tonne von 9,47 M. auf 9,76 M., die Jahresleistung pro Kopf der Arbeiter erfuhr eine Steigerung von 20 Tonnen auf 258,8 Tonnen. Bei einem Zugang von 521 Mann stellt sich die Gesamtbelegschaft auf 2969 Mann. Der Gesamtwert der Förderung beziffert sich auf 7 347 992 M. gegen 5 437 570 M. im Vorjahre. Der Tagesdurchschnittslohn hob sich um 12 Pf. auf 4,25 M. Für das letzte Jahr ergibt sich pro Kopf der Arbeiter ein Förderwert von 2610 M., gegen das Vorjahr 416 M. mehr. Es beträgt die

Wertsteigerung der Produktion . . . 18,50 Proz.
Lohnerhöhung . . . 2,90 „

Da sieht man, wie Vater Staat seine Arbeiter an dem Segen der Konjunktur teilnehmen läßt. Am 25. Januar können die Staatsbeamten im Vergammsmittel für die überwälzende Fürsorge und rührend bekundete Arbeiterfreundlichkeit quittieren. Mit der Wahl eines bürgerlichen Kandidaten attestiert man seine Zufriedenheit mit den Arbeitsverhältnissen und das Verlangen nach — neuen Steuern.

Schiffahrtsabgaben.

Die Agrarier in Deutschland haben betwiesen, daß sie nicht zu den politischen Weichtieren gehören. Mit brutaler Energie, mit einer durch keine Bedenken gehemmten Rücksichtslosigkeit verfolgen sie ihre Ziele, die ohne Ausnahme agrarisch-egoistischer Natur sind. Volksinteressen gibt es für die Junker nicht; das Volk ist ihnen nur ein Objekt der Ausbeutung. Und ihre Liebe für die Industrie haben sie ja oft genug bekundet. Die Ironie gegen den Mittelstandkanal, die neuen Handelsverträge sind warnende Beispiele. Aber die Junker sind noch nicht befriedigt. Ein neues Attentat gegen Handel, Verkehr und Industrie ist bereits wieder geplant, die Einführung von Schiffahrtsabgaben. Und die Regierung, die die politische Vertretung jener Stände, die durch die Schiffahrtsabgaben bedroht werden, zu einer Paarung mit den Konterwählern auffordert, hat sich schon dazu bekant, dem Kommando der Junker zu gehorchen. In industriellen Kreisen kennt man die drohenden Gefahren. Zahllose Proteste und Petitionen sind schon bei der Regierung eingegangen. In Dresden traten dieser Tage wieder viele Vertreter deutscher und verschiedener böhmischer Handelskammern zu einer Beratung in dieser Angelegenheit zusammen. Anwesend waren auch die Vertreter der sächsischen Regierung, der Stadt Dresden und vieler Körperschaften. Der Handelskammerpräsident Kommerzienrat Collenbusch aus Dresden eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis auf die Stellung Preußens zu den Abgaben und betonte, ein energischer Protest sei nochmals notwendig. Ähnlich sprachen als Referenten Kommerzienrat Richter aus Ballwighofen, Regierungsrat Kofke aus Tepitz, Handelskammerpräsident Dr. Behrend aus Magdeburg. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entscheidung an:

„Die Abgabefreiheit auf der Elbe ist eine unentbehrliche Bedingung für das Gedeihen von Industrie, Handel und Verkehr. Die Erhebung von Schiffahrtsabgaben bedeutet nicht nur eine wirtschaftliche Schädigung bedeutender Erwerbsstände, sondern verstößt auch gegen die Reichsverfassung und die Reichsverfassung. Die Verammelten beschließen daher eine Stellungnahme des Bundesrats gegen den Versuch Preußens und ein Eintreten des Reichstages für eine gerechte Auslegung der Reichsverfassung. Die vertretlichen Körperschaften werden aufgefordert, bei ihren Regierungen und bei geeigneten Reichstagsabgeordneten auf die Durchführung obiger Resolution hinzuwirken.“

Fürst Bölow wird auch diese Rundgebung ruhig zu den anderen legen. Aber die Leute, die hier protestieren und betteln, sind ja dabei, den Einfluß der Junker im Reichstag zu stärken. In zahlreichen Kreisen verzichten die sogenannten Liberalen auf eigene Kandidaten, sie sind glücklich, den Konterwählern als Fußhimmel zu dienen. Als Dank dafür werden sie mit der Peitsche: Schiffahrtsabgaben belohnt werden.

Die Zementindustrie im Jahre 1906.

Eine kräftige Steigerung der Rentabilität hat das Jahr 1906 für die Zementindustrie gebracht. Für 30 der größten Werke, die zusammen ein Aktienkapital von rund 92 Millionen Mark repräsentieren, dürfte die Verzinsung im Jahre 1906 nach den vorläufigen Angaben 9,8 bis 10,05 Millionen Mark oder in Prozenten des Aktienkapitals ausgedrückt 10,7 bis 11,4 Proz. betragen. Im Jahre 1905 war die Dividende der gleichen Gesellschaften bei einem Kapital von 88,9 Millionen 8,5 Proz.

In erster Linie ist für die günstige Entwicklung der Zementindustrie im Jahre 1906 die flotte Bautätigkeit bestimmend gewesen. Obgleich schon im Jahre 1905 eine ganz ungewöhnliche Einfuhrsteigerung stattgefunden hatte, nahm 1906 der Import sogar in noch stärkerem Maße zu, wie sich aus nachstehender Uebersicht ergibt. In den ersten elf Monaten betrug nämlich die Einfuhr von Romanporlandzement und hydraulischem Kalk seit 1901 in Doppelzentnern

1901	841 834	1904	578 246
1902	510 988	1905	1 402 712
1903	486 016	1906	2 214 490

Weitens am meisten ist die Einfuhr belgischen Zementes gestiegen. Das Eindringen belgischen Zementes in Westdeutschland war so stark, daß das rheinisch-westfälische Zementhandlars, obwohl es selbst über vollauf genügenden Absatz verfügte, sich zu einem energischen Vorgehen veranlaßt sah. Es errichtete ein eigenes Verkaufsbureau in Cleve und nahm Preisverabredungen vor, um den ausländischen Wettbewerb zu unterbinden. Die Kartellierung der Zementindustrie machte kaum weitere Fortschritte, neue Vereinigungen kamen nicht zu stande, nur wurde das mitteldeutsche Zementhandlars, dessen Auflösung vielfach erwartet wurde, im September auf fünf Jahre verlängert.

Bank von England. Die Bank von England hat den Diskont um 1 Proz. auf 5 Proz. erniedrigt. In den nächsten Tagen wird die Reichsbank dem Beispiele folgen und wahrscheinlich ebenfalls sofort um ein volles Prozent mit dem Diskont herabgehen.

Die Bergbehörde auf der Anklagebank.

Am 14. September 1904 verunglückte auf Zeche „Herkules“ der jugendliche Schleppler Semi Cohn durch niedergehende Gesteinsmassen tödlich. Gegenüber der Behauptung der Bergbehörde, sie habe festgestellt, daß an dem Tode des Schleppers niemand eine Schuld beizumessen sei, legte der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, der frühere Kette, Theodor Wagner, dar, daß Semi Cohn lediglich ein Opfer der Profitgier der Zeche geworden sei. Schon lange Zeit vor dem Unfall habe sich die fragliche Strecke in einem lebensgefährlichen Zustande befunden und der Steiger sei auch wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, habe aber solche Warnungen einfach in den Wind geschlagen und erklärt: „Ach was, es ist ja doch bald alle, es gehen noch höchstens einige hundert Wagen Steine herein und solange wir's wohl noch halten!“ Am Tage zuvor habe der Steiger noch einem alten Bauer den Befehl gegeben, an der fraglichen Stelle Steine zu kippen. Dieser habe sich aber dessen gewiewert mit dem Hinweis, daß es viel zu gefährlich sei. Der Steiger habe dann auch selbst die Gefahr anerkannt, nichts desto weniger seien aber am anderen Morgen zwei Schleppler, Gottlieb Rassey und Semi Cohn, die sich beide der großen Gefahr wegen ihrer Unerfahrenheit nicht bewußt waren, mit Steinklippen an der fraglichen Stelle beauftragt worden, ohne daß die Gefahr vorher beseitigt war. Schon beim dritten Wagen, den sie kippten, gab die faule, morsche Zimmerung dem gewaltigen Druck der darüber hängenden Gesteinsmassen nach und der 17jährige Semi Cohn, der von Holland herübergekommen, erst seit acht Tagen mit Grubenarbeit beschäftigt war, lag als gräßlich verstümmelte Leiche unter den ungeheuren Gesteinsmassen, während der Schleppler Rassey mit einer Verletzung am Fuß davonkam.

Die Bergbehörde und die Zechenverwaltung „Herkules“ schwiegen auf diese Darlegungen hin, wiewohl sie mehrfach um Darlegung des Sachverhalts angegangen wurden, auch huc den Sachverhalt im Reichstag vortrug.

Am 12. August 1906 besprach Wagner in Essen-West die Angelegenheit abermals. Diese Besprechung führte zu einer Anklage wegen Verleumdung des Bergrats Balz. Ueber diese wurde am 15. Januar in Essen verhandelt. Die Verhandlung führte zwar zur Verurteilung, ihr Verlauf rechtfertigt aber die Stichmarke unseres Artikels.

Der Kriminalbeamte Kiefernagel bekundete zunächst über Wagners Rede:

In der Versammlung am 12. August v. J. in Essen-West bei Post hat der Reichstagsabgeordnete Hue einen Vortrag über den „Rorussia“-Prozeß gehalten. In der Diskussion besprach Wagner unter anderem auch den Fall Semi Cohn und erklärte am Schluß seiner Ausführungen: Aus alle dem ergibt sich, daß dieser Fall nicht klar gestellt ist, daß die Bergbehörde nichts getan hat, um Aufklärung zu schaffen und ich erhebe darum gegen Bergrat Balz die Anklage, daß er diese Sache vertuscht und dadurch der Zeche Handlangerdienste geleistet hat. Der Angeklagte Wagner machte seine Ausführungen in großer Erregung. Wagner gibt zu, sich in ähnlicher Weise geäußert zu haben.

Als nächster Zeuge wird Bergassessor Makroff vernommen, der seinerzeit die Untersuchung des Falles auf der Zeche als Beauftragter des Herrn Bergrat Balz geleitet.

Vorl.: In welcher Weise haben Sie damals die Untersuchung geleitet?

Zeuge: Durch Besichtigung der Unfallstelle und Vernehmung der Zeugen.

Vorl.: Wie haben Sie die Zeugen festgesetzt oder wer hat Sie Ihnen genannt?

Zeuge: Die Zechenverwaltung.

Vorl.: Wer, die Zechenverwaltung, wer ist das?

Zeuge: Der Betriebsführer.

Vorl.: Haben Sie keine anderen Zeugen vernommen, bloß diejenigen, die Ihnen der Betriebsführer genannt?

Zeuge: Nein, andere nicht.

Vorl.: Was haben Sie denn an der Unfallstelle festgesetzt, was fiel Ihnen besonders auf?

Zeuge weiß sich so recht nicht mehr zu erinnern, es sei schon zu lange her.

Vorl. (dem Zeugen eine Kopie mit Akten überreichend): Erinnern Sie sich doch mal, hier ist ja das von Ihnen verfaßte Protokoll, sehen Sie sich das doch nochmal an.

Zeuge (das Schriftstück flüchtig prüfend): Ja, ja.

Vorl.: Es wird behauptet, die Zimmerung sei alt und morsch gewesen, haben Sie bei der Untersuchung Teile des zerstörten Holzes gesehen?

Zeuge: Nein.

Vorl.: Auch nicht die heruntergefallene Klappe.

Zeuge: Nein, das war nicht möglich, weil ja alles zu Bruch lag.

Vorl.: Was haben Sie denn als Ursache des Unfalls festgesetzt?

Zeuge: Das Kollod hatte sich festgesetzt und die Arbeiter wollten es wieder los machen. Hierbei fiel ein schwerer Stein herunter und schlug den Damnstempel, der das Holz am Hangenden stützte, durch, wodurch dann alles zusammenbrach.

Vorl.: Wie haben Sie das festgesetzt?

Zeuge: Das haben die Zeugen bekundet.

Vorl.: Sie selbst haben nichts gesehen?

Zeuge: Nein, das war nicht möglich.

Vorl.: Halten Sie es für möglich, daß ein herunterfallender Stein auch ein gesundes, starkes Holz durchschlägt?

Zeuge: Ja.

Angeklagter Wagner erklärt, er sei erstaunt über die Aussagen des Herrn Bergassessors, dessen ganze Darstellung den Tatsachen in keiner Weise entspreche und sei er in der Lage, dieses durch Zeugen nachweisen zu können.

Der Verteidiger des Angeklagten stellt und begründet kurz einen Antrag auf ausführliche Beweiserhebung.

Der Staatsanwalt wendet sich gegen diesen Antrag. Die Beweisaufnahme habe ja schon ergeben, daß von einer Verurteilung durch die Bergbehörde gar keine Rede sein könne. Es könne sich bei weiterer Beweiserhebung nur darum handeln festzustellen, ob der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe, den guten Willen wolle er dem Angeklagten schon gern zubilligen und wäre darum eine weitere Beweiserhebung überflüssig. Das Gericht beschloß trotzdem, die Sache zu vertagen und die von Wagner genannten Zeugen zu laden, weiter zum neuen Termin einen Sachverständigen aus dem Oberbergamtsbezirk Dortmund zuzuziehen.

Soziales.

Sankt Bureaukratismus in der Krankenversicherung.

In Entgegnung auf die unter dieser Stichmarke in der Nummer vom 18. d. Mts. geschilberte Leidensgeschichte eines Kranken erhalten wir mit dem Eruchen um Aufnahme folgende Zuschrift des Geschäftsführers der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker:

„Die unter der Stichmarke „Sankt Bureaukratismus in der Krankenversicherung“ gegebene Darstellung des Untersuchungsfallcs Karl N. bemüht sich, wie dies schon früher an anderer Stelle versucht wurde, der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker die Schuld dafür zuzuschreiben, daß eine Krankenunterstützung nicht geleistet wurde.“

Es bedarf wohl nicht näherer Darlegungen, daß Krankenlassen nicht in der Lage sind, auf die einfache Versicherung eines Mitgliedes hin, arbeitsunfähig gewesen zu sein, Kranken Geld zu zahlen, sondern es müssen glaubhafte Beweise dafür beigebracht werden, ob und wie lange die Arbeitsunfähigkeit vorlag. Durch die Karte einer Poliklinik wird ein solcher Beweis nicht geführt, sondern nur nachgewiesen, daß die Poliklinik aufgesucht wurde.

Wir haben, trotzdem eine Verpflichtung dazu nicht vorlag, nachdem es N. nicht gelang, den Nachweis zu führen, daß er arbeitsunfähig war, durch Beamte unserer Verwaltung mehrfach versucht, zu erfahren, ob die Behauptungen des N. den Tatsachen entsprechen, konnten an einer Stelle aber nur bestätigt er-

halten, daß A. einmal ärztliche Hilfe suchte, während es von der anderen Seite als unmöglich erklärt wurde, die Erwerbsunfähigkeit zu bescheinigen. Es ist demnach die Kasse, ohne den Rat des Einlenbers abzuwarten, die Behörden um Auskunft angegangen. Wenn auch dieser Versuch, eine Bescheinigung der Angaben des Hilfsuchenden zu erhalten, fehlschlug, so ist damit noch keine Verzweiflung gegeben, von Bureaukratismus zu sprechen. Dem Einlenber wäre dringend zu empfehlen, sich einer eingehenden Prüfung der Tatsachen zu unterziehen, bevor er haltlose Behauptungen aufstellt.

Diese Einwendung ändert an der zutreffenden Sachdarstellung des Artikels vom 18. d. M. und an den aus der Sachdarstellung gezogenen Schlüssen nicht das geringste. So richtig es ist, daß nicht in jedem Fall Kosten „in der Lage sind, auf die einfache Versicherung eines Mitgliedes hin arbeitsunfähig gewesen zu sein, Krankengeld zu zahlen“, so richtig ist, daß von einem Erkrankten nicht verlangt werden sollte, stets strittige Beweismaterial für seine Behauptungen zu beschaffen. In dem erörterten Fall zwang Sankt Bureaukratismus den Schlosser zunächst, die Krankenversicherungspflichtigkeit des Vereins „Dienst an Arbeitslose“ im Prozeßweg feststellen zu lassen. — Dieser umständliche Weg wäre überflüssig gewesen, wenn der Verein seiner gesetzlichen Pflicht genügt hätte. Der Umstand, daß der Schlosser diesen Weg einschlug, ist bei der Prüfung des Gesuches um Krankengeld unseres Erachtens zu unrecht unberücksichtigt gelassen. Zum Scherz oder Zeitvertreib beschreitet ein Arbeiter doch nicht den Weg der Feststellung der Versicherungspflicht eines Betriebes. Der durch die Notwendigkeit einer Entscheidung über die Versicherungspflicht eingetretene Zeitverlust erschwerte den Beweis dem Kläger. Diese nicht von ihm veräußerte Erwiderung hätte in erster Linie berücksichtigt werden müssen. Die Kasse erklärt in ihrer Zuschrift ja selbst, daß — trotz dieser dem Kläger durch Sanktum Bureaukratismus auferlegten Beweiserschwerung — bei Nachfragen der Kasse ein Teil der Behauptungen des Klägers sich als wahr herausgestellt haben. Es hätte um so mehr das Recht der freien Beweiswürdigung von der Kasse zugunsten des Klägers auszuüben sollen, als der Verein infolge der Nichtanmeldung des Klägers zur Kasse in vollem Umfang ersatzpflichtig war und die Beweiserschwerung durch Unterlassen seiner gesetzlichen Pflicht zur Anmeldung herbeigeführt war. Nur für erwiesene zu halten, was altemännlich durch Zeugen nachweisbar ist, ist eine von uns stets bekämpfte zu große Rücksichtnahme auf fiskalische Interessen. So unlieb es uns ist, solchen Fall auch gegenüber einer so vorzüglich und im Verhältnis zu vielen Kassen wenig bureaukratisch verwalteten Kasse feststellen zu müssen, so wenig darf die Rücksicht auf die Kasse uns veranlassen, den dargelegten, zu unserer Kenntnis gelangten Mangel zu verschweigen. Die Tatsache, daß ein erkrankter Arbeiter so viele Wege wandeln muß, bis er endlich vielleicht Krankengeld erhält, ist ein sozialer Mißstand, der nicht scharf genug kritisiert werden kann. Die Kasse irt, wenn sie etwa annimmt, daß speziell ihre Verwaltung als Sündenbock hat hingestellt werden sollen. Der bekämpfte Mißstand beruht auf dem geltenden System. Er wäre nicht eingetreten, wenn die Selbstverwaltung der Kassen nicht durch die sogenannten Aufsichtsbefehle zu allzu großer Rücksichtnahme auf fiskalische Interessen gedrängt wurde und wenn endlich der sozialdemokratischerseits stets verteidigte Grundsatz Geltung erlangte: wer erkrankt ist, hat vollen Anspruch auf sofortige ärztliche Hilfe und auf Krankengeld, mögen hernach die einzelnen Kassen sich darüber streiten, ob und welcher Kasse die Unterstützungspflicht oblag. Gäßen wir Zentralisierung der Kassen mit voller Selbstverwaltung oder die Durchführung des Grundsatzes, daß die Fürsorgepflicht für Erkrankte und Erwerbsunfähige ohne Weiterungen kraft Gesetzes einzutreten hat und erst später zu entscheiden ist, ob und welche Kasse zahlungspflichtig ist — mit anderen Worten, daß der Arbeiter und die Erwerbsunfähigen mit einem Jahres-einkommen bis 2000 oder 3000 M. gesetzlichen Anspruch auf Krankengeld und Krankengeld haben, weil sie Erwerbstätige, nicht weil sie Kassenmitglieder sind —, so würde ein Fall wie der des Schlossers Karl A. zu den Unmöglichkeiten gehören.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Nach den Meldungen, welche am Montag beim Holzarbeiterverband eingelaufen sind, wurden am Sonnabend 974 Arbeiter ausgesperrt. Die Gesamtzahl der in Berlin ausgesperrten beträgt bis jetzt 6122; die Zahl der Unternehmer, die sich an der Aussperrung bisher beteiligten, beläuft sich auf 604. Dazu kommen in Rixdorf 24 Betriebe, die 333 Arbeiter ausgesperrt haben, in Weihensee 20 Betriebe mit 387 Aussperrten.

Wen Scharfmachern in der Holzindustrie haben sich nunmehr auch die Berliner Drechslermeister — nach den Nachrichten in der hiesigen Presse — angeschlossen. Die „Freie Vereinigung selbständiger Drechslermeister Deutschlands“ (Ortsgruppe Berlin) hielt am Sonntag im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstraße, eine außerordentliche Generalversammlung ab, in welcher der Beschluß an den Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe“ beschlossen worden ist. Aussperrte Drechsler aus anderen Betrieben sollen nicht eingestellt werden. Weiter soll die Parole ausgegeben sein: „Ohne Vertrag keine Arbeit“.

Dierzu geht uns unter der Hand noch folgende Mitteilung zu: Die Versammlung der Drechslermeister, in welcher der Geschäftsführer des Arbeitgeber-Schutzverbandes das Referat hielt, war von 15 Meistern, zum großen Teil Bernauer, besucht, von denen in namentlicher Abstimmung sich 43 für und 2 gegen den Anschluß erklärten. Die Anwesenden beschäftigten nach ihrer eigenen Angabe zusammen rund 520 Arbeiter; dabei sind Betriebe, in denen 10, 20, 40, 60 und 120 Arbeiter tätig sind. Der Referent führte unter anderem aus, es sei zweckentsprechend, daß alle Tarifverträge an einem bestimmten Tage ihr Ende erreichten, damit, wenn Lohnkämpfe ausbrechen, die Kassen der Arbeiter durch Unterstützungen der großen Anzahl Streikender um so früher erschöpft würden. Wenn es gelinge, diese Kassen zu sprengen, dann, aber auch nur dann, werde eine Zeitlang Ruhe eintreten. Nur durch die Macht der Arbeitgeberorganisationen werde es möglich sein, den „Nebermut der Arbeiter“ zu brechen. Wenn sich die Anwesenden dem Schutzverbande anschließen, seien sie gegen Streikaustritte besser geschützt. Es liege also auch im eigenen Interesse, sich demselben anzuschließen usw.

Der Vorstand wurde schließlich bevollmächtigt, den Anschluß so schnell wie möglich herbeizuführen.

Achtung, Glühlampenarbeiter und Arbeiterinnen! Am Sonnabend haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Allgemeinen Berliner Glühlampen-Fabrik, G. m. b. H., Berlin, Warschauerstraße 41/42, die Arbeit wegen Lohnabzug von 20—40 Proz. niedergelegt. Vor Zutritt wird gewarnt. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Tapezierer! Die Sperre über die Firma F a h, Färberstraße 9, ist aufgehoben. Die Bauten der Firma in der Händelstraße 88 und Aufhäuser- und Barbarossastrassen-Ecke sind für Tapezierer freigegeben. Die Achtzehner-Kommission.

Deutsches Reich.

Eine allgemeine Textilarbeiteraussperrung

steht für die nächsten Tage in Aussicht, nachdem die Färbereiarbeiter schon am vergangenen Sonnabend aufs Pflaster gemorost wurden. Die Ursache zu diesem Vorgehen des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie ist eine so unbedeutende, daß man nur annehmen kann, der Herrenstandpunkt

des Unternehmers soll zum Ausdruck gebracht und ein Schlag gegen die Organisation geführt werden. Die Vorgeschichte ist folgende: Am Schlusse des Monats Oktober und Anfang November vorigen Jahres traten die Färbereiarbeiter in eine Lohnbewegung ein und erreichten durch ihr geschlossenes Vorgehen ohne Arbeitsbeeinträchtigung verschiedene Vorteile. Es wurde der Zehnstundentag eingeführt und auch eine Lohnerhöhung erzielt, außerdem die Abschaffung verschiedener Mißstände durchgeführt. Bemerkenswert war hierbei, daß in keinem Teil der Textilbranche die Arbeiter roher behandelt werden, als in den Färbereibetrieben. Der Vorsitzende des Kreisföderationsrats hat schon verschiedentlich seine Mißbilligung im Gerichtssaal über die Behandlung der Arbeiter in den Färbereien ausgesprochen. Die Behandlung sollte nun vor allen Dingen humaner werden; das hatten die Vertreter der Organisation zur Bedingung gemacht. Das Ausstellen von Prüfen und Stößen, besonders an jugendliche Arbeiter, hörte nun zwar auf, doch wurde die Kontrolle beim Beginn der Arbeit noch sehr rigoros gehandhabt. Das war auch der Fall in einem Großbetrieb, nämlich bei der Firma C. A. Köttgen, welche zirka 400 Personen beschäftigt. Hingegen kam, daß der Chef der Firma den Arbeitern verbot, während der Arbeitszeit eine Tasse Kaffee zu sich zu nehmen, was früher stets gestattet worden war. Die Färbereibetriebe gehören bekanntlich nicht zu den für die Arbeiter angenehmsten; es herrscht dort mitunter eine unerträgliche Hitze, sowie unerträglicher Qualm und Dampf. Daß sich in einer solchen Atmosphäre mitunter das Bedürfnis geltend macht, etwas zu trinken, ist wohl jedem Menschen einleuchtend, und deshalb befanden die Arbeiter darauf, während der Arbeitszeit zu dem Frühstück einen Schluck Kaffee nehmen zu dürfen; eine Pause sollte nicht gemacht werden. Der Unternehmer erließ einen Ullas, daß er keine Kaffeegefäße mehr in dem Betriebe dulde. Wenn die Arbeiter etwas trinken wollten, könnten sie Wasser trinken. Das Wasser, welches durch gewöhnliche Pumpen heraufgeholt und nicht filtriert wird, ist sehr sandhaltig, und sollen auch schon kleine Würmer mit zutage gefördert worden sein. Tatsache ist, daß in dem Betrieb stets viele Magenkatarrhe sind, was von den Arbeitern auf den Genuß des Wassers zurückgeführt wird. Aus all diesen Gründen weigerten sich die Arbeiter, auf den Kaffee zu verzichten, und es kam zum Streik.

Mittlerweile hatten die Inhaber der Färberei Wölfer u. Kömer plötzlich 13 Arbeiter entlassen, und zwar angeblich aus Arbeitsmangel. Diese Arbeiter waren verheiratet und zum Teil schon jahrelang in dem Betriebe tätig. Die Arbeiter glaubten zwar nicht an den Arbeitsmangel, machten aber doch den Chefs den Vorwurf, ihre Kollegen nicht plötzlich auf die Straße zu setzen, sondern den Betrieb einzuschränken durch Einlegung von Feiertagen. Sie würden dann alle gleichmäßig von dem Arbeitsmangel getroffen. Dieser Akt der Solidarität, welcher doch die Arbeiter nach jeder Richtung hin ehrt, fand nicht die Zustimmung der Unternehmer. Die Herren vertraten vielmehr den brutalen Kapitalistenstandpunkt; sie bestimmten selbst, wer zu entlassen sei und ließen sich von dem Arbeitersausschuß in diese Dinge nicht hineinreden. So kam es auch in diesem Betrieb zum Streik. Da trat sofort der Unternehmerverband in Aktion, erklärte die Forderungen der Arbeiter als höchst ungerechtfertigt und dekretierte, daß, wenn die Streikenden bis zum 18. Januar die Arbeit nicht bedingungslos aufgenommen hätten, sämtliche Färbereiarbeiter in Krefeld am 18. Januar ausgesperrt würden. Eine Versammlung der Arbeitersausschüsse der Färbereien besaß sich mit der Sache und beschloß, seinen Druck auf ihre streikenden Kollegen auszuüben. Die Färbereibetriebe, welche mit Ausnahme einiger kleinerer Betriebe dem Unternehmerverbande angehören, haben die Drohung wider Erwarten wahr gemacht und ihre Arbeiter, weil über zweitausend, aufs Pflaster geworfen. Auf heute, Dienstag, den 22. Januar, ist wieder eine Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie einberufen, und wird auf derselben eine allgemeine Aussperrung der Textilarbeiter Krefelds beschlossen werden.

Die Unternehmer halten den Zeitpunkt für geeignet, die schon öfter angebrochene Sperre zu verhängen; sie vermaßen, jetzt die Macht der Organisation, die ihnen zu stark wird, brechen zu können. Sie nehmen nicht einmal Rücksicht auf die in den nächsten Tagen stattfindende Reichstagswahl. Es ist sehr interessant, daß, während die nationalen Parteien den „Bruder“ Arbeiter zum Zweck des Stimmeneingangs umgaulen und plötzlich ihr sozialreformarisches Herz entdeckt haben, hier die nationalliberalen Unternehmer ihren Wahlgelüsten keinen Zwang anlegen und Zehntausende braver Arbeiter nebst Familie durch Hunger ihrem Willen untertan machen wollen. Daß die Pläne dieser Herrenmenschen sich so leicht verwirklichen, bezweifeln wir sehr; sind doch auch die Textilarbeiter nicht müde gewesen, sie haben sich vielmehr eine starke Organisation geschaffen.

Ausland.

Die drohende Massenausperrung in Schweden wird, wenn die Unternehmer diesen Niesenkampf nicht um jeden Preis heraufbeschwören wollen, abgewehrt werden. Das Landessekretariat wie die Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften bieten alles auf, um die geringen Streitigkeiten auszugleichen, die dem Aussperrungsbeschlusse zugrunde liegen. Einigungsversuche sind bekanntlich schon am 20. Dezember durch Verhandlungen zwischen der schwedischen Arbeitgebervereinigungen und dem Landessekretariat zustande gekommen, wurden aber von einem Teil der direkt an den Konflikten beteiligten Verbandsabteilungen nicht ohne weiteres gutgeheißen, wie denn auch die Arbeitgeber weitergehende Forderungen an die Gewerkschaften stellten.

Run hat am 17. und 18. Januar in Stockholm eine Konferenz der Repräsentanten der Landesorganisation und des Landessekretariates stattgefunden und einstimmig beschlossen, die betreffenden Verbandsabteilungen aufzufordern, jene Einigungsversuche anzuerkennen, sowie auch den Vorschlag des Verhandlungskomitees, der den Arbeitgebern bei Beachtung der übrigen Vertragsbestimmungen das Recht sichert, Arbeiter, ohne Rücksicht darauf, ob sie organisiert sind oder nicht, einzustellen und zu entlassen, der aber auch den Arbeitern das Koalitionsrecht sichert und sie verpflichtet, bei Entlassungen, die ihnen als Maßregelungen erscheinen, erst eine Untersuchung durch ihre Organisation vorzunehmen, bevor sie andere Abwehrmittel ergreifen. Im übrigen beschloß die Konferenz, auch die Arbeitgeber aufzufordern, die Einigungsversuche unerbittert anzuerkennen. Geschloß dies nicht, so scheint die Aussperrung am 23. Januar unausbleiblich. Die ganze Verantwortung ruht dann jedoch auf den Unternehmern.

Gerichts-Zeitung.

Begen Gefährdung einer öffentlichen Telegraphenanlage
und Wetzens gegen die Postbehörde mußte sich gestern der Elektrotechniker Fritz K o l l e r vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I verantworten. Der Angeklagte ist Inhaber eines elektrotechnischen Installationsgeschäftes und hat in seinen Komtoirräumen einen Fernsprecher. Zugleich aber ist das Komtoir mit den übrigen Räumllichkeiten und der Wohnung durch ein Privattelefon verbunden. Um die verhältnismäßig hohen Kosten der Anlage mehrerer Nebenstellen durch die Postbehörde zu sparen, und um gleichzeitig der Bequemlichkeit teilhaftig zu werden, von jeder einzelnen Stelle aus mit dem Fernsprechkamist in Verbindung setzen zu können, stellte der Angeklagte nun eine Verbindung zwischen dem amtlichen Telefon und seiner eigenen privaten Fernsprechanlage her. Zu diesem Zweck schnitt er an einer dicht unter der Zimmerdecke gelegenen Stelle die Leitung der Leitungslinien durch und löste an den bloßgelegten Kupferdrähten mehrere andere feine Drähte an. Diese verband er mit einem von ihm erfundenen und später sogar patentierten automatischen Umschaltapparat, der wiederum mit dem Privattelefon in Verbindung stand. Die ganze Anlage funktionierte tadellos, nur machten sich auf dem Amte allerlei Störungen infolge einer unrichtigen Schaltung bemerkbar. Anlässlich einer Revision durch einen höheren Postbeamten wurde diese Sonderanlage entdeckt und zur Anzeige gebracht. Die Folge war die jetzige Anklage. Vor Gericht bestritt Rechtsanwalt Leonh.

Friedmann, daß durch die Anlage des Angeklagten eine Gefährdung der Telefonleitung eintreten könne, auch sei nicht anzunehmen, daß K. um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen, diese Vorrichtung angebracht habe. Staatsanwalt B a a c h hielt den Angeklagten sowohl des Wetzens wie auch des Vergehens gegen den § 318 St.-G.-B. für überführt und beantragte einen Monat Gefängnis. Das Gericht kam bezüglich des Wetzens zu einer Freisprechung, dagegen wurde K. wegen fahrlässiger Gefährdung einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenanlage zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist Joeben das 16. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Der Landsturm der Böhmer. — Rasthematische Formeln nach Karl Marx. Von L. B. Boudin (Paris). — Ueber britischen Imperialismus. Von Otto Bauer. — Das Verbrechen und seine Bekämpfung. Von B. A. Bonner. — Polizeiverordnungen und Polizeistrafen. Von Richard Wagner. — Die Reform der Arbeiterversicherung. Von Sigmund Kay (Wien). — Literarische Rundschau: Karl Jodel, Der Ursprung der Naturphilosophie aus dem Geiste der Mythik. Von Ph. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 325 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist im Joeben Nr. 2 des 17. Jahrganges eingegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Unser Panier. — Der Arbeiterinnen Interresse an der Reichstagswahl. Von Luise Zieh. — Auf zum Kampfe gegen den Militarismus! Von K. D. — Die Forderungen der Arbeiterinnen in Bezug auf den Ausbau der Arbeiterversicherung. Von Gustav Hoch. — Ein gefährlicher Feind. Von o. h. — Die Stellenvermittlung. Von Kathilde Sturm. — Aus der Bewegung: Von der Aktion. — Von den Organisationen. — Jahresbericht der Vertrauensperson für Kant-Bühelndshaven. — Jahresbericht des Arbeiterinnenvereins in Erlangen. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von G. L. — Generalkongress der Arbeiterinnen. — Ein Beweis brüderlicher Solidarität der französischen Genossen. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Verschlebung. — Cullition. — Reuaktion: Die Nacht des Gedanken. Von Nikolaus Senau. (Gedicht). — Prometheus. Dramatisches Fragment von Wolfgang Goethe. (Gedicht). Für unsere Kinder: Winter. Von Arno Holz. (Gedicht). — Gerechtigkeit. Von Reinald. — Das Regenerweid. Von Emanuel Heibel. (Gedicht). — Der Autofahrer. Von Ernst Kinsloß. — Die drei Indianer. Von Nikolaus Senau. (Gedicht). — Unsere Pelztiere. Von Brand. — Die Rosenpflanze. Von A. Hendrich. — Diegenen Lehren. Von Carl Carmin. (Gedicht). — Der Jüerg Kafe. Von Wilhelm Hauff. — Reineke beschuldigt Reiter Kamps Ander. — Schmutzjährgen und Bullenbech. Von Friedr. Gae. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Der Reichstagswahl ist auch die Joeben erscheinende Nummer des „Wahren Jacob“ gewidmet. Wir erwähnen aus ihrem Inhalt die drei farbigen Bilder „Die roten Mäner“, „Der russische Nero“ und „Sodom und Gomorra“, sowie die weiteren Illustrationen „Sellenblauen“, „Die Abrechnung“, „Drei Kandidatenkandidaten“, „Die Reichstagswahlen“, „gezeichnet von seinem Mar. Pariser Leben“ und „Die zerstörte Wahlparole“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Zum 23. Januar“, „Der Freisinn an die Regierung“, „Wohlauf mein Volk!“, „Ein Jüergler in den Winterwaldern“, „Solows Weg“, „Auserkauft“, „In einem Unglückschiff“, „Liberale Hülfer!“ und amper zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Wahlprophetien für das Jahr 1907“, „Aus bürgerlichen Wahlausrufern“ und „Kommh-Politik“.

Vermischtes.

Die Zahl der Dyster. Die aus Kingston berichtet wird, beläuft sich die Zahl der verschwundenen Personen auf 1745.

Jonathans Hüfte abgelehnt. Aus Kingston wird gemeldet: Gestern ereignete sich ein Zwischenfall, der möglicherweise zu diplomatischen Schwierigkeiten zwischen England und den Vereinigten Staaten Anlaß geben könnte. Der Gouverneur von Kingston hat in einem Briefe an den amerikanischen Admiral Evans die Unterstützungen abgelehnt, welche von den Vereinigten Staaten angeboten worden waren. Infolge dieses Sachverhalts wurden die amerikanischen Marinetruppen zurückgezogen und auch die gelandeten Vorräte, Medikamente und Gelder an Bord zurückgebracht. In einem Briefe an den Gouverneur erklärte der amerikanische Kommandant, daß ihm unter diesen Umständen nichts anderes übrig bleibe als Jamaica zu verlassen. Das amerikanische Kriegsschiff sowie zwei andere Dampfer, welche Proviantvorräte nach Jamaica bringen wollten, haben daraufhin sofort die Anker gelichtet. Der Zwischenfall ruft unter der Bevölkerung große Erregung hervor, um so mehr als in verschiedenen Gegenden der Insel Vorräte und Geld dringend gebraucht werden.

Die New Yorker Sammlung zur Unterstützung der Rotleidenden auf Jamaica ist, wie ein Telegramm besagt, plötzlich abgebrochen worden infolge des Swettenham-Zwischenfalles.

Neue Erdhöhe. Gestern abend 10½ Uhr sind in Alexandrowitzkij auf Sachalin ziemlich starke Erdstöße wahrgenommen worden.

Jelissawetwol, 20. Januar. In der letzten Nacht um 1¼ Uhr wurden hier zwei fünf Sekunden andauernde ziemlich starke Erdstöße wahrgenommen. Zwischen beiden war eine Pause von zwei Sekunden. In dem Orte Kosof wurden in der letzten Nacht um 1 Uhr 10 Minuten zwei Erdstöße verspürt, worauf eine 1 Minute lange Erdstöße folgte.

Dem Juge überfahren. Gestern früh wurde auf dem Nürnberg-Verortbahnhof Dudenbleich die furchtbare verunglückte Leiche des verheirateten Stationsdieners Langguth, der verunmüht vom Juge abgestürzt und überfahren wurde, aufgefunden. Eine Untersuchung über den Unfall ist eingeleitet.

Explobiert ist gestern in Barze im Gebläsehaufe der Donnersmarchhütte eine große Zentrifugalmaschine. Durch umherfliegende Maschinenteile wurde ein Mann schwer verletzt.

Im Rodeforter Hafen explodiert gestern vormittag der Kessel eines Dampftrabns; die Zahl der Getöteten und Verletzten ist noch nicht festgestellt, wird aber auf ungefähr zehn angegeben.

19 Personen getötet. In Sandford (Indiana) wurden auf der Bigford-Eisenbahn in vorgestriger Nacht durch die Explosion einer Ladung Pulver in einem Güterwagen 19 Personen getötet und 30 verwundet, darunter einige schwer.

Witterungsübersicht vom 21. Januar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C
Stolmenbe	780 D		3helter	-10	Saparanda	793 G		2helter	-26
Damburg	778 D		5bedest	-6	Petersburg	793 DND		2wolken	-28
Berlin	778 D		2bedest	-6	Scilla	779 RDD		4wolken	-8
Frankfurt	774 SB		2Regen	-2	Werdern	775 B		2helter	3
München	774 B		5bedest	-2	Paris	777 RDD		1helter	-3
Wien	772 RDD		3Schnel	-6					

Wetter-Prognose für Dienstag, den 22. Januar 1907. Troden und vielfach helle bei strengem Frost und ziemlich scharfen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 21. Januar. Elbe bei Aulzig. — Meter, bei Dresden + 65 sp., bei Magdeburg + 3,32 Meter. — Anpruß bei Stralsund. — Meter. — Oder bei Kottbus + 2,41 Meter. — Odermündung + 3,30 Meter. — Oder bei Breg. — Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel + 2,23 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 22. Januar.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Die Rauberhöle. Kgl. Schauspielhaus. Nathan der Weise. Die Geschwister. Die Waiskinder. Weissen. Cousin Bobby. Vorhänge. Der Haffenschied. Anfang 8 Uhr.

Berliner. Der Hund von Baskerville. Leistung. Wenn wir Toten erwachen. Schiller O. (Wallner-Theater.) Jugend. Schiller-Theater Charlottenburg. Minna von Barnhelm. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Die von Hochstättel.

Neues Schauspielhaus. Hertha Hochzeit.

Kleines. Eine triviale Komödie. Komische Oper. Carmen. Neues. Lyngaard u. Co. Residenza. Florette und Patapon. Lustspielhaus. Lustensieber. Zentral. Künstlerblut. Deutsch-Amerikanisches. Der Sorgenbrecher. Thalia. Eine lustige Doppelrolle. Reizen. Herr Potter aus Texas. Bernhard Rose. Das Käthchen von Heilbronn. Trianon. Wo ist der Papa? Vorher: Die Schlosskellerei. Metropol. Der Teufel lacht dazu. Gebr. Herrnsfeld. Familienfest im Hause Prellstein. Wintergarten. Saphire. Spezialitäten. Apollo. Die schöne Vestalin. Massary. Wolff. Bender. Giampietro. Josephi. Ranzchen überall gestattet. Sonntag, den 27. Januar 1907, nachmittags 3 Uhr: Auf in's Metropol.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Der Hund von Baskerville.

Theater des Westens

Station Zoolog. Garten, Kanstr. 12.
Durchschlagender Erfolg!
Abend 7 1/2 Uhr:
Cousin Bobby.

Neues Schauspielhaus

Dienstag, den 21. Januar 1907:
Hertha's Hochzeit.

Neues Theater.

Zum ersten Male:
Lyngaard & Co.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch, Donnerstag, Freitag:
Lyngaard & Co.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
Eine triviale Komödie für seriöse Leute. (Bunbury.)
Montag: Ein idealer Gatte.

Komische Oper.

Abends 8 Uhr:
Carmen.

Lortzing-Theater

Bollmannstr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Waffenschmied.

Der Mikado.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Lustensieber.

Urania

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Die Feuertgewalten der Erde.
Hörssaal 6 Uhr Dr. B. Donath:
Mechanik und Wellenlehre.
8 Uhr Dr. Theising: Das Problem der Befruchtung.

Zentral-Theater.

(Operette.) 8 Uhr:
Künstlerblut.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 31.
Abends 8 Uhr:
Herr Potter aus Texas.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Florette und Patapon.

Metropol-Theater

Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.

Apollo Theater

Hervorragende Spezialitäten
und
Die schöne Vestalin.

Gebr. Herrnsfeld-

Theater
Kommandantenstr. 57.
Nur noch wenige Tage
Familientag im Hause Prellstein

WINTERGARTEN

SAHARET.
Otto Reutter

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Berlin paß' auf!

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Spezialitäten-Theater.
Im Kongressaal: Großer Bockbier-Jubel.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu! Christmarkt.

Bernhard Rose-Theater

Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Käthchen von Heilbronn.

Frühling-Theater

Abends 8 Uhr:
Der Waffenschmied.

Der Mikado.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Lustensieber.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Jugend.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Doppelselbstmord.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die von Hochstättel.
Morgen: Der Familientag.

Zirkus Schumann

Heute Dienstag, den 22. Januar,
abends präzis 7 1/2 Uhr:
Extra-Gala-Vorstellung. Das vorzüglichste Programm und Berlins größte Sensation:

Der Motor im Globus.

Mit Irene und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
in ihren phänomenalen Leistungen.

Die großartigen neuen Spezialitäten.

Um 9 Uhr zum 33. Male:
Das größte Pracht-Manege-schauspiel
St. Hubertus.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Bismarckstr. 66, der Grolmarkt.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Minna v. Barnhelm.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Die Räuber.

Zirkus Busch.

Heute abend 7 1/2 Uhr.
The Novellos.
Juden in Europa.
Neu! Neu! Neu! Neu!

Otto Pritzkow. Münzstr. 16.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Auf Wunsch Vorführung in Vereinen jederzeit.

Walhalla-Variete-Theater

Beinbergsweg 19/20, Kollwitz-Platz.
Heute abend 8 Uhr:
Die erste Sensation von 1907:
Kosta, der Mann mit dem drehbaren Kopf.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Täglich ab 19. Januar cr., abends 7 Uhr
Sonntags ab 4 Uhr
Große Münchener Bockbierfeste.

Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:
Wo ist der Papa?
Vorher: Die Schlosskellerei.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.

Prater-Theater

Kassanten-Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Fröhels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag Anfang 8 Uhr:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.

Fröhels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148.
Gastspiel
Bernhard Rose-Theater: Sherlock Holmes

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Spezialitäten-Theater.
Im Kongressaal: Großer Bockbier-Jubel.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Berlin paß' auf!

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Spezialitäten-Theater.
Im Kongressaal: Großer Bockbier-Jubel.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu! Christmarkt.

Bernhard Rose-Theater

Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Käthchen von Heilbronn.

Frühling-Theater

Abends 8 Uhr:
Der Waffenschmied.

Der Mikado.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Lustensieber.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Chrlische Arbeit.
Vollständig mit Gesang in 5 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vergünstigten gültig.
Mittwoch: Fromont jr. u. Risaer sen.
Donnerstag Benefiz Karl Reich:
Faust.

Folies Caprice

Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Dir. Felix Berg.
Das Modell.
Serenissimus August XXVI.
Josef Fleischmann.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10-2
a. d. Theaterk. u. d. Worthelm.

Walhalla-Variete-Theater

Beinbergsweg 19/20, Kollwitz-Platz.
Heute abend 8 Uhr:
Die erste Sensation von 1907:
Kosta, der Mann mit dem drehbaren Kopf.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Täglich ab 19. Januar cr., abends 7 Uhr
Sonntags ab 4 Uhr
Große Münchener Bockbierfeste.

Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:
Wo ist der Papa?
Vorher: Die Schlosskellerei.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.

Prater-Theater

Kassanten-Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Fröhels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag Anfang 8 Uhr:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.

Fröhels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148.
Gastspiel
Bernhard Rose-Theater: Sherlock Holmes

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Spezialitäten-Theater.
Im Kongressaal: Großer Bockbier-Jubel.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Berlin paß' auf!

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Spezialitäten-Theater.
Im Kongressaal: Großer Bockbier-Jubel.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu! Christmarkt.

Bernhard Rose-Theater

Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Käthchen von Heilbronn.

Frühling-Theater

Abends 8 Uhr:
Der Waffenschmied.

Der Mikado.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Lustensieber.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former
Gustav Kapinski
am 19. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Augusta-Hospitals, Schornhorststraße, aus statt.
Kege Beteiligung erwartet
111/8 Die Ortsverwaltung.

Verein Berliner Hausdiener.

Mitgliedschaft I des Zentralverbandes der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.
Todes-Anzeige.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Otto Vogel
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Nummernburger Kirchhofes, verlängerte Neue Prinz-Albertstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
67/11 Die Ortsverwaltung I.

Friedrich Nielebock

Allen Kollegen und Bekannten sowie den Parteigenossen des VI. Wahlkreises zur Nachricht, daß mein lieber Mann und unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Sattler
Friedrich Nielebock
im Alter von 67 Jahren nach langem Leiden am 18. Januar verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 2 Uhr, auf dem Kirchhofe der Nazareth-Gemeinde, Reinickendorfer-Weiß, Kögelstraße, von der Halle aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
Friedrich Nielebock
am 18. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 22. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes, Reinickendorf-Weiß, Kögelstr. 8, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
156/7 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Allen Bekannten und Kollegen zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Vater, Schwiegervater, Onkel, Schwager und Großvater, der Steinmetz
Ernst Klonsdorf
am 20. Januar nach kurzem, schweren Leiden an der Proletarierkrankheit verstorben ist.
Auguste Klonsdorf
nebst Angehörigen.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Schindberger Kirchhofes, Magstraße, aus statt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und der überaus zahlreichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines unergötlichen, lieben Mannes und unseres guten Vaters, des Weigerters Franz Scherlein, sagen wir allen unseren herzlichsten Dank, besonders dem Direktorium der Lederfabrik Syd u. Straßer sowie seinen braven Kollegen der Lederarbeiter Illias I Berlin.
1099b
Die trauernden Witwe nebst Kindern.
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Klara Hawighorst
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
37462 Wilhelm Hawighorst.

Dankfagung.

Für die überaus große Teilnahme bei dem Hinscheiden meines innig geliebten Mannes, unseres guten Vaters, des Schlossers
Julius Thöns
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Weibern und Kollegen der D. W. und M. F. sowie dem Gesangsverein „Vormittag IV“ für den erhabenen Gesang am Grabe des teuren Verstorbenen unseren herzlichsten Dank.
37462 Die trauernden Hinterbliebenen.

Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

825

Ich wähle zum Backensiebs Dr. Crato Backpulver, da es das Beste ist

Generalvertreter für Berlin: Alfred Hirsch,
W. 30, Augsburgstraße 1.
Telephon: Amt IX No. 9587.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Berlin paß' auf!

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Spezialitäten-Theater.
Im Kongressaal: Großer Bockbier-Jubel.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu! Christmarkt.

Bernhard Rose-Theater

Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Käthchen von Heilbronn.

Frühling-Theater

Abends 8 Uhr:
Der Waffenschmied.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Spezialitäten-Theater.
Im Kongressaal: Großer Bockbier-Jubel.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu! Christmarkt.

Bernhard Rose-Theater

Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Käthchen von Heilbronn.

Frühling-Theater

Abends 8 Uhr:
Der Waffenschmied.

Der Mikado.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Lustensieber.

Die sozialdemokratischen Kandidaten für Berlin und die Nachbarkreise sind:

1. Wahlkreis:

Stadtverordneter **Dr. Leo Arons**, Berlin.

2. Wahlkreis:

Geschäftsführer **Richard Fischer**, Berlin.

3. Wahlkreis:

Rechtsanwalt **Wolfgang Heine**, Berlin.

4. Wahlkreis:

Stadtverordneter **Paul Singer**, Berlin.

5. Wahlkreis:

Arbeitersekretär **Robert Schmidt**, Berlin.

6. Wahlkreis:

Schriftsteller **Georg Ledebour**, Zehlendorf bei Berlin.

Für Nieder-Barnim: Stadtverordneter **Artur Stadthagen**, Berlin.

Für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Stadtverordneter **Fritz Zubeil**, Berlin.

Verzeichnis der Wahlbezirke und Wahllokale

der in den Wahlkreisen Niederbarnim und Teltow-Beeskow-Charlottenburg belegenen größeren Vororte.

Charlottenburg.

- 1. Wahlbezirk. Horn-Allee Nr. 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22 bis Ende, Birken-Allee, Ebereschen-Allee Nr. 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34 bis Ende, Eschen-Allee Nr. 21 bis Ende, Epiphaniengasse, Forsthaus Westend, Bahnhofs-Wärterhaus, Kastanien-Allee Nr. 22 bis Ende, Kirchen-Allee Nr. 19 bis Ende, Königin Elisabethstraße, Königsweg zwischen Ringbahn und Reichsbahn, Linden-Allee Nr. 25 bis Ende, Alter Luisenparkhof, Matan-Allee, Rüstern-Allee, Soorstraße, Spandauerberg 1 bis 14, Trabrennbahn, Gottfried Kellerstraße. Wahllokal: Restaurant Linde, Spandauer Berg 9.
- 2. Wahlbezirk. Horn-Allee Nr. 1, 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15, 17, 19 und 21, Magazinallee, Braniger Platz, Ebereschen-Allee 1, 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15, 17, 19, 21, 23, 25, 27, 29, 31, 33, Eschen-Allee, Eschen-Allee Nr. 1 bis 20, Kastanien-Allee 1 bis 21, Kirchen-Allee 1 bis 18, Linden-Allee 1 bis 24, Ruffbaum-Allee, Ulmen-Allee, Fürstendamm, Fürstendamm, Neuer Luisenparkhof, Spandauerberg 15 bis 26, Spandauer Chaussee, Nord- und Südseite, Spandauerhof Südseite, Spretal-Allee. Wahllokal: Restaurant Koritz, Horn-Allee 1.
- 3. Wahlbezirk. Rollwischstraße, Sophie Charlottenstraße 1 bis 19 und 106 bis 118, Spandauerberg 27 bis 32, Spandauerstraße 1 bis 22. Wahllokal: Restaurant Ralib, Spandauerstraße 21/22.
- 4. Wahlbezirk. Am Bahnhof Westend, Bahnhof Westend, Friedrich Karl-Platz 1-5, Gardedu Corpsstraße 1-10, Sophie Charlottenstr. 10a-23a und 101-105, Spandauerberg Südseite zwischen Sophie Charlottenstraße und Ringbahn, Spandauerstr. 23 bis 24. Wahllokal: Restaurant Schischke, Sophie Charlottenstraße 10a.
- 5. Wahlbezirk. Christstr. 11a-20, Dandelmannstr. 1-4, Gardedu Corpsstraße 11-18, Sophie Charlottenstr. 24-28 und 96-100. Wahllokal: Restaurant Deesen, Christstr. 20.
- 6. Wahlbezirk. Christstr. 21-32, Dandelmannstr. 5-9, Potsdamerstr. 14-22, Sophie Charlottenstr. 27-33 und 89-95. Wahllokal: Restaurant Triefelhau, Sophie Charlottenstr. 94.
- 7. Wahlbezirk. Christstr. 1-11 und 32a-42, Dandelmannstraße 57-61, Friedrich Karl-Platz 6-12, Magazinalstr. 7-8, Wehringstr. 1-3. Wahllokal: Restaurant Duth, Christstr. 11.
- 8. Wahlbezirk. Dandelmannstr. 52-56, Wehringstr. 2a-6, Potsdamerstr. 6-13. Wahllokal: Restaurant Lehmann, Potsdamerstr. 12.
- 9. Wahlbezirk. Friedrich Karl-Platz 14-18, Magazinalstr. 10, Spandauerstr. 35-40, Schloßstr. 1-3 und 69, Schloßgarten und königl. Schloß. Wahllokal: Restaurant Baumler, Schloßstraße 8.
- 10. Wahlbezirk. Friedrich Karl-Platz 13, Magazinalstr. 1-6 und 9-18, Wehringstr. 26-34, Potsdamerstr. 1-5a, Schloßstr. 4 bis 13. Wahllokal: Restaurant Janisch, Schloßstr. 7.
- 11. Wahlbezirk. Freischützstr. 1-17 und 80-97, Jägerstr. 1-5, Kaiser Friedrichstr. 1-10, Luisen-Platz 5/6, Scharrenstr. 12-20, Schloßstr. 45-68, Staßstr. 1-3. Wahllokal: Restaurant Liedke, Kaiser Friedrichstr. 5.
- 12. Wahlbezirk. Bismarckstr. 51-61, Freischützstr. 18-31 und 64-70, Grünstraße zwischen Kaiser Friedrich- und Hebbelstraße, Hebbelstraße, Kaiser Friedrichstr. 11-30, Schloßstr. 28-44, Wallstraße 39-58. Wahllokal: Restaurant Winter, Schloßstr. 45.
- 13. Wahlbezirk. Horstweg, Straße 24-V-3, Anobelsdorffstraße 1-4 und 54-61, Königsweg Ostseite zwischen Anobelsdorffstraße u. d. Straße 33-V-4, Wehringstr. 14-25, Potsdamerstraße 42-57, Schloßstr. 14-27, Sophie Charlotte-Platz. Wahllokal: Restaurant Veitner, Anobelsdorffstr. 2.
- 14. Wahlbezirk. Dandelmannstr. 50-51a, Wehringstr. 7-13, Potsdamerstr. 31-41. Wahllokal: Restaurant Krüger, Dandelmannstr. 50.
- 15. Wahlbezirk. Dandelmannstr. 44-49, Dandelmannstraße Ostseite zwischen Straße 33 und Anobelsdorffstraße, Anobelsdorffstraße 5-15 und 44-53, Königsweg Westseite zwischen Anobelsdorffstraße und Straße 33-V-4. Wahllokal: Restaurant Wetzfel, Anobelsdorffstr. 53.
- 16. Wahlbezirk. Anobelsdorffstr. 24-29 und 30-39, Potsdamerstr. 23-30, Sophie Charlottenstr. 34-43 und 79-88. Wahllokal: Restaurant Trageheim, Sophie Charlottenstr. 88.
- 17. Wahlbezirk. Dandelmannstr. 10-17 und Westseite zwischen Anobelsdorffstraße und Straße 33-V-4, Anobelsdorffstr. 16-23 und 40-43, Sophie Charlottenstr. 44-56 und 68-78, Straße 27a-V-4 zwischen Dandelmannstraße und Sophie Charlottenstraße, Straße 33-V-4 Nordseite zwischen Dandelmannstraße und Ringbahn. Wahllokal: Restaurant Rosenberg, Sophie Charlottenstraße 79.
- 18. Wahlbezirk. Bismarckstr. 62-71 und 72a, Freischützstr. 32 bis 43 und 53-63, Kaiser Friedrichstr. 31-45a, Pestalozzistr. 41 bis 53, Schillerstr. 63-72, Suarezstr. 47-60, Windscheidstr. 1-18 und 39-57. Wahllokal: Restaurant Gärtnner, Pestalozzistr. 45b, Ecke Kaiser Friedrichstraße.
- 19. Wahlbezirk. Freischützstr. 44-52, Kaiser Friedrichstr. 45b bis 49/50, Kantstr. 68-85, Pestalozzistr. 54-63. Wahllokal: Restaurant Liedke, Kaiser Friedrichstr. 50, Ecke Kantstraße.

- 20. Wahlbezirk. Kantstr. 93a-100, Kaiser Friedrichstr. 50a bis 54a, Stuttgarter Platz 13-19, Windscheidstr. 29-37. Wahllokal: Restaurant Garnisch, Windscheidstr. 24/25.
- 21. Wahlbezirk. Kantstr. 55-63, Leonhardstr. 1-13, 16-21 und 23-24, Stuttgarter Platz 20-21, Windscheidstr. 19-28. Wahllokal: Restaurant Plichta, Stuttgarter Platz 22, Ecke Königsstraße.
- 22. Wahlbezirk. Friedbergstr. 1-8 und 30-39, Holzendorffstraße 5-21, Leonhardstr. 14-15 und 22 und 25, Königsstr. 1-12, Stuttgarter Platz 22. Wahllokal: Restaurant Fehner, Leonhardstr. 15.
- 23. Wahlbezirk. Amtsgerichtsplatz, Dornburg-Platz, Dornburgstraße, Friedbergstr. 9-16, Herbarthstraße, Holzendorffstr. 1-3, Königsweg zwischen Bismarckstraße und Neue Kantstraße, Runo Fischerstraße, Liebenseufer, Neue Kantstraße, Sophie Charlottenstraße 57-67, Straße 11b-V-3, Straße 27-V-3, Suarezstr. 1 bis 27 und weiter bis zur Königsstraße, Suarezstr. 30-46, Trendelenburgstraße, Wipplienstraße. Wahllokal: Turnhalle, Gemeindefschule 21/22, Wipplienstraße.
- 24. Wahlbezirk. Friedbergstr. 17-29, Jägerhaus an der 66-Pfeilerbrücke, Holzendorffstr. 5-7, Königsstr. 13-28, Suarezstraße 35-38. Wahllokal: Restaurant Schulze, Königsstraße 12, Ecke Holzendorffstr. 7.
- 25. Wahlbezirk. Grabstraße, Darwinstraße, Gaußstraße, Gustav Adolf-Platz, Hebbelburger Ufer, Herchelstraße, Kaiserin Augusta-Allee 1-5 und 43-59, Keplerstraße südlich der Ringbahn, Königin Luisestraße, Obnabrüderstraße, Sommeringstraße, Straße 6-VI, 15-VI, 15a-VI, 18-VI, 20-VI, 21-VI, Tauroggenstraße, Tegeleweg 1-26 und 96-108, Verbindungskanal von der Grenze Hohenfence bis zur Einmündung in die Spree und Spree vom Verbindungskanal bis zur Caprivibrücke und Spree bis Schleuse. Wahllokal: Turnhalle, Gemeindefschule 5/6, Kaiserin Augusta-Allee 4a.
- 26. Wahlbezirk. Bahnhof Jungferheide, Verl. Keplerstraße nördlich der Ringbahn (Straße 9-VIa bzw. 57-VIa), Königsdamm nördlich und südlich, Krummelante, Nonnenbaum, Nonnenwiege, Niedemannweg, Am Spandauer Schiffahrtkanal, Straße 12, 63, 65-VIa, Tegeleweg 27-95 (zwischen Ringbahn und Reichsbahn-Grenze), Spree von der Schleuse bis zur Spandauer Grenze. Wahllokal: Restaurant Parisch, Neu-Helgoland, Nonnendamm 1.
- 27. Wahlbezirk. Weuffelstr. 77-81, Erasmusstr. 1-12, Güttenstraße 32-44, Schloßer Neudlinstr. 6 und 9. Wahllokal: Restaurant Gramje, Güttenstr. 32.
- 28. Wahlbezirk. Weuffelstr. 83-90, Erasmusstr. 13-24, Güttenstraße 17-31, Kaiserin Augusta-Allee 5a-42, Neudlinstr. 1-17 ausd. Nr. 6 und 9, Sidingenstraße, Straße 23-VI-3, 24-VI-4, 40-VI-3, Wiedestraße, Spretlauf von der Berliner Grenze bis zur Einmündung in den Verbindungskanal. Wahllokal: Restaurant Felsmann, Neudlinstr. 6, Ecke Erasmusstraße.
- 29. Wahlbezirk. Bahnhof Tiergarten, Berlinerstr. 1-10, Dovestraße, Englischestraße, Frankfurterstraße, Gutenbergstraße, Helmholzstraße, Pascalstraße, Salzastr. 10-V-2, Hallerstraße, Tiergartenmühle, Landwehrkanal, Spree von der Berliner Grenze bis zum Verbindungskanal. Wahllokal: Restaurant zum Dirck, Englischestr. 26.
- 30. Wahlbezirk. Berlinerstr. 11-34, Charlottenburgerufer 50 bis 83, Wardstraße, Sophienstraße, Werner Siemensstraße. Wahllokal: Restaurant Golbe, Wardstr. 24a, Ecke Guerickestraße.
- 31. Wahlbezirk. Berlinerstr. 35-46, Cauerstr. 1-10, Charlottenburgerufer 49-58, Traumböschungstraße, Guerickestraße 10-33, Herzhöhe. Wahllokal: Restaurant „Prinz Luitpold“, Berlinerstr. 46.
- 32. Wahlbezirk. Charlottenburgerufer 41-48, Cauerstr. 20 bis 27, Galvaniststraße, Guerickestraße 34-43, Königsstr. 1-7. Wahllokal: Restaurant Rudnik, Galvaniststr. 18, Ecke Guerickestraße.
- 33. Wahlbezirk. Berlinerstr. 47-50, Cauerstr. 28-36, Guerickestraße 1-9, Luisenparkhof an der Guerickestraße, Lühow 16-17a, Rosinenstraße 1-11. Wahllokal: Restaurant Hoffmann, Lühow 16.
- 34. Wahlbezirk. Berlinerstr. 51-76, Kirchhoffstraße, Lühowstraße 8-16, Rosinenstr. 12-14a, Wilhelmplatz 1 und 1a, Lühow 11 bis 15. Wahllokal: Logen-Restaurant, Berlinerstr. 61, Ecke Kirchhoffstraße.
- 35. Wahlbezirk. Brauhofstr. 1-4, Charlottenburgerufer 6-40, Cofanderstr. 1-12, Favelstraße, Lohmeyerstraße 13-16, Lühow 1 bis 10, Lühowstr. 1-7, Reichstraße, Königsstr. 8-14, Spreestraße 1-4 und 49-60. Wahllokal: Restaurant zum Lühow-Garten, Inh. Kaschwig, Am Lühow 9.
- 36. Wahlbezirk. Berlinerstr. 77-94, Brauhofstr. 5-16, Charlottenburgerufer 1-5, Cofanderstr. 13-32, Lohmeyerstr. 8-13 und 17-24, Luisenplatz 1-4, Spreestr. 5-8, Wilmersdorferstr. 1-6 und 106-107. Wahllokal: Restaurant Volkmann, Spreestr. 5.
- 37. Wahlbezirk. Berlinerstr. 95-111, Kaiser Friedrichstr. 102 bis 106, Kirchstr. 1-3 und 36-38, Kirchplatz 1-9, Lohmeyerstr. 1 bis 7 und 25-27, Scharrenstr. 1-11 und 30-39, Schulstr. 13-19, Spreestr. 9, Wilmersdorferstr. 7-11 und 103-105, Wilhelmplatz 2

- bis 4, Straße 12k (seht Lohmeyerstraße). Wahllokal: Restaurant Seeger, Berlinerstr. 87.
- 38. Wahlbezirk. Grünstr. 1-15, Kaiser Friedrichstr. 94-101, Kirchstr. 4-10 und 30-35, Schulstr. 1-12, Spreestr. 10-14, Wilmersdorferstr. 12-17 und 157-162. Wahllokal: Restaurant Volk, Spreestr. 11.
- 39. Wahlbezirk. Grünstr. 20a-30, Kantstr. 1-8 und 15-18, Kirchstr. 26-29, Spreestr. 15-26, Wallstr. 29-33, Wilmersdorferstraße 18-21 und 148-156. Wahllokal: Restaurant Reimer, Wilmersdorferstr. 21.
- 40. Wahlbezirk. Grünstr. 16-20, Kirchstr. 11-20, 21-25, Kantstr. 8a-14, Kaiser Friedrichstr. 85-93, Wallstr. 34-38, Wilmersdorferstraße 22-28. Wahllokal: Restaurant „Kaiser Friedrich-Loge“, Kaiser Friedrichstr. 87.
- 41. Wahlbezirk. Bismarckstr. 83-88, Sefenheimerstr. 23-30, Spielhagenstr. 1-6a, Wallstr. 63-74, Wilmersdorferstr. 29-31 und 137-147. Wahllokal: Restaurant Kholoff, Wilmersdorferstraße 29/30.
- 42. Wahlbezirk. Bismarckstr. 39-50, Kaiser Friedrichstr. 76 bis 84, Spielhagenstr. 7-21, Wallstr. 59-62, Wilmersdorferstr. 32 bis 38. Wahllokal: Restaurant Grüning, Kaiser Friedrichstraße 76.
- 43. Wahlbezirk. Berlinerstr. 112-129, Bismarckstr. 31-32, Krummeistr. 1-22, Sefenheimerstr. 15-22, Spreestr. 27-48, Wallstraße 20-27 und 75-83. Wahllokal: Turnhalle, Gemeindefschule 15/16, Krummeistr. 10.
- 44. Wahlbezirk. Bismarckstr. 81-91, Krummeistr. 23-29, Schillerstr. 35-44, Sefenheimerstr. 7-14 und 31-35, Wilmersdorferstr. 128-136. Wahllokal: Restaurant Gantke, Schillerstraße 38.
- 45. Wahlbezirk. Bismarckstr. 72-80, Kaiser Friedrichstr. 69 bis 75, Müderstr. 1-13, Schillerstr. 45-52a, Wilmersdorferstraße 38a-43. Wahllokal: Restaurant Schulze, Schillerstr. 52a, Ecke Kaiser Friedrichstr. 69.
- 46. Wahlbezirk. Goethepark 1-13, Kaiser Friedrichstr. 67 bis 68a, Schillerstr. 73-84, Wilmersdorferstr. 46-50. Wahllokal: Restaurant Schoep, Goethepark 13, Kaiser Friedrichstr. 67.
- 47. Wahlbezirk. Goethepark 14-26, Kaiser Friedrichstr. 61b bis 68, Pestalozzistr. 33-43, Wilmersdorferstr. 51-56. Wahllokal: Turnhalle, Gemeindefschule 13/14, Pestalozzistr. 40.
- 48. Wahlbezirk. Goethestr. 31-41, Krummeistr. 30-36, Schillerstr. 85-94a, Sefenheimerstr. 1-6 und 39-42, Wilmersdorferstr. 122-127. Wahllokal: Restaurant Joubert, Sefenheimerstr. 41.
- 49. Wahlbezirk. Goethestr. 42-50, Krummeistr. 37-40, Pestalozzistr. 25-32, Wilmersdorferstr. 118-121. Wahllokal: Restaurant Lampe, Krummeistr. 40, Ecke Pestalozzistr. 40.
- 50. Wahlbezirk. Kantstr. 52-58a, Krummeistr. 41-45, Pestalozzistr. 77-84, Wilmersdorferstr. 112-117. Wahllokal: Restaurant Pöbler, Pestalozzistr. 79.
- 51. Wahlbezirk. Kaiser Friedrichstr. 68a-61a, Kantstr. 50b bis 67, Pestalozzistr. 64-76, Wilmersdorferstr. 57-63. Wahllokal: Restaurant Wilmardt, Kaiser Friedrichstr. 61a.
- 52. Wahlbezirk. Bahnhof Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 55-58, Kantstr. 101-106, Stuttgarter Platz 1a-12. Wahllokal: Restaurant Nulde, Kaiser Friedrichstr. 55.
- 53. Wahlbezirk. Kantstr. 107-117, Krummeistr. 46-50, Stuttgarter Platz 1, Wilmersdorferstr. 64-68a und 108-111. Wahllokal: Restaurant Waische, Krummeistr. 47.
- 54. Wahlbezirk. Goethestr. 56-64, Kantstr. 48-51 und 118 bis 123, Karl August Platz, Krummeistr. 51-53, Pestalozzistr. 21 bis 24 und 85-88, Weimarerstr. 16-22. Wahllokal: Restaurant Jurisch, Pestalozzistr. 85.
- 55. Wahlbezirk. Kantstr. 39-47 und 124-130a, Leibnizstr. 60 bis 81, Pestalozzistr. 17-20 und 88a-92, Weimarerstr. 23-33. Wahllokal: Restaurant v. Weher, Kantstr. 130.
- 56. Wahlbezirk. Bismarckstr. 92-104, Goethestr. 26-30, Krummeistr. 59-72, Schillerstr. 34-34a und 94b bis 96, Weimarerstraße 1-7 und 9-15. Wahllokal: Restaurant Faust, Schillerstr. 94b.
- 57. Wahlbezirk. Bismarckstr. 105-111, Goethestr. 15-25, Leibnizstr. 82-97, Schillerstr. 20-33 und 97-107 mit Weimarerstraße 8, Weimarerstr. 34-50. Wahllokal: Turnhalle, Gemeindefschule 9/10, Goethestr. 21/22.
- 58. Wahlbezirk. Berlinerstr. 130-142, Bismarckstr. 22b-30, Krummeistr. 73-93, Wallstr. 13-19 und 84-89. Wahllokal: Restaurant Schweizer, Berlinerstr. 130.
- 59. Wahlbezirk. Berlinerstr. 143-149, Bismarckstr. 17-22a, Leibnizstr. 98-110, Wallstr. 1-12 und 90-103. Wahllokal: Etablissement Klosterbrauerei, Wallstr. 94.
- 60. Wahlbezirk. Berlinerstr. 150-160, Bismarckstr. 1-16 und 112-127, Grolmanstr. 1-6 und 80-72, Hardenbergstr. 1-3, Leibnizstr. 1-17, Schillerstr. 1-10. Wahllokal: Restaurant am Anie, Inhaber Kellen, Berlinerstr. 169.
- 61. Wahlbezirk. Goethestr. 6-13, Grolmanstr. 7-13 und 50a-68, Hardenbergstr. 4/5, Aniebeststr. 1-12, Schillerstr. 112 bis 127, Schillerstr. 72-78. Wahllokal: Restaurant Plichte, Schillerstr. 72.

62. Wahlbezirk. Goethestr. 14-17a, Herberstraße, Leibnizstraße 18-25, Schillerstr. 108-111, Schlüterstr. 1-9a. Wahllokal: Restaurant Putschow, Leibnizstr. 57.
63. Wahlbezirk. Goethestr. 65-73, Leibnizstr. 26-30, Pestalozzistr. 9-16 und 92a-99a, Schlüterstr. 10-16. Wahllokal: Restaurant Steinbeiß, Goethestr. 16.
64. Wahlbezirk. Kantstr. 31-38a und 130b-136, Leibnizstraße 31-38, Schlüterstr. 17-23, Wielandstr. 1-8 und 42-50. Wahllokal: Restaurant Graffunder, Wielandstr. 4.
65. Wahlbezirk. Goethestr. 74-77, Grolmanstr. 14-20, Pestalozzistr. 1-8, Schlüterstr. 67-71a. Wahllokal: Restaurant Leibnizfale, Leibnizstr. 33.
66. Wahlbezirk. Weibtreustr. 1-7, Kantstr. 25-30 und 137 bis 142, Pestalozzistr. 100-105, Schlüterstr. 57-66. Wahllokal: Restaurant Kämmerl, Pestalozzistr. 105.
67. Wahlbezirk. Weibtreustr. 49-55, Goethestr. 78-83, Grolmanstr. 21-25 und 49-50, Kantstr. 22-24 und 143-145, Anekebedstr. 13-23, Sabignyplatz 6-13. Wahllokal: Restaurant v. Ubbisch, Grolmanstr. 58.
68. Wahlbezirk. Berlinerstr. 170-172, Carmerstr. 1-4 und 15-19, Fasanenstr. 1, Goethestr. 1-4 und 84-87a, Gartenbergstraße 6-11 und 33-42, Anekebedstr. 88-100, Kurfürstendamm 37 bis 42, Steinplatz 1-4. Wahllokal: Restaurant Lindenan, Grolmanstr. 68, Ecke Schillerstraße.
69. Wahlbezirk. Carmerstr. 5-14, Grolmanstr. 48, Kantstr. 17 bis 21 und 146-150a, Anekebedstr. 82-87, Sabignyplatz 1-5, Uhländstr. 1-15. Wahllokal: Restaurant Zeitler, Grolmanstraße 48.
70. Wahlbezirk. Bahnhof Zoologischer Garten, Fasanenstr. 2 bis 13 und 81-87, Gartenbergstr. 12-26 und 30-32a, Joachimshalerstr. 1-4, Kantstr. 5-16 und 151-157, Uhländstr. 188-197, Stadtbahnhofen 544-558 und 588-591. Wahllokal: Restaurant Väder „Zum Bärenzwinger“, Gartenbergstr. 26.
71. Wahlbezirk. Weibtreustr. 8-17 und 41-48a, Anekebedstraße 24-31, Kommenstr. 1-12, Niebuhrstr. 1-8 und 73-78, Schlüterstr. 23a-30 und 48-56a, Wielandstr. 35-41. Wahllokal: Turnhalle in der Kaiser Friedrich Schule, Anekebedstr. 24.
72. Wahlbezirk. Weibtreustr. 18-40, Anekebedstr. 35-53, Kurfürstendamm 40-55 und 186-202, Liebenburgerstr. 12-16 und weiter zwischen Weibtreustr. und Wielandstraße, Kommenstraße 61-71, Schlüterstr. 31-47, Wielandstr. 26-31. Wahllokal: Restaurant Peter, Leibnizstr. 60, Eingang Kommenstraße.
73. Wahlbezirk. Clausenstraße (1c-V-3), Dahlmannstraße (Straße 8-V-3), Gerwinusstraße (Straße 17b-V-3), Giesebrechtstraße, Kurfürstendamm 56-89 und 182-185, Mühlenerstraße, Leibnizstr. 39-68, Liebenburgerstraße zwischen Wieland- und Leibnizstraße, Kommenstr. 13-60, Niebuhrstr. 9-11 und 69 bis 72, und zwischen Leibniz- und Wilmersdorferstraße, Olivaer Platz, Straße 8a-V-3, Straße 15a-V-3, Sobelstraße, Weibtreustr. (Straße 8-V-3), Wielandstr. 9-25, Wilmersdorferstr. 67 bis 107. Wahllokal: Restaurant Konradt, Kommenstr. 39.
74. Wahlbezirk. Joachimshalerstr. 10-21, Kurfürstendamm 217-226, Liebenburgerstr. 1-3, Meinelstr. 1-11 und 18-27. Wahllokal: Restaurant Heinzer, Meinelstr. 18.
75. Wahlbezirk. Fasanenstr. 22-31 und 67-74, Anekebedstraße 54-65, Kurfürstendamm 203-216, Liebenburgerstr. 4-11, Uhländstr. 26-37 und 165-176. Wahllokal: Restaurant „Zum Japan“, Fasanenstr. 21.
76. Wahlbezirk. Fasanenstr. 14-21 und 75-80, Joachimshalerstr. 5-9, Kantstr. 158-161, Kurfürstendamm 18-31, Uhländstraße 177-187. Wahllokal: Restaurant Haupt, Gartenstraße, Kantstr. 12.
77. Wahlbezirk. Grolmanstr. 26-47, Anekebedstr. 66-81, Kurfürstendamm 32-39, Uhländstr. 16-25. Wahllokal: Restaurant Lesche, Uhländstr. 25, Ecke Kurfürstendamm 32.
78. Wahlbezirk. Augsburgstr. 44-53, Auguste Viktoria Platz, Gartenbergstr. 27-29, Joachimshalerstr. 25-44, Kaiser Wilhelm Gedächtnisstraße, Kantstr. 1-4 und 162-169, Kurfürstendamm 19 bis 17 und 227-237, Kankestr. 1-16, Romanisches Haus. Wahllokal: Restaurant Kossle, Augsburgstr. 46, Ecke Joachimshalerstraße.
79. Wahlbezirk. Marburgerstr. 1-6 und 12-18, Nürnbergerstraße 12-22, Kankestr. 28-36, Tauenzienstr. 13-18a. Wahllokal: Restaurant Gordes, Marburgerstr. 4a, Ecke Augsburgstr. 38.
80. Wahlbezirk. Augsburgstr. 35-43 und 54-65, Eiselenstraße 1-10, Marburgerstr. 7-11, Nürnbergerstr. 23-28, Kankestraße 23-27a. Wahllokal: Restaurant Hütter, Nürnbergerstraße 24.
81. Wahlbezirk. Kurfürstendamm 238-245, Kurfürststr. 97 bis 102, Nürnbergerstr. 1-11 und 60-62a, Tauenzienstr. 5-12b. Wahllokal: Restaurant Gregorjewski, Nürnbergerstr. 6.
82. Wahlbezirk. Ansbacherstr. 1-11 und 49-58, Bayreutherstraße 1-8, Kurfürststr. 103-108a, Tauenzienstr. 1-4, Wittenbergplatz 4-6. Wahllokal: Restaurant Fischer, Ansbacherstraße 6.
83. Wahlbezirk. Ansbacherstr. 24-31, Augsburgstr. 26-34 und 73-77, Geisbergstr. 15-17, Nürnbergerstr. 49-59, Passauerstraße 1-13 und 22-32, Tauenzienstr. 19-20. Wahllokal: Restaurant Högrefe, Augsburgstr. 30/31.
84. Wahlbezirk. Ansbacherstr. 12-23 und 41-48, Augsburgstr. 23-25, Passauerstr. 33-43, Tauenzienstr. 21-24, Wittenbergplatz 1-3a. Wahllokal: Restaurant Ferd. Schulze, Augsburgstr. 25.
85. Wahlbezirk. Ansbacherstr. 32-40, Augsburgstr. 18-22 und 78-81, Bayreutherstr. 9-21, Geisbergstr. 10-14. Wahllokal: Restaurant Karl Schulze, Augsburgstr. 78.
86. Wahlbezirk. Bayreutherstr. 37-45, Kleiststr. 19-22, Kurfürststr. 109-111, Lutherstr. 1-11 und 44-53, Kettelbedstr. 6 bis 13. Wahllokal: Restaurant Braun, Lutherstr. 44.
87. Wahlbezirk. Courbierestr. 1-9a, Kleiststr. 7-18, Kurfürststr. 112-123, Kettelbedstr. 1-5 und 14-28. Wahllokal: Restaurant Schöthold, Kleiststr. 18.
88. Wahlbezirk. Augsburgstr. 1-2 und 94-100, Eisenacherstraße 1-8, Kaldreuthstr. 6-19, Kleiststr. 32-35, Lutherstr. 20-33, Röhstr. 13-21. Wahllokal: Restaurant Koberger, Kaldreuthstraße 16.
89. Wahlbezirk. Augsburgstr. 3-17 und 82-93, Bayreutherstraße 22-36, Geisbergstr. 1-9, Kaldreuthstr. 1-5, Kleiststr. 23 bis 31, Lutherstr. 12-19b und 34-43, Wormserstraße. Wahllokal: Restaurant Radzaweit, Augsburgstr. 10.
90. Wahlbezirk. Thurnstraße, Courbierestr. 9b-18, Eisenacherstraße 114-122, Nollgasse, Kleiststr. 1-6 und 36-43, Kurfürststr. 124-137, Raabenstr. 5-9 und 26-30, Raienstraße, Röhstr. 1-12, Rollendorfsplatz 1-4. Wahllokal: Restaurant Neumitzsch, Kurfürststr. 125.

Rixdorf.

1. Wahlbezirk. Kottbuser Damm von 73-103, Kottbuser Damm von 1-22, Schindlerstraße. Wahllokal: Josua Schaefer, Kottbuser Damm 103.
2. Wahlbezirk. Friedelstr. von 23-41, Sobrechtstr. von 24-62, Pflügerstr. von 1-12 und 67-82. Wahllokal: H. Trinks, Pflügerstr. 1-2.
3. Wahlbezirk. Friedelstr. von 1-22 und 42-61, Lenaufstraße. Wahllokal: Ernst Sacher, Friedelstr. 22.
4. Wahlbezirk. Reuterstr. von 15-77. Wahllokal: Otto Reitmeyer, Reuterstr. 57.
5. Wahlbezirk. Hermannplatz, Sobrechtstr. von 1-23 und 63 bis 84, Kottbuser Damm von 62-72, Reuterplatz, Beserstr. von 1-9 und 209-217. Wahllokal: Hermann Zwicker, Reuterplatz 1.
6. Wahlbezirk. Kaiser Friedrichstr. von 1-15 und 236-248, Beserstr. von 10-16 und 201-208. Wahllokal: Gustav Schneider, Kaiser Friedrichstr. 13.
7. Wahlbezirk. Liberdstraße, Schmöhlenstraße, Kanitzstraße, Kottbuser Damm von 23-65, Nansenstraße, Wannierstr. von 20-41, Pflügerstr. von 13-66, Weichselplatz, Wiesenmüser. Wahllokal: Georg Kau, Kottbuser Damm 45.

8. Wahlbezirk. Wannierstr. von 1-19 und 42-64. Wahllokal: Max Köster, Wannierstr. 9a.
9. Wahlbezirk. Donaustr. von 1-23 und 111-131, Janstraße, Kaiser Friedrichstr. von 16-37 und 213-235, Teichstraße. Wahllokal: Heinrich Wild, Kaiser Friedrichstr. 16 (Weißfugel).
10. Wahlbezirk. Garzerstr. von 1-3 und 115-119, Kölnisches Ufer von 66-74, Lohmühlenplatz, Mühlstraße, Weichselstraße, Beserstr. von 17-41 und 181-200. Wahllokal: Rudolf Panzmann, Weichselstr. 15.
11. Wahlbezirk. Elbestraße, Fuldstraße, Kölnisches Ufer von 50-65. Wahllokal: Hermann Meyerhof, Fuldstr. 11.
12. Wahlbezirk. Donaustr. von 24-34 und 99-110, Kaiser Friedrichstr. von 38-55 und 195-212, Schönfeldstraße. Wahllokal: Hermann Schmidt, Kaiser Friedrichstr. 195.
13. Wahlbezirk. Bouchestraße, Garzerstr. von 14-25 und 96 bis 103, Laubestraße, Schandauerstraße, Weigandufer von 1-16, Beserstr. von 42-58 und 164-180. Wahllokal: Hermann Czarnowski, Laubestr. 14.
14. Wahlbezirk. Erkstraße, Finowstraße, Junstraße, Wilberbrückplatz, Wilberbrückstraße. Wahllokal: Richard Hiller, Wilberbrückstr. 57-58.
15. Wahlbezirk. Eisenstraße, Garzerstr. von 26-95, Heidelbergstraße, Kaiser Friedrichstr. von 161-194, Kölnisches Ufer von 18-49, Straße 25b, Weigandufer von 17-35, Beserstr. von 59-90 und 132-163. Wahllokal: Fritz Walter, Kaiser Friedrichstraße 180.
16. Wahlbezirk. Donaustr. 35-68, Gärtnerstraße, Herbergplatz, Herbergstraße, Kaiser Friedrichstr. 56-86, Kirchstraße, Stuttgarterstraße, Kreuzerstraße. Wahllokal: Gustav Dick, Kaiser Friedrichstr. 86.
17. Wahlbezirk. Vertelsdorferstraße, Göttestraße, Richardstraße 1-25 und 98-120. Wahllokal: H. Hoffmann, Richardstraße 25.
18. Wahlbezirk. Bergstr. 27-42 und 127-139, Hohenzollernplatz, Rosenstraße. Wahllokal: Klemke, Bergstr. 136, (Deutsches Wirtshaus).
19. Wahlbezirk. Kirchhoffstr. 1-9 und 35-50, Schönweiderstraße. Wahllokal: Wilhelm Weigner, Schönweiderstraße, Ecke Wipperstraße.
20. Wahlbezirk. Böhmischestraße, Johann Gupstraße, Richardplatz, Richardstr. 26-53 und 64-97, Schudomaststraße. Wahllokal: Albert Karsch, Richardplatz 16.
21. Wahlbezirk. Thüringerstraße, Wipperstraße. Wahllokal: Oskar Meiner, Thüringerstr. 16.
22. Wahlbezirk. Canner Chaussee, Cannerstraße, Drochstraße, Eiserstraße, Karpenteiststraße, Kaiser Friedrichstr. 87-100, Kiehlstraße, Kölnisches Ufer 1-17, Köpener Landstraße, Kienichstraße, Ruderstraße, Teupitzerstraße, Weigandufer 36-48, Beserstraße 91-131. Wahllokal: A. Stolzenburg, Canner Chaussee 13.
23. Wahlbezirk. Bergstr. 69-106, Grenzallee, Anekebedstr. 1 bis 5 und 147-150, Lahnstraße, Mittelbuschweg, Raumburgerstraße, Richardstr. 54-63, Saalestraße, Walterstraße, Zeiperstraße. Wahllokal: Franz Döhne, Bergstr. 77.
24. Wahlbezirk. Delbrückstraße, Glasowstraße, Juliusstraße. Wahllokal: Wilhelm Brandt, Walterstr. 19, Ecke Glasowstraße.
25. Wahlbezirk. Bendastraße, Bruno Bauerstraße, Edmundstraße, Herthastraße, Anekebedstr. 6-34 und 120-146, Kranoldplatz, Kranoldstraße, Neuhaldstraße, Ringbahnstraße, Siegfriedstr. 1-24. Wahllokal: Julius Kiebel, Hermannstr. 156, Ecke Anekebedstraße.
26. Wahlbezirk. Anekebedstr. 35-119, Mariendorferweg. Wahllokal: Richard Felsch, Anekebedstr. 48-49.
27. Wahlbezirk. Robertstraße, Emferstr. 38-106, Hermannstraße 113-158, Reiffstraße, Siegfriedstr. 25-59. Wahllokal: Wilhelm Hollbach, Hermannstr. 120.
28. Wahlbezirk. Hermannstr. 84-112, Rekestraße, Oberstr. 1 bis 13, Barthestraße. Wahllokal: Winkler, Hermannstr. 93-94.
29. Wahlbezirk. Wobestraße, Emferstr. 1-37 und 107-141, Hermannstr. 159-178, Rogatzstraße. Wahllokal: Rudolf Regenstein, Hermannstr. 158.
30. Wahlbezirk. Bergstr. 43-68 und 107-126, Ilsestraße, Jonasstraße, Kirchhoffstr. 10-34, Mittelweg, Seltstraße, Thomasstraße 1-18. Wahllokal: Franz Greitsch, Bergstr. 59.
31. Wahlbezirk. Hermannstr. 53-83 und 179-210, Thomasstraße 19-40. Wahllokal: Max Dippe, Hermannstr. 190.
32. Wahlbezirk. Allerstraße, Grünerweg, Leinestraße, Lichtenaderstr. 12-49, Oberstr. 15-52, Oberstraße, Schillerpromenade 7 bis 26, Weifstr. 19-94. Wahllokal: Traugott Paedart, Weifstraße 20.
33. Wahlbezirk. Fontanestr. 10-24, Herrfurthplatz, Herrfurthstraße, Lichtenaderstr. 1-11 und 50-62, Schillerpromenade 1-6 und 87-92, Steinmehstr. 43-100. Wahllokal: Hermann Richter, Herrfurthstr. 34.
34. Wahlbezirk. Bergstr. 1-26 und 140-163, Ziehnstr. 1 bis 18 und 67-85. Wahllokal: H. Gröpler, Bergstr. 147 (Bürgeräle).
35. Wahlbezirk. Koppstr. 1-12 und 62-72, Leffingstr. 1-12 und 33-43, Prinz Handjerystr. 1-19 und 70-87, Steinmehstraße 1-19 und 126-146, Wasmannsdorferstraße. Wahllokal: Hermann Bredow, Steinmehstr. 7.
36. Wahlbezirk. Jallstr. 1-3 und 24-26, Koppstr. 13-61, Leffingstr. 13-16 und 29-32, Steinmehstr. 35-42 und 101-109. Wahllokal: Wilhelm Schnitzer, Steinmehstr. 85.
37. Wahlbezirk. Prinz Handjerystr. 20-34 und 54-69, Steinmehstr. 20-34 und 110-125. Wahllokal: Paul Gellert, Steinmehstr. 113.
38. Wahlbezirk. Jägerstr. 50-64, Leffingstr. 17-28, Ziehnstraße 19-33 und 52-66. Wahllokal: Karl Koppow, Leffingstraße 19.
39. Wahlbezirk. Jallstr. 4-23, Jägerstr. 41-49, Prinz Handjerystr. 35-53, Ziehnstr. 34-51. Wahllokal: Ferdinand Wille, Hermannstr. 213 (Ecke Jägerstraße).
40. Wahlbezirk. Hermannstr. 35-52 und 211-227, Jägerstraße 1-40 und 65-81. Wahllokal: Göpner, Hermannstr. 214 bis 219 (Vereinsbrauereiausgang).
41. Wahlbezirk. Berlinerstr. 32-51, Wobdinplatz, Wobdinstraße 1-22 und 42-60, Redarstraße. Wahllokal: Friedrich Geride, Wobdinstr. 4.
42. Wahlbezirk. Erlangerstraße, Harstraße, Rainzerstr. 27 bis 36, Münchenerstr. 1-18 und 36-55a. Wahllokal: Albert Kühne, Münchenerstr. 8 (Weidmannsfl.).
43. Wahlbezirk. Wobdinstr. 23-41, Rainzerstr. 17-26 und 37-46, Münchenerstr. 19-35, Reuterstr. 1-8 und 89-98. Wahllokal: Karl Derrich, Münchenerstr. 19.
44. Wahlbezirk. Wollweberstraße, Seldowerstraße. Wahllokal: Oswald Grundmann, Wollweberstr. 27/28.
45. Wahlbezirk. Fontanestr. 1-9 und 25-32, Hermannstr. 28 bis 34 und 228-232, Wanglischstraße, Weifstr. 1-18 und 65-82. Wahllokal: Heinrich Loenhardt, Wanglischstr. 15.
46. Wahlbezirk. Berlinerstr. 1-31 und 82-107. Wahllokal: August Denckmann, Berlinerstr. 105.
47. Wahlbezirk. Diebichstraße, Hermannstr. 233-258, Rainzerstr. 1-16 und 47-60, Reuterstr. 9-17 und 78-88. Wahllokal: Otto Dreuer, Reuterstr. 78.
48. Wahlbezirk. Hermannstr. 1-27, Karlsgartenstraße, Wilmannstr. 24-48. Wahllokal: Otto Heidaus, Karlsgartenstr. 6 bis 10 (Reit. Karlsgarten).
49. Wahlbezirk. Fasanstraße, Wilmannstr. 1-23. Wahllokal: A. Scholz, Fasanstraße (Neue Welt).

Schöneberg.

1. Wahlbezirk. Augsburgstr. 69-72, Wambergstr. 1-12 und 36-41, Geisbergstr. 18 und 25-27, Kulmbacherstr. 1-8, Röhstr. 82-85, Neue Ansbacherstr. 17-20, Passauerstr. 12-19, Regensburgerstr. 8, 9 und 29-32, Würzburgerstr. 1-22. Wahllokal: J. Schneider, Geisbergstr. 18.
2. Wahlbezirk. Wambergstr. 42-48, Geisbergstr. 28-43, Röhstr. 22-26, Neue Ansbacherstr. 4-16, Neue Bayreutherstr. 1

bis 8, Regensburgerstr. 1-7, Viktoria Luisenplatz 2-7. Wahllokal: Lehmann, Neue Bayreutherstr. 4.
3. Wahlbezirk. Hohenkaufenstr. 32-38, Quitspoldstr. 17-25, Martin Lutherstr. 1-6, Röhstr. 27-31 und 53-66, Münchenerstraße 1-4 und 55, Neue Ansbacherstr. 1-3, Neue Winterfeldstraße 20-31, Regensburgerstr. 33-35, Viktoria Luisenplatz 1 und 8 und 8-12a. Wahllokal: August Jollsch, Münchenerstr. 4.
4. Wahlbezirk. Eisenacherstr. 9-15 und 111-113, Goltzstraße 1-11, Raabenstr. 10-12, Martin Lutherstr. 86-89, Röhstraße 67-82, Neue Winterfeldstr. 13-19, Rollendorfsplatz 5-7, Rollendorfsstr. 8-21. Wahllokal: Redies, Röhstr. 67.
5. Wahlbezirk. Wiltonstr. 1-7 und 101-108, Raabenstr. 15 bis 25, Röhstr. 83-89, Rollendorfsplatz 8-9, Rollendorfsstr. 1-7 und 37-42, Winterfeldstr. 18-21, Zietenstr. 1-16. Wahllokal: „Rollendorfsplatz“, Wulowstr. 2.
6. Wahlbezirk. Eisenacherstr. 105-110, Habsburgerstr. 1-3, Quitspoldstr. 1-8, Raabenstr. 13-17, Neue Winterfeldstr. 1-12 und 40-46, Rollendorfsstr. 22-26. Wahllokal: Pleitischow, Rollendorfsstr. 22.
7. Wahlbezirk. Eisenacherstr. 16-22 und 102-104, Habsburgerstraße 4-7, Hohenkaufenstr. 5-19, Quitspoldstr. 9-16 und 35-49, Martin Lutherstr. 82-85, Neue Winterfeldstr. 32-39. Wahllokal: Radio, Quitspoldstr. 16.
8. Wahlbezirk. Frankenstr. 1-4, Goltzstr. 24-36, Habsburgerstraße 8-14, Hohenkaufenstr. 1-4 und 67-69, Kaffhäuserstr. 31 bis 34, Neue Winterfeldstr. 47-50. Wahllokal: Pogorzelsky, Goltzstr. 32.
9. Wahlbezirk. Barbarossaplatz 1, Barbarossastr. 12-18, Eisenacherstr. 23-31 und 96-101, Frankenstr. 5-9, Hohenkaufenstraße 55-66, Kaffhäuserstr. 1-7, Lindauerstr. 1-12, Martin Lutherstr. 77-81, Schwabischestr. 1-7 und 23-30, Starnbergerstraße 1-8, Traunheimerstr. 1-10. Wahllokal: August Kuhlmech, Martin Lutherstr. 77.
10. Wahlbezirk. Barbarossastr. 19-24, Hohenkaufenstr. 20-31 und 47-54, Quitspoldstr. 28-34, Martin Lutherstr. 7-14, Münchenerstr. 45-54, Speyererstr. 1-5 und 26-28. Wahllokal: Alfred Schulze, Martin Lutherstr. 11.
11. Wahlbezirk. Wambergstr. 13-19 und 28-35, Barbarossastr. 25-32, Heilbronnerstr. 1-7 und 24-31, Hohenkaufenstraße 39-46, Landshuterstr. 1-8 und 32-38, Münchenerstr. 6-12. Wahllokal: Robert Kohnstod, Hohenkaufenstr. 38.
12. Wahlbezirk. Kaffhäuserstr. 6-19, Wambergstr. 20 bis 27, Barbarossaplatz 2-3, Barbarossastr. 35-57, Verdesgadenstraße 1-12 und 28-40, Eisenacherstr. 32-41, Freisingerstr. 1-20, Grunewaldstr. 39-50 und Nordseite von 51 bis zur Wilmersdorfer Grenze, Haberlandstr., Heilbronnerstr. 8-23, Landshuterstraße 9-31, Martin Lutherstr. 15-24, 69-69 und 74-76, Münchenerstr. 13-24 und 33-44, Rosenheimerstr. 5-35, Speyererstraße 6-25, Stäbenstraße. Wahllokal: Seidel, Eisenacherstraße 30.
13. Wahlbezirk. Barbarossastr. 4-11, Eisenacherstr. 62-95, Frankenstr. 10-16, Goltzstr. 37-40b, Kaffhäuserstr. 8-13 und 24-30. Wahllokal: Karl Haun, Kaffhäuserstr. 10.
14. Wahlbezirk. Barbarossastr. 1-3, Gleditschstr. 1-12, Goltzstraße 12-23, Ballaststr. 21-23. Wahllokal: Karl Stephan, Barbarossastr. 1.
15. Wahlbezirk. Barbarossaplatz 4, Barbarossastr. 58-70, Eisenacherstr. 83-91, Gleditschstr. 13-21, Goltzstr. 1-11 und 41-52, Grunewaldstr. 12-38, Kaffhäuserstr. 14-23, Rosenheimerstraße 1-4 und 36-40, Schwabischestr. 8-22. Wahllokal: Joh. Walz, Goltzstr. 41.
16. Wahlbezirk. Grunewaldstr. 110a-120, Hauptstr. 1-10, Vorbergstr. 1-8. Wahllokal: Adolf Riethe, Hauptstr. 5-8.
17. Wahlbezirk. Magienstr. 1-15, 17 und 18, Grunewaldstraße 108-110, Hauptstr. 11-22, verlängerte Belgierstraße, verlängerte Gleditschstraße (ohne Grunewaldstr. 110a), Vorbergstr. 9 bis 15. Wahllokal: R. Langer, Magienstr. 7a.
18. Wahlbezirk. Magienstr. 19-24, Apostel Paulusstr. 1-5 und 26-28, Belgierstr. 1-5, Eisenacherstr. 78-82, Grunewaldstraße 90-105, Aligstraße, Merseburgerstr. 1-8. Wahllokal: Paul Reigert, Magienstr. 19.
19. Wahlbezirk. Apostel Paulusstr. 18-25, Belgierstr. 6-9, Eisenacherstr. 70-77, Merseburgerstr. 9-15, Wartburgstr. 1-8 und 24-29. Wahllokal: Friedrich Juschka, Merseburgerstraße 12.
20. Wahlbezirk. Apostel Paulusstr. 6-17 und westlich der Martin Lutherstraße, Wambergstraße zwischen Röhlen- und Grunewaldstraße, Belgierstr. 10-16, Verdesgadenstraße 13-27, Eisenacherstr. 42-54, Goltzstr. 1-8 und 9-21, Grunewaldstraße 82-98a, Martin Lutherstr. 25-37 und 62, Röhlenstraße Nordseite von Martin Lutherstraße bis zur Wilmersdorfer Grenze, Münchenerstr. 25-32, Wartburgstr. 9-14 und 19-23. Wahllokal: Wilhelm Schöne, Martin Lutherstr. 90.
21. Wahlbezirk. Belgierstr. 17-24, Goltzstr. 4-8, Martin Lutherstr. 49-55, Reiningenstr. 1-13, Wartburgstr. 15-18. Wahllokal: G. Marquardt, Reiningenstr. 13.
22. Wahlbezirk. Esfurterstraße, Hauptstraße, Nordseite von Nr. 51 bis zur Ringbahn, Hehlstraße, Koburgerstraße, Röhlenstraße, Südseite von Martin Lutherstraße bis zur Wilmersdorfer Grenze, Röhlenstraße, Westseite von Martin Lutherstraße bis Nr. 19, verlängerte Ringbahnstraße. Wahllokal: Albert Christ, Hauptstraße 56.
23. Wahlbezirk. Ebersstr. 37-60, Hauptstr. 82-93, Ragstraße 1-11. Wahllokal: Emil Rittelspadi, Hauptstr. 83.
24. Wahlbezirk. Ebersstr. 32-36, Prinz Reuterstr. 1-12, Gustav Freitagstr. 1-4, Goltzstr. 1-11, Hauptstr. 96-101, Ragstraße 25-29, Tempelhoferstr. 1-5. Wahllokal: Carl Sorge, Hauptstr. 96.
25. Wahlbezirk. Ebersstr. 27-31 und 61-74, Prinz Reuterstraße 13, Gustav Freitagstr. 5-9, Ragstr. 12-24, Straße 30, Tempelhoferstr. 6-12. Wahllokal: Julius Bornemann, Ebersstr. 68.
26. Wahlbezirk. Albertstr. 1-5, Belgierstr. 25-53, Eisenacherstraße 55-61, Feurigstr. 21-41, Hauptstr. 34-60 und 102-119, Röhlenstr. 1-10, Tempelhoferstr. 21-23. Wahllokal: Ernst Lutterbach, Feurigstr. 34.
27. Wahlbezirk. Ebersstr. 18-26 und 75-91, Feurigstr. 42 bis 53, Prinz Georgstr. 1-5, Tempelhoferstr. 13-20. Wahllokal: Wilhelm Heinevetter, Ebersstr. 80.
28. Wahlbezirk. Albertstr. 6-15, Ebersstr. 1-15, Feurigstraße 54-70, Herberstr. 4-11, Kolonnenstr. 3-9, Prinz Georgstr. 6 bis 10, verlängerte Feurigstraße. Wahllokal: Julius Kemnitz, Albertstr. 6.
29. Wahlbezirk. Albertstr. 16-20, Feurigstr. 1-20, Hauptstraße 120-135, Herberstr. 1-3, Kaiser Wilhelmplatz 1-4, Kolonnenstraße 1-2. Wahllokal: Kreischmar, Kolonnenstr. 2.
30. Wahlbezirk. Magienstraße 25-30, Belgierstraße 54-64, Eisenacherstr. 62-69, Hauptstr. 23-33. Wahllokal: Anna Topp, Eisenacherstr. 77.
31. Wahlbezirk. Bahnstr. 1-22, Kolonnenstr. 56-68. Wahllokal: Gottlieb Thiele, Bahnstr. 6.
32. Wahlbezirk. Bahnstr. 38-48, Erdmannstr. 8-14, Hauptstraße 136-150, Helmstr. 1-6 und 11-12, Kaiser Wilhelmplatz 9, Stubenrauchstr. 1-5. Wahllokal: Funke, Hauptstr. 146.
33. Wahlbezirk. Bahnstr. 25-37, Erdmannstr. 1-7, Helmstraße 7-10, Kaiser Friedrichstr. 1-9, Stubenrauchstr. 6-12. Wahllokal: Wilhelm Bogler, Bahnstr. 34.
34. Wahlbezirk. Bahnhof Groß-Görschenstraße, Bahnstr. 23 bis 24, Groß-Görschenstr. 1-10, Hauptstr. 151-153, Kaiser Friedrichstr. 10-19, Neue Gilmstraße, Neue Steinmehstraße. Wahllokal: Robert Koenich, Kaiser Friedrichstr. 10.
35. Wahlbezirk. Brunhildstr. 8-12, Groß-Görschenstr. 11-20b, Höfenriedbergstr. 1-9, Monumentenstr. 1-2 und 31-39, Siegfriedstraße 2-10, Straße 20a. Wahllokal: Gustav Rudolph, Monumentenstr. 33/34.
36. Wahlbezirk. Goltzriedbergstr. 18-27, Militärschulische Privatstraße, Monumentenstr. 3-14. Wahllokal: Krennig, Monumentenstr. 9.

156. Wahlbezirk. Bahnhof, Friedrich, Heinrich, Margareten- und Friedastraße, Teichweg, Jernensstraße. Wahllokal: Restaurant O. Schultze, Eitelstr. 70 daselbst.
157. Wahlbezirk. Frankfurter Chaussee (Südseite), Kiecherweg, Sandweg. Wahllokal: Restaurant „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 5 daselbst.
158. Wahlbezirk. Pfarrstraße, Verbindungsweg, Verlängerte Lessingstraße, Parallelnweg, Neue Prinz Albertstraße. Wahllokal: Turnhalle, Pfarrstraße daselbst.
159. Wahlbezirk. Rummelsburgerstraße. Wahllokal: Restaurant Palm, Rummelsburgerstr. 45 daselbst.
160. Wahlbezirk. Wartenbergstraße, Oberweg, Wuhle- und Kleinestraße, Wiesenweg. Wahllokal: Restaurant Preuß, Wartenbergstr. 52 daselbst.
161. Wahlbezirk. Gürtel, Doffe, Ober- und Krabeststraße. Wahllokal: Restaurant Schudert, Gürtelstr. 41 daselbst.
162. Wahlbezirk. Frankfurter Allee, Niederbornstraße, Vogelhagenerstr. 24b, Vogelhagener Chaussee. Wahllokal: Restaurant „Fruchtstäbe des Ostens“, Frankfurter Allee 151/52 daselbst.
163. Wahlbezirk. Scharnweberstraße, Kronprinzenstr. 1-7, Müggelstraße. Wahllokal: Restaurant Spitzig, Frankfurter Allee 193 daselbst.
164. Wahlbezirk. Kronprinzenstr. 8-52. Wahllokal: Aula der Schule in der Kronprinzenstraße daselbst.
165. Wahlbezirk. Reichel, Finow, Jung- und Blumenhal-straße. Wahllokal: Restaurant Schneider, Finowstr. 39, Ecke Frankfurter Allee daselbst.
166. Wahlbezirk. Friedrich Karl- und Weferstraße. Wahllokal: Restaurant Hampf, Weferstr. 25, Ecke Friedrich Karl-straße daselbst.
167. Wahlbezirk. Rainzerstraße. Wahllokal: Restaurant August Hampf, Rainzerstr. 20, Ecke Scharnweberstraße daselbst.
168. Wahlbezirk. Kreuzigerstraße. Wahllokal: Restaurant Ziegler, Kreuzigerstr. 8 daselbst.

Oranienburg.

113. Wahlbezirk. Luisenplatz, Berlinerstraße, mit Straße 30 und Weichselhaus, Breite, Habel- und Poststraße, Berlinerfeld mit Straße 28, Habelhaus, Veltenerbrücke, Wilhelmminnenhof, Antonienhof, Wilhelmstraße, Binnower Schleuse, am Kanal (Westen), Annahof, Wärenauerweg. Wahllokal: Saal des Hotels Eilers (Inhaber: B. Burghard), Luisenplatz daselbst.
114. Wahlbezirk. Kanalstraße mit Straße V, Luisenstraße, Neuerplatz, Garten, Augusta- und Krenmeyerstraße, Gernem-dorfer Brücke, Umland, Goethe- und Schillerstraße, Eden, Alberts-hof, Amalienhof, Luisenhof, Wiedenplan, Annagarten, Kuh-brücke, Friedenthaler Schleuse, Häuser am Kanal (Osten), Wasser-stragen. Wahllokal: Saal des Gastwirts Fromm, Breitestraße daselbst.
115. Wahlbezirk. Bernauer- und Fischerstraße, Königs-Allee, Markgrafenstraße, Oswalds Privatstraße, Kuhni'sche Privatstraße, Strelcher-, Wald-, Jäger-, Schützen-, Bismard-, Rolke- und See-straße, Strandhalle, Königgräber-, Viktoria- und Moonstraße, Mielen's Haus, Eiswerke, Elektrizitätswerke, Friedrich-, Wilhelm-, Kurfürstenstraße und Straße XI. Wahllokal: Saal des Schützen-hauses (Inhaber: Sohnstenge), Königs-Allee daselbst.
116. Wahlbezirk. Straßburgerstraße, Bahnhofsgebäude, Bahn-hof, Mittel-, Lehnitz-, Linden- und Mühlentstraße, Mühlentfeld, Straße 4 im Mühlentfeld. Wahllokal: Saal des Hoteliers Wänische, Lehnitzstraße daselbst.

Voghen-Rummelsburg.

117. Wahlbezirk. Voghenstraße 24a, Voghenener Chaussee 13-16, Komintenerstr. 30a, 30b, Grünbergerstr. 12-15, Simon-Dachstr. 1-5 und 42-48, Gabriel-Rogstr. 10-14. Wahllokal: Restaurant Dietrich, Voghenener Chaussee 9 daselbst.
118. Wahlbezirk. Voghenener Chaussee 7-12, Grünberger-straße 6-11, Gabriel-Rogstr. 6-9, Gärtnerstr. 20-24. Wahllokal: Restaurant Schönmann, Grünbergerstr. 6 daselbst.
119. Wahlbezirk. Komintenerstr. 20a, 20b, Grünberger-straße 16-19, Crossemerstr. 11-14, Simon-Dachstr. 6, 7, 30-41, Gabriel-Rogstr. 15-17. Wahllokal: Restaurant Runzel, Simon-Dachstr. 41 daselbst.
120. Wahlbezirk. Crossemerstr. 15-18, Wühlischstr. 30-33, Simon-Dachstr. 35-38, Gabriel-Rogstr. 19-21. Wahllokal: Restaurant Knieß, Simon-Dachstr. 39 daselbst.
121. Wahlbezirk. Crossemerstr. 19-24, Wühlischstr. 24-29, 34-39, Simpfonstr. 22-28, Gabriel-Rogstr. 1-5, Gärtner-straße 25-33. Wahllokal: Restaurant Zimmermann, Crossemerstr. 19 daselbst.
122. Wahlbezirk. Voghenener Chaussee 1-6, Bismarckplatz, Weferstraße 26-27, Grünbergerstr. 1-5, Alt-Voghen 30-33, Crossemerstr. 1-10, 25-34, Wühlischstr. 14-23, Gärtnerstr. 5-10, Seumestr. 7-26, Gruppischstr. 18-27 einschließlich Gutshof. Wahllokal: Restaurant Leibold, Alt-Voghen 30.
123. Wahlbezirk. Wühlischstr. 40-53, Sonntagstr. 13-22, Selenenhof, Simpfonstr. 9-21, Gruppischstr. 1-8 und 28, Holte-straße 28-33. Wahllokal: Restaurant Kiese, Wühlischstr. 7 daselbst.
124. Wahlbezirk. Weferstr. 28-48, Alt-Voghen 4-20a, Gruppischstr. 16-17, Glaberstraße, Holtestr. 14-23, Neue Bahn-hofstr. 18-20a. Wahllokal: Restaurant Kühn, Alt-Voghen 25.
125. Wahlbezirk. Alt-Voghen 43-49, Wühlischstr. 1-13 und 54-58, Sonntagstr. 23-38 und 8-12, Simpfonstr. 1-8, Ludwig Lehmannstr. 1-5, Holtestr. 1-8 und 10-13, Wödlin-straße 6-11, Renbachstr. 1-18a. Wahllokal: Restaurant Schön-born, Alt-Voghen 40.
126. Wahlbezirk. Alt-Voghen 50-55, Sonntagstr. 1-7, Renbachstr. 13b-23, Neue Bahnhofstr. 26b-37. Wahllokal: Restaurant Schneider, Sonntagstr. 38 daselbst.
127. Wahlbezirk. Neue Bahnhofstr. 1-17, Alt-Voghen 1-3 und 56. Wahllokal: Restaurant Schröder, Neue Bahnhof-straße 33 daselbst.
128. Wahlbezirk. Markt- und Sabowaststraße, Schillerstr. 18 bis 35, Kantstraße 1-2a und 49-51. Wahllokal: Restaurant Deder, Schillerstr. 31 daselbst.
129. Wahlbezirk. Schillerstr. 15-17, Lessingstr. 13-18, Kant-straße 3-25. Wahllokal: Restaurant Rippe, Schillerstr. 15 daselbst.
130. Wahlbezirk. Schillerstr. 1-14, Goethestraße, Lessingstr. 1 bis 12, Kantstr. 43-47, Türschmidtstr. 41-48. Wahllokal: Restaurant Weigel, Türschmidtstr. 45 daselbst.
131. Wahlbezirk. Kantstr. 33-42, Lessingstr. 19-24, Mozart-straße, Viktoriaplatz, Türschmidtstr. 24-40. Wahllokal: Restau-rant Wolff, Viktoriaplatz 1-2 daselbst.

132. Wahlbezirk. Türschmidtstr. 1-33, Karlsdorferstraße. Wahllokal: Restaurant Götth, Türschmidtstr. 4-5 daselbst.
133. Wahlbezirk. Prinz Albertstraße mit Schulhaus, Pfarr-haus und Kranzhaus, Rathaus, Liebig- und Vorlandstraße. Wahllokal: Restaurant „Zum Prälaten“, Karlsdorferstr. 3 da-selbst.
134. Wahlbezirk. Neue Prinz Albertstr. 41-72, Wilhelm- und Friedrichstraße, Wagenknechtshof. Wahllokal: Restaurant Wagen-knecht, Neue Prinz Albertstr. 56 daselbst.
135. Wahlbezirk. Neue Prinz Albertstr. 1-40, Fischerstraße, Schlichtallee. Wahllokal: Restaurant Dierberg, Neue Prinz Albertstr. 21 daselbst.
136. Wahlbezirk. Hauptstraße, Köpener Chaussee, Rangier- und Güterbahnhof Rummelsburg, Ausbauten am Hönauer Wiesen-weg, Rummelsburger See und Syree, soweit Rummelsburger Ge-biet in Frage kommt. Wahllokal: Restaurant Carlin, Haupt-straße 82 daselbst.

Friedrichsfelde.

139. Wahlbezirk. Berlinerstr. 1-46 und 85-127 einschließlich projektierter Straße und Zentralfriedhof. Wahllokal: Restaurant Wausdorf, Berlinerstr. 18.
140. Wahlbezirk. Berlinerstr. 47-84, Schloßstraße, Treßlow-Allee nördlich der Verbindungsbahn Berlin-Rummelsburg-Kauls-dorf, Friedrichstr. 14-26b, Wilhelm-, Charlotten-, Viktoriastraße, Bahnhofsgebäude an der Ostbahn, Mühlentberg, Ragerviehhof, Marzahnener Chaussee, Bahnhof Friedrichsfelde-Ost, Triftweg mit den Wasserwerken, Chaussee nach Viehdorf. Wahllokal: Restaurant Rathvon, Schloßstr. 2.
141. Wahlbezirk. Friedrichstr. 1-13 und 26-38, Kurze-, Quisenstraße, Pringen-Allee, Rummelsburgerstraße, Rummels-burger Friedhof, Piquetstraße, Capri-Allee, Waldseeferstraße. Wahllokal: Restaurant Hube, Pringen-Allee 30.
142. Wahlbezirk. Treßlow-Allee 50-57, Gundersingener-, Gontig-, Junger Jörg-, Karl Egon-, Friedrichsteiner-, Dönhoff-, Dorothea-, Krausestraße, Waldow-Allee mit Borwerk, Köpener Allee, Dewet-, Votha-Allee, Wärtterhäuser an der Ver-bindungsbahn Rummelsburg-Kaulsdorf. Wahllokal: Restaurant Rönig in Karlsdorf, Treßlow-Allee 57.
143. Wahlbezirk. Prinz Heinrich-, Auguste-Viktoria-, Egin-hardt-, Wildensteiner-, Stühlinger-, Heiligenberger-, Kaiser Wilhelm-, Prinz August-, Prinz Eitel Fritz-, Prinz Joachim-, Prinz Oskar-, Prinz Adalbert-, Nadel-, Schente-, Günther-, Sedowstraße, Treßlow-Allee 87a-94, Bahnhof Karlsdorf, Trainieranstalt, Wärtterhäuser an der Trainieranstalt, Bloch-dammweg, Wärtterhäuser am Blochdammweg. Wahllokal: Restau-rant „Fürstenthaus“ in Karlsdorf, Treßlow-Allee 93.

Friedrichshagen.

144. Wahlbezirk. Friedrichstraße, Parkgarten, Schmalzer Weg. Wahllokal: Restaurant „Eisler“, Friedrichstr. 96/97.
145. Wahlbezirk. Seeferstraße, Wasserwerke, Neu-Kamerun, Straße 38, Sprigenweg, Waldow- und Bellevuestraße, Brecht-Promenade, Königstr. 16a, Kaiserstraße, Rahnsdorferstraße und Verlängerung. Wahllokal: Restaurant Conrad, Friedrich-straße 137.
146. Wahlbezirk. Ahorn-Allee, Köpener-, Kirchstraße, Linden-Allee, Weitzend, Wilhelmstraße, Firschgarten. Wahllokal: Restau-rant „Gesellschaftshaus“, Friedrichstr. 69.
147. Wahlbezirk. Rosanien-Allee, Kurze, Scharnweber- und Viktoriastraße. Wahllokal: Restaurant Franz Lerche, Friedrichstr. 81.

Ober-Schöneweide.

172. Wahlbezirk. Tabbert-, Kalepa- und Siemensstraße. Wahllokal: Restaurant Kühn, Siemensstraße.
173. Wahlbezirk. Watt-, Ohm-, Neuleon-, Helmholz-, Deul-straße und Edisonstr. 37-39 bis zum Lorenzchen Hause. Wahl-lokal: Restaurant Schaffranek, Edisonstraße.
174. Wahlbezirk. Der übrige Teil der Edisonstraße, Wil-helminenhofstr. 1-41 einschließlich Frischstr. 1 und die gegenüber-liegenden Fabriken bis zum Schaus Dellmann in der Laufener-straße. Wahllokal: Restaurant Martin, Edisonstraße.
175. Wahlbezirk. Frischstr., Laufenerstraße, Wilhelmminnenhof-straße 42-54 und die gegenüberliegenden Fabriken, Luifen-, Maria-, Marien- und Matildenstraße. Wahllokal: Restaurant Schulte, Wilhelmminnenhofstr. 43.
176. Wahlbezirk. Wilhelmminnenhofstr. 64-75b und die gegen-überliegenden Fabriken, Runheim-, Ratenau-, Keppler-, Glaby und Gaußstraße, sowie Ortsteil Ostend. Wahllokal: Restaurant Höflich zu Ostend.

Weißense.

210. Wahlbezirk. Berliner-, Hallenberger-, Garten-, Hohen-schöndauerstraße, Lichterbergerstr. 66-132, Rennbahnstr. 2-60, Feldmannstraße, Straße 7, 15, 16, 19, 19 und 23, sowie Wegener-straße. Wahllokal: Café Rettig, Berlinerstr. 11.
211. Wahlbezirk. Albertinen-, Amalten-, Große Seeferstraße, Rennbahnstr. 103-107, Parkstraße 2-97, Viktoriustr. 1-30 und 130-148. Wahllokal: Restaurant „Albrechtshof“, Parkstr. 18.
212. Wahlbezirk. König-Chaussee 1-25, 69-95, Lichtenberger-straße 6-65, Linden-Allee 3-57/58, Wörthstraße, Sedanstr. 46-53. Wahllokal: Festhalle von Enders, König-Chaussee 5/6.
213. Wahlbezirk. Lohringenerstraße, Mehrstr. 12-40, Welfort-straße 28-30, Strahburgstr. 1-9 und 56-60, Sedanstr. 33-43 und 57-64. Wahllokal: Restaurant Sorrer, Strahburgstr. 58.
214. Wahlbezirk. Strahburgstr. 17-54, Sedanstr. 14-28 und 96-109, Kronprinzenstr. 2-15, Eschstraße. Wahllokal: Café Rohr, Sedanstr. 14.
215. Wahlbezirk. Sedanstr. 1-13 und 111-120, Weissenburg- und Gürtelstraße, König-Chaussee 26-68a, Gäblerstr. 1-14 und 51-63. Wahllokal: Restaurant Wodarczyk, König-Chaussee Nr. 49.
216. Wahlbezirk. Gäblerstr. 23-50, Schön- und Friedrichstraße, Langhansstr. 1-9 und 146-153, Streustr. 2-4 und 122-127. Wahllokal: Restaurant „Berliner Hof“, Langhansstr. 1.
217. Wahlbezirk. Lehdorferstr. 2-25 und 97-122, Wilhelmstraße, Streustr. 11-31 und 100-120, Charlottenburgerstr. 10-33 und 144-163, Langhansstr. 10-17 und 137-143. Wahllokal: Restau-rant „Zum Prälaten“, Lehdorferstr. 122.
218. Wahlbezirk. Röldestr. 9-138, Lehdorferstr. 26-96, Lang-hansstr. 15-29 und 122-136. Wahllokal: Restaurant Ulrich, Röldestr. 30.

219. Wahlbezirk. Viktoriustr. 81-1185, Friedeferstraße, Char-lottenburgerstr. 59-74 und 113-142, Langhansstr. 30-60 und 94 bis 120, Scharnweber-, Wöben-, Voigts-Meechstraße und Goethe-straße. Wahllokal: Restaurant Tschentzler, Langhans-straße 100.
220. Wahlbezirk. Gustav Adolfstraße, Rennbahnstr. 88, Ziegelei 3, Streustr. 42-99, Langhansstr. 63-90. Wahllokal: Restaurant Schubert, Gustav Adolfstr. 142.
221. Wahlbezirk. Udermarkstraße, Heinersdorferweg, Braun-hausstraße, Generalstraße, Charlottenburgerstr. 78-111. Wahl-lokal: Restaurant Bachhaus, Udermarkstr. 6/7.

Pankow.

177. Wahlbezirk. Breiteferstraße, Amalienpark, Kavalier-, Damerowstraße, Am Schloßpark, Mendel-, Eintrachtstraße und Straße 1 am Krankenhaus. Wahllokal: Restaurant Binder, Breiteferstr. 34.
178. Wahlbezirk. Berliner-, Prinz Heinrich-, Vorkum-, Riffingen-, Schul-, Gädlich-, Kelson- und Brunowstraße. Wahl-lokal: Restaurant „Kurfürsten“, Berlinerstr. 102.
179. Wahlbezirk. Udermark-, Kaiser Friedrich-, Behnfen-, Trellberg-, Tal- und Neumannstraße, Esplanade, Herta-, Spielert-mann- und Schencksferstraße. Wahllokal: Restaurant „Türmchen“, Kaiser Friedrichstr. 12.
180. Wahlbezirk. Maximilian-, Mühlen- und Ringstraße. Wahllokal: Restaurant „Feldschlösschen“, Berlinerstr. 27.
181. Wahlbezirk. Florastr. 15 bis einschließlich 33. Wahllokal: Restaurant „Bellevue“, Breiteferstr. 21a.
182. Wahlbezirk. Hehn-, Neue Schönholzer-, Park-, Refalozzi- und Schloßstraße, Elisabethweg, Hartwigstraße. Wahllokal: Re-aurant „Gesellschaftshaus“, Kreuzstr. 3/4.
183. Wahlbezirk. Wollanstraße. Wahllokal: Restaurant „Zum Roland“, Wollanstr. 113.
184. Wahlbezirk. Florastr. 1 bis einschließlich 14 und 84 bis einschließlich 95, Kreuz-, Görz-, Gailard- und Schulzeferstraße. Wahllokal: Restaurant Krause, Wollanstr. 1.
185. Wahlbezirk. Drehmstraße. Wahllokal: Restaur. Vuge, Schulzeferstr. 28.
186. Wahlbezirk. Nordbahn-, Schmidt-, Gottschalk-, Stern-, Steeger-, Rettig-, Spandauerweg, Alte Schönholzerstraße. Wahl-lokal: Restaurant „Zum Schmuckfischen“, Nordbahnstr. 90.

Reinickendorf.

187. Wahlbezirk. Eichhornstr. 30-62, Birken-, Wald-, und Gumannstraße. Wahllokal: Restaurant Görde, Waldstr. 50/51.
188. Wahlbezirk. Eichhornstr. 11-29 und 63-87, Antonien-straße 9-57, Aligstr. 10-26, Auguste Viktoria-Allee 27-95. Wahllokal: Restaurant Franke, Auguste Viktoria-Allee 54.
189. Wahlbezirk. Scharnweberstr. 33-108, Eichhornstr. 1-8 und 59 bis Ende, Antonienstr. 1-5 und 60 bis Ende, Aligstr. 1-5 und 28 bis Ende und Wachsolderstraße. Wahllokal: Restaurant Marx, Scharnweberstr. 67/68.
190. Wahlbezirk. Scharnweberstr. 1-37 und 113 bis Ende, Schillingstraße, Spandauerweg, Mantelstraße, Berlinerstr. 1-7 und 124 bis Ende und Friedrich Karlstraße. Wahllokal: Restaurant A. Müller, Scharnweberstr. 14.
191. Wahlbezirk. Berlinerstr. 9-129, Dahn- und Kögelstraße, Auguste Viktoria-Allee 1-17 und 118 bis Ende, Humboldtstr. 40 bis 71, Saalstrasse, das Reichersche Haus in der Veltener-straße. Wahllokal: Restaurant Otto, Berlinerstr. 113/114.
192. Wahlbezirk. Humboldtstr. 11/13 und 91 bis Ende, Teich-, Veltenerstr. 3, Oranienburger Chaussee, Ziegeleiweg, Haupt-, Kopenhagener- und Plottenstraße, Steegeweg, Schönholzerweg 1-20 und 60, Reibenzgr. 1-28 und 182 bis Ende, Friedrich Wilhelm-, Wilke- und Sonntagstraße. Wahllokal: A. Leders „Schützen-haus“, Reibenzgr. 1/2.
193. Wahlbezirk. Residenzstr. 30-41 und 118-125, Deutsche-, Theater-, Amende- und Raschdorffstraße, Hausotterstr. 25 und 95 bis Ende, Grünerweg 2-11. Wahllokal: Restaurant Sadau, Residenzstr. 124.
194. Wahlbezirk. Residenzstr. 45-80 und 100-116, Park-, Holländer-, Hennigsdorfer- und Waldseeferstraße, Seeferstr. 10, Hansa- und Albert Freitagstraße. Wahllokal: Restaur. „Kaiser Friedrich-Garten“ (Brauns), Residenzstr. 49.
195. Wahlbezirk. Residenzstr. 82-108, Panower Allee, Lette-Allee, Rühlweinstraße, Justusstr. 1-4 und 54 bis Ende, Provinz-straße 14-34 und 106-108, Holz- und Papierstraße. Wahllokal: Turnhalle der 3. Gemeindefschule, Lette-Allee.
196. Wahlbezirk. Provinzstr. 1-13 und 120 bis Ende, Justus-straße 6-51, Seeferstraße mit Ausnahme von Nr. 10, Gesellschafts-, Legit-, Reptun- und Wenzstraße. Wahllokal: Restaur. Solien, Gesellschaftstr. 20.
197. Wahlbezirk. Granaten- und Verlängerte Koloniestraße, Grünerweg mit Ausnahme von 2-11, Hausotterstr. 32-71, Nara-, Kamele- und Winerstraße, Hausotterplatz, Provinzstr. 40-52 und 87/88. Wahllokal: Restaurant Wolfram, Hausotter-straße 43.
198. Wahlbezirk. Provinzstr. 53-56 und 82-86, Bürger-, Hoppe- und Sommerstr. 3-10 und 20 bis Ende. Wahllokal: Restau-rant Schroffeneger, Hoppestr. 10.
199. Wahlbezirk. Provinzstr. 60-81, Sommerstr. 12-17, Ver-längerte Sommerstraße, Herbst-, Nordbahn-, Seebed- und Frühling-straße, Schönholzerweg 29-31. Wahllokal: Restaurant Groß-mann, Provinzstr. 60.

Tegel.

206. Wahlbezirk. Die östliche Seite der Berliner- und Schloß-straße, sowie den ganzen östlich davon gelegenen Ortsteil, sowie Gurtbezirke Schloß Tegel und Tegel Forst (Nord) mit Schulgen-dorf. Wahllokal: Festhalle von Trapp, Bahnhofsstr. 1.
207. Wahlbezirk. Die westliche Seite der Berlinerstraße, die östliche Seite der Treßlowstraße und alle Häuser der Brunow- und Schlieperstraße, die zwischen diesen beiden Straßenlagen ge-legen sind, ferner die westliche Seite der Schloßstraße, Hauptstr. 1 bis 4 und 35-38, Weistr. 1-4 und 40. Wahllokal: Saal des Hamufel'schen Gasthauses, Hauptstr. 6.
208. Wahlbezirk. Die westliche Seite der Treßlowstraße, Haupt-straße 6-8, 30-34, Schulstraße, Schönbergerstr. 1-10 und 61-72, Schlieperstr. 21-25 und 56-63, Brunowstr. 18-23 und 38-43, sowie Gurtbezirkanteil Jungfernheide (Tegeler Forst). Wahl-lokal: Katschaden, Hauptstr. 16.
209. Wahlbezirk. Hauptstr. 11-17a und 24-29, Ufer- und Spandauerstraße, Brunowstr. 24-36, Schlieperstr. 28-55, Weit-straße 12-28, Schönbergerstr. 12-50, Gells-, Charlottenburger-, Bernauer- und Seidelstraße. Wahllokal: Saal des Julius Klippenstein'schen Lokals, Spandauerstr. 4.

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Bekanntmachung betreffend Reichstagswahl.

Der Magistrat erläßt folgende Bekanntmachung: Nach § 15 des Wahlreglements vom 28. April 1903 hat jeder Wähler seinen Stimmzettel in einem amtlichen Umschlage dem Wahlvorstande zu überreichen.

Ordnungsvorschriften!

1. Die zur Stimmabgabe erscheinenden Wähler nehmen einzeln hintereinander nach der Zeitfolge ihres Eintreffens Aufstellung und rücken so allmählich zu der Wahlzelle heran.

2. Eine Ueberfüllung des Wahlraumes, durch welche das ordnungsmäßige Herantreten der Wähler zur Wahlzelle oder das Verlassen des Lokals erschwert werden könnte, muß — insbesondere in der Zeit von 6 bis 7 Uhr — vermieden werden.

3. Den im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung vom Wahlvorsteher gegebenen Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten.

4. Zur schnelleren Auffindung des Wählers in der Liste dient es, wenn derselbe zuerst seine Wohnung und dann den Namen nennt.

5. Jeder Wähler, welcher es ermöglichen kann, abe sein Wahlrecht in den Vormittagsstunden zwischen 10 und 12 Uhr aus.

6. Da nach Vorchrift des Wahlreglements die Abstimmung pünktlich um 7 Uhr für geschlossen zu erklären ist, auch wenn sich noch Wähler im Wahllokale befinden, welche ihre Stimme noch nicht abgegeben haben, so wird dringend empfohlen,

möglichst frühzeitig,

spätestens aber zwischen 6 und 1/2 7 Uhr im Wahllokale zu erscheinen.

Achtung! Verzogene Wähler!

Achtung! Zweiter Wahlkreis! Alle Wähler, welche aus ihrem Wahlbezirk oder nach einem anderen Wahlkreis verzogen sind, sind trotzdem im zweiten Wahlkreise wahlberechtigt, und zwar in dem Wahlbezirk, wo sie früher wohnten.

Der Wert der Kleinarbeit.

Unsere Gegner haben von und gelernt sowohl in Bezug auf Agitation wie Organisation. Längst haben sie erkannt, daß eine tüchtig vorbereitete Kleinarbeit den endlichen Sieg verbürgt, und sie handeln auch danach.

Nichts kann sie verdrängen, immer sind sie zur Stelle, wenn die Partei ruft. Diese Tatsache ist erst wieder während der letzten Wochen in extremer Weise in die Erscheinung getreten.

Um für eine intensive Kleinarbeit die nötigen Kräfte zu gewinnen, empfiehlt die „Post“:

Um die nötigen Kräfte zu gewinnen, wird es aber nicht genügen, Erlaß für bare Auslagen zu gewähren, sondern man wird in zahlreichen Fällen auf die Mitwirkung weiterer Kreise nur dann rechnen können, wenn man außerdem eine angemessene Entschädigung für verlorene Arbeitszeit gewährt.

noch eine Prämie in Aussicht stellt. Dieser Kleinwahldienst ist für den Erfolg angeht die Tatsache, daß nahezu 3 Millionen Wähler sich 1903 der Wahl enthalten haben, noch von weit größerer Bedeutung selbst als die Agitation in Versammlungen und in der Presse.

Die „Freisinnige Zeitung“ wieder scheint nicht besonders erbaud zu sein, daß am 25. Januar verschiedene Berufe feiern und sich viele Arbeiter in den Dienst der sozialdemokratischen Partei stellen.

Sei dem aber wie ihm wolle. Die Tätigkeit unserer Gegner auch auf dem Gebiete der Kleinarbeit ist eine außerordentlich rege.

Wir die kurze Zeit, die uns noch vom Wahltag trennt, in dieser Weise kräftig ausgenutzt, so kann uns der Erfolg nicht fehlen.

Die Bürgermeisterei-Kandidatur im zweiten Wahlkreise

wird von den Freisinnigen in einer für sie recht unglücklichen Weise propagiert. Während unsere Partei in Herrn Reide lediglich den Vertreter einer bestimmten Parteirichtung bekämpft und in diesem Kampfe die Sünden des Freisinn, als dessen Kandidat Herr Reide austritt, an den Pranger stellt, suchen die Freunde der Reide-Kandidatur die Wahl des Herrn Bürgermeisters durch den Hinweis auf seine persönlichen Eigenschaften zu fördern.

Weiter heißt die „Vossische“ hervor, daß der Bürgermeister Reide es war, der im Magistrat auch für Bewilligung von Steuerzuschüssen an Beamte und Arbeiter gestimmt habe.

Die persönlichen Anwürfe der „Vossischen“ gegen den Genossen Fischer berühren und so wenig, wie sie den Genossen Fischer selbst treffen können. Nur einen haarsträubenden Schwindel wollen wir noch festnageln.

Die Sozialdemokraten verweigern, daß ihr Kandidat, der frühere Geschäftsführer des „Vorwärts“ anlassen wurde, nachdem im „Vorwärts“ wegen der Behandlung der Arbeitnehmer eine Palastrevolution gegen Herrn Fischer ausgebrochen war, da die ganze zielbewusste Arbeiterschaft über Herrn Fischer entrüstet war und ein Skandal drohte?

Wie die gegnerische Presse berichtet. Die gegnerische Presse hat über eine von freisinniger Seite einberufene Versammlung, in der Herr Rosenow die Sozialdemokratie zum xten Male todschlug, einen Bericht gebracht, welchem man die große Entstellung und Fälschung auf den ersten Blick ansah.

Der durch alle bürgerlichen Blätter gehende Bericht über die liberale Versammlung am Donnerstagsabend ist in allen wesentlichen Punkten erlogen. Es ist insbesondere eine nichtsnutzige Erfindung, von einer sozialdemokratischen Sprengkolonne zu schreiben.

Als nur hier und da ist aus der Zunahme der Wahlbeteiligung für den Freisinn eine Kleinigkeit abgefallen, in den meisten Fällen hatte er sogar einen Rückgang zu verzeichnen, während der Sozialdemokratie stets ein imponanter Zuwachs anheimfiel.

Feststellung anzudrohen. Nach kurzem Wortwechsel, der zu nichts weiterem führte, sprach der Redner weiter.

Es ist niemand während des Abends aus dem Saale hinausgedrängt worden, auch ist es zu keinen Tätlichkeiten, ja auch nur zu Drohungen mit Tätlichkeiten auf irgend einer Seite gekommen.

In den Wahlkreis gestellt. In der Motorenfabrik „Magnet“, Weissensee, Ledderstr. 16/19, haben die Arbeiter in Stärke von 45 Mann sich den 25. Januar vollständig frei gemacht, um bei der Reichstagswahl helfen zu können.

Dreißer Wahlschwindel der „Post“.

Die schamlose Lügenfabrik der „Post“ arbeitet auch in ihren Nummern vom 19. und 20. Januar in ihren lägerischen Verleumdungen insbesondere gegen den Genossen St a d i h a g e n weiter. Die gewerbmäßigen Verleumder der „Post“ unterschlagen vorsichtig aus unserer Respektation des allernährig feststehenden Sachverhalts alles, was ihre Lügen für jeden, der des Denkens noch nicht völlig sich begeben hat, sofort ausbaden würde;

1. Am 28. Dezember 1892, unmittelbar nach der Zustellung des ehrengerichtlichen Urteils vom 17. November 1892 an ihn veröffentlichte Stadthagen eine Darstellung des Sachverhalts unter örtlicher Anführung des Urteils und der Urteilsgründe des Leipziger Ehrengerichtshofes.

2. Sofort nachdem Stadthagen durch das Urteil Kenntnis von der vom Ehrengerichtshof erhobenen Anklage gegen ihn erlangt hatte, erstattete er bei der Staatsanwaltschaft, wie wir unter dem 17. Dezember wiederholt darlegten, Strafantrag wider sich. Selbstredend hütet sich die „Post“, diese Tatsache und die ferneren ihre Lesern mitzuteilen, daß Stadthagen dann im April 1893 dem Reichstage das Ehrengerichtshofsurteil vorlegte und beantragte, die Genehmigung zur Strafverfolgung gegen ihn zu erteilen, daß der Reichstag diesem Antrage am 26. April 1893 stattgab, und daß die Staatsanwaltschaft sodann ein strafrechtliches Einschreiten ablehnte, weil keine strafbare Gebührenhebung vorliege.

3. Stadthagen veröffentlichte im „Vorwärts“ die Bescheide, erhob erneut den Vorwurf betwahrter Rechtsbeugung gegen die richterlichen Mitglieder des Ehrengerichtshofes und bat, wegen dieses Vorwurfs Anklage zu erheben, um ihm Gelegenheit zu geben, in öffentlicher Verhandlung den Vorwurf vor Gericht zu beweisen.

4. In öffentlichen Versammlungen hat Stadthagen das Urteil vollständig zur Verlesung gebracht und den Sachverhalt dargestellt.

5. Als bei der Wahl 1903 Zuhälter der „Post“ ähnliche Lügen wie diese verbreiteten, wurde Klarstellung des Sachverhalts durch ein Flugblatt vorgenommen.

Freisinn und Reaktion.

Das „Berl. Tageblatt“ stellt eine Berechnung darüber auf, welche Wahlbeteiligung in Berlin und Teltow-Beeskow notwendig sei, um der Sozialdemokratie erfolgreich gegenüberzutreten zu können, und kommt zu dem Ergebnis, daß die bürgerlichen Parteien nur im vierten Wahlkreise gleich null seien, weil bekanntlich nur dort mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten — 60 Proz. — sozialdemokratisch gestimmt haben.

Das ganze ist ja eine echte Milchmädchenrechnung, weil einfach angenommen wird, daß alle Wähler, die 1903 der Wahlurne fernblieben, Gegner der Sozialdemokratie sind — eine geradezu kindische Annahme, wenn man bedenkt, daß in allen Fällen bisher eine Zunahme der Wahlbeteiligung hauptsächlich der Sozialdemokratie zu gute gekommen ist.

Table with 4 columns: Kreis, Jahr, Wahlbeteiligung, Sozialdem. Freisinnige Stimmen (im ersten Wahlgange). Rows include Kreis 1-6 and Teltow-Beeskow for years 1898 and 1903.

Also nur hier und da ist aus der Zunahme der Wahlbeteiligung für den Freisinn eine Kleinigkeit abgefallen, in den meisten Fällen hatte er sogar einen Rückgang zu verzeichnen, während der Sozialdemokratie stets ein imponanter Zuwachs anheimfiel.

und 6. Kreise würde es ja, so weit sich aus den bisherigen Zahlen schließen läßt, der freisinnige Kandidat sein, der in Betracht käme, wenn es überhaupt zur Stichwahl kommen sollte, keineswegs aber im 6. und in Teltow-Weeslow. Im sechsten Kreise hatte 1903 der Freisinnsmann 14146 Stimmen, der Antifemite dagegen 14813; und gar Teltow-Weeslow brachte 1903 nur 11711 freisinnige und 36703 konservative Stimmen auf. Wobei zu bedenken ist, daß gerade auf Teltow-Weeslow sich die bürgerlichen Parteien diesmal ernstliche Hoffnungen machen. Das Verhalten des Freisinnigen läuft also darauf hinaus, den Sozialdemokraten wichtige Wahlkreise abzugeben, um sie den Konservativen, der Reaktion in den Schoß zu werfen.

Unsere Genossen ersehen auch hieraus, daß die Freisinnigen nichts weiter mehr sind als eine Schutztruppe der Reaktion. Es gilt, durch eine gewaltige Stimmenzahl gleich im ersten Wahlgang den Sieg zu erringen und dadurch alle solche reaktionären Hoffnungen zu vereiteln.

Am Sonntag vor der Entscheidungsschlacht.

Am Jahrestag des „roten Sonntags“ wurden in mehreren Wahlkreisen von unseren Genossen große Wählerversammlungen veranstaltet, so für den ersten Kreis im Feenpalast an der Burgstraße, für den dritten Kreis bei Duggenhagen am Moritzplatz, für den fünften Kreis im Hotel Alexanderplatz, für den sechsten Kreis im Berliner Prater. Der Besuch der Versammlungen war überall so stark, daß die Polizei die Lokale absperrete.

Im dritten Kreise begann der große Saal von Duggenhagen schon vor 11 Uhr sich zu füllen, und bei Beginn der Versammlung um 12 Uhr war er bis auf den letzten Platz besetzt. Diesen Kreis, den wir bei den Wahlen von 1903 bereits ohne Stichwahl behaupteten, glaubt der Freisinn und diesmal in heißem Ringen wieder entreißen zu können. Die Wählermassen, die am Sonntag in den Vormittagsstunden nach dem Versammlungsort wanderten, werden dem Freisinn gezeigt haben, daß in Berlin III unter der sozialdemokratischen Wählererschaft jene freudige Kampfesstimmung herrscht, die den Erfolg verbürgt. Im ersten und im fünften Kreise fanden schon von 10 Uhr ab die Besucher sich ein. In ununterbrochenem Zuge rückten die Arbeiterbataillone an, sodas für beide Lokale die Abspernung schon vor 11 Uhr eintreten mußte, obwohl auch hier der Beginn der Versammlung erst auf 12 Uhr festgesetzt war. Auf beide Kreise verwendet der Freisinn seine ganze Kraft. Den fünften, aus dem wir bei den vorigen Reichstagswahlen zugleich im ersten kraftvollen Ansturm den Freisinn hinauswarfen, will der geschlagene Gegner mit wiedergelassener Streitmacht zurückerobern. Nach dem ersten Kreise, der schon vor drei Jahren nur mit knapper Not noch vom Freisinn behauptet werden konnte, bilden die Augen von ganz Berlin. Wird diese letzte Freisinnsoffensive der Haupt- und Residenzstadt diesmal fallen? Die maßgebliche Kundgebung, zu der in beiden Kreisen die Versammlungen sich gestalteten, berechtigt zu der Hoffnung, daß am 25. Januar zu dem erneuten Sieg in Berlin V auch die endliche Eroberung von Berlin I sich gesellen wird.

Der Massenandrang besonders zu diesen Versammlungen hatte das Straßenbild stark beeinflusst. Tausende, die keinen Einlaß mehr gefunden hatten, standen vor dem Hotel Alexanderplatz wie in der Umgebung des Feenpalastes. Und die Tausende warteten bis lange nach Beginn der Versammlungen, ob nicht doch noch eine Gelegenheit hincinzukommen sich bieten würde. So mancher äußerte seine Verwunderung darüber, daß „schon so früh abgesperrt worden sei“, so mancher sprach die Vermutung aus, da drinnen „müsse doch noch Platz sein.“ Ach, ihr wüßtet nicht, wie es da drinnen aussah. Kopf an Kopf saßen sie, Schulter an Schulter standen sie — die Scharen, die gekommen waren, den anfeuernden Worten des Redners zu lauschen. Der Innenraum des Feenpalastes war besetzt bis hinauf unter das Dach. Unten im Saale wie oben auf den Galerien schien kein Stein mehr möglich und auch kein Raum. Der Saal des Hotels Alexanderplatz war durch Hinzunahme der Nebenräume erweitert worden. Dort hinten standen die zuletzt gekommenen auf Stühlen, auf Kisten — ja Tische waren auf Tische gestellt und hoch oben throneten die Zuhörer. Und draußen harrete eine gleich große Menge stundenlang aus in der Hoffnung, daß später noch ein Einlaß gewährt werde. Aber die starken Polizeiaufgebote blieben auf ihrem Posten bis zum Schluß der Versammlungen und wichen nicht von den gesperrten Türen. Bis zum Schluß hielten sie von den Straßentreden vor den Versammlungsorten allen Verkehr fern und jede Annäherung, damit es nicht doch noch dem einen oder dem anderen gelänge, hincinzuschlüpfen. Eine halbe Stunde nach Schluß der Versammlung trat die Polizei dann noch einmal aggressiv in Aktion. Tausende von Menschen warteten vor dem Hotel noch auf das Erscheinen des Genossen Bebel, der das Lokal durch eine Seitentür verlassen hatte. Als die Menge absolut nicht weichen wollte, schwärmten auf persönliche Anordnung des Herrn v. Friedheim etwa 60 Schupsteine aus, die dann das Publikum auseinandertreiben.

Am gründlichsten wurde in der Umgebung des Feenpalastes der Verkehr „abgeleitet“. Den ganzen Vormittag blieb dieses Lokal, nachdem der Saal sich rasch gefüllt hatte, von einem Schutzmannsheer umzingelt, das beide Zugangsstraßen, die Burgstraße und auch die Poststraße, gesperrt hielt. Hinaus hätten sie jeden gelassen, aber niemand durfte hinein. In der Kaiser Wilhelmstraße stauten sich die Massen, und sie stuteten heran bis an die Kaiser Wilhelmbrücke. Abgesperrt war zeitweise auch die Brücke und sogar nach beiden Richtungen. Niemand konnte vom Lustgarten herüber nach der Kaiser Wilhelmstraße, niemand von der Kaiser Wilhelmstraße hinüber nach dem Lustgarten. Was war der Grund der doppelten „Verkehrsablenkung“? Haben standen die sozialdemokratischen Arbeiter, drüben standen hurra-patriotische Gassen! Denn im Königsschloß am Lustgarten, dessen übrige Zugänge um diese Zeit sämtlich offen gehalten wurden, feierte man das Ordensfest. So schied die Polizei fürsorglich das Haben von dem Drüben. Als im Feenpalast die Versammlung zu Ende war, bot sich dem Strom der heimwärts wandernden Arbeiter auch in der Burgstraße und in der Kaiser Wilhelmstraße noch je eine Kette aus Schutzleuten, so daß die Brücke jetzt dreifach „gesichert“ war. Auch die Friedrichsbrücke wurde jetzt besetzt, um zu verhindern, daß etwa die „Roten“ nach dem Lustgarten, dessen übrige Zugänge immer noch offen waren, hindüberkämen. Sie marschierten lachend vorüber: ohnedies hätte keiner von ihnen nach drüben sich hingezogen gefühlt.

Wählerversammlungen.

Erster Wahlkreis.

Heute, Dienstag, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr, findet eine Wählerversammlung statt. Näheres heutiges Inserat.

Zweiter Wahlkreis.

Am Dienstag, den 22. d. Mts., findet eine Wählerversammlung in der Kochbrauerei, Kempelhofer Berg; am Mittwoch, den 23. Januar, in der „Victoria-Brauerei“, Lützowstr. 112. „Hoflager-Palast“, Hasenheide 52/53, „Gießings Gesellschaftshaus“, Wassertorstraße 68, statt. Zahlreichen Besuch erwartet.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Dritter Wahlkreis.

Heute abend 8 1/2 Uhr finden zwei Wählerversammlungen statt und zwar in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, und im Deutschen Hof, Ludowikstr. 15. Der Kandidat des Kreises Wolfgang Heine und Albrecht Kalle sprechen über: „Die Wahlen und die bürgerlichen Parteien“.

Wählerversammlungen.

Erster Wahlkreis.

Das war eine Massenversammlung im buchstäblichen Sinne des Wortes, die am Sonntag im Palais-Theater abgehalten wurde. Das Versammlungsort hatte diesmal so groß sein müssen, wenn es allen, die am Sonntag gekommen waren, Raum bieten sollte.

Um 12 Uhr betrat Genosse Singer, der hier das Referat übernommen hatte, in Begleitung unseres Genossen Arons den Saal. Mit stürmischem Applaus wurden sie begrüßt. Genosse Singer leitete seine Rede mit dem Ausdruck froher Siegeszuversicht ein. Er sagte, wenn ich nach der Stimmung urteile, die ich auf meinen Agitationsreisen im Lande kennen gelernt habe, und nach der Stimmung, die auch die Berliner Genossen befeelt, dann ist es mir nicht zweifelhaft, daß der 25. Januar ein Siegestag für die Sozialdemokratie sein wird. An diesem Tage muß eine Generalabrechnung gehalten werden mit den Vortwühlern, mit denen, die das Geld der Steuerzahler in den Sandwüsten Afrikas verstreuen, und mit denen, die das Volk's Rechte zu verkümmern trachten. Durch millionenfache Abgabe sozialdemokratischer Stimmen muß das deutsche Volk mit der Regierung abrechnen. (Stürmischer Beifall.) Der Redner unterzog nun die Parteien und Kandidaten, welche im ersten Wahlkreise um den Sieg ringen, einer kritischen Würdigung. Herr Damaskos vertritt als Vordenkener eine Forderung, die ja nur ein Teil des sozialdemokratischen Programms ist und die innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erfüllt werden wird. Die Eigenbrödelei Damaskos kam nur den Wahlkampf gegen die rechtsstehenden Parteien erschweren. Die Mittelstandskandidatur Stockmann ist so nebensächlich, daß man darüber nicht viel reden braucht. Auch die Angehörigen des Mittelstandes, wenn sie ihre Interessen recht verstehen, müßten sich eher der Sozialdemokratie zuwenden als einer Partei, welche glaubt, daß mit allerlei Quacksalbereien die wirtschaftliche Entwicklung aufgehalten werden kann! Und nun der Freisinn, unser Hauptgegner in diesem Wahlkreise. Früher hieß es, Deutschlands Zukunft liege auf dem Wasser. Der Freisinn hat sich denen angeschlossen, welche jetzt meinen, daß Deutschlands Zukunft in den Sandwüsten Afrikas liegt. — Der Redner besprach nun in großen Zügen Deutschlands Kolonialpolitik, zeigte deren Schäden auf, ließ der Dornburgischen Kolonialreflexe und dem Wilsohnschen Silberbrief eine kritische Würdigung zuteil werden und gab unter großem Beifall der Erwartung Ausdruck, daß der Afrikaablaß der Konservativen und Liberalen zerfallen werde an dem Granitfelsen des Volkswillens. Noch ist in der sozialdemokratischen Hochburg Berlin eine Lücke, der erste Kreis. Sorgen Sie dafür, daß diese Lücke geschlossen wird und daß es am Abend des Wahltages heißt: Ganz Berlin gehört der Sozialdemokratie, das Siegreiche rote Banner der Sozialdemokratie weht über ganz Berlin. (Stürmischer Beifall.)

Als zweiter Redner erhielt Genosse Arons das Wort. An einigen Beispielen aus der preussischen wie aus der deutschen Politik kennzeichnete er die Freisinnigen als eine Partei, die noch bei keiner Gelegenheit mit Entschiedenheit für die Rechte des Volkes eingetreten ist. Der freisinnige Herr Rosenow räumte sich ja kürzlich, daß er im dritten Berliner Landtagswahlkreise über unseren Genossen Bebel gestimmt habe. Diese Handlungsweise Rosenows gleicht der eines ungelegenen Jungen, der eine wohlverdiente Tracht Prügel bekommen hat, sich hinter eine Mauer flüchtet und dem, der ihn geprügelt hat, die Fingerringe herausschleudert. Das preussische Dreiklassenwahlrecht ist die Mauer, hinter der nicht nur Herr Rosenow die Fingerringe herausschleudert, es ist auch die Mauer, in deren Schutz der Freisinn seine Landtagsmandate gewann. Der Freisinn wird deshalb das Dreiklassenwahlrecht nicht aufgeben. Für sein Verhalten bei der Landtagswahl rechnen wir mit dem Freisinn bei der Reichstagswahl ab. — Den Protest, den die Wähler dadurch gegen die Regierung ausprechen, daß sie den ersten Kreis für die Sozialdemokratie erobern, wird man überall verstehen, auch im Königsschloß; denn solch ein Protest redet deutlicher wie Zeitungserichte. Also auf zur Wahl, auf zum Siege der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem richtete der Vorsitzende Genosse Doppel noch einige aufmunternde Worte an die Versammlung, die unter brausenden Hochrufen auf die Sozialdemokratie endete.

Dritter Wahlkreis.

Die Versammlung bei Duggenhagen war außerordentlich stark besucht. Als Genosse Heine den Saal betrat, wurde er mit Händeklatschen empfangen. Eine große Stille verbreitete sich, als er seine Rede begann, die oft durch Beifall unterbrochen wurde. Er meinte, es würde schwierig sein, Tag für Tag neuen und interessanten Redestoff zu finden, wenn die Gegner nicht immer bereit wären, hilfreiche Hand dazu zu bieten. So hat die jüngste Theatervorstellung mit Offen, die Wilsohns für 15 R. Eintritt veranstaltete, wieder reichlich dazu beigetragen. Wilsohn behauptet, daß Dornburg das Vertrauen in den Wert unserer Kolonien wieder hergestellt habe. Das ist viel gesagt. Man erinnert sich der Reden Dornburgs vor den Professoren und vor den Kaufleuten. Leicht war es, die ersteren, die der Redner mit politischen Kindern vergleicht, breitzuschlagen und zu begeistern, während die Kaufleute, die zu rechnen verstehen, schwerer zu täuschen waren. Wenn die Kaufmannschaft auf Dornburgs trostlose Hoffnungen setzt, so könne sie sich leicht ebenso verrechnen wie mit dem Banddirektor Riquel, der dem Handel schwere Bunden schlug und sich den Agrariern mit Haut und Haar verkaufte. Der Redner unterzieht Dornburgs Reden einer längeren, scharfen Kritik und kommt dann auf Wilsohns Rede zurück, die er in allen wichtigen Punkten durchgeht. Er erklärt, daß es sich entgegen allen anderen Auslegungen bei dieser Wahl um eine Machfrage zwischen Parlament und Regierung handele und es gelte, einen wichtigen Protest gegen persönliche Eingriffe, gegen die Schmälerung der so wichtigen Volksrechte zu erheben. Der Kampf gegen das Zentrum ist Spiegelbilderei, denn man kann in Preußen-Deutschland den Zentrumsggeist nicht entbehren. Einen ehrlichen Kampf gegen das Zentrum führt nur die Sozialdemokratie. Ein scharfer Protest muß in dieser Wahl auch gegen den Volksverrat der Freisinnigen erhoben werden, die ein Bündnis mit den Konservativen eingehen, die sogar mit den Antisemiten paktieren. Wir müssen sehr auf der Wacht sein, daß wir so wenig wie möglich die erwünschte Gelegenheit geben, bei der Stichwahl alle Stimmen gegen uns zu vereinen. Am 25. Januar ist die Hauptschlacht; wir dürfen nicht erst mit der Möglichkeit von Stichwahlen rechnen, sondern alle Kräfte müssen angepannt werden, um am 25. Januar unserer Partei einen Tag des Triumphes zu bereiten! —

Wie ein „gefundenes Fressen“ begrüßte es die Versammlung, als sich zur Diskussion der Rechtsanwalt Bredered meldete und sich als Kandidat der Konservativen und Antisemiten vorstellte. Er beweihte zuerst unseren Genossen Heine als einen „verlorenen Sohn“, auf den sogar die Antisemiten einst Hoffnungen gesetzt hätten, aber schließlich enttäuscht wurden. Dann erklärte er lähn, er habe den Eindruck gehabt, als wäre Heine von einem reißenden Frischschoppen nach der Versammlung gekommen, um hier gute Wege zu machen. Mit Wärme nahm er sich der Kolonien an und fand es sehr merkwürdig, daß die Sozialdemokraten auf Seiten der Schwarzen in Afrika stehen und auspassen, daß denen kein Unrecht geschieht, und sie seien doch sonst nicht so zahm und mild, wenn es z. B. im Vaterlande gegen die braven Arbeitwilligen geht. Für die Kolonialpolitik müßten die Arbeiter kein Geld aufbringen, aber für Bier, Schnaps und Zigaretten ist immer Geld da! Wenn die sozialdemokratische Partei Anträge zugunsten der Arbeiter im Parlamente stellt, so geschieht es nur der Agitation wegen; ebensogut könnte sie eines schönen Tages beantragen, daß jedem Bürger 100 R. ausgezahlt würden. (1) Tief beklagt der Redner den Mangel an Patriotismus

unter deutschen Sozialdemokraten, so tief seien selbst französische und englische Sozialisten nie gesunken. Dann zog er noch gegen Bebel vom Leder und hoffte, daß schwarzweißrot über rot am 25. Januar vom Leber werde. Sollte es zu einer Stichwahl kommen, dann würden Konervative und Antisemiten selbstverständlich Mann für Mann für Rosenow eintreten, um Heine zu schlagen.

Daß es während dieser Rede öfter zu Tumulten kam, war leicht erklärlich, denn nicht jeder konnte diese Ausfälle kaltblütig anhören; trotzdem wurde die Ruhe immer wieder hergestellt.

Die gelassene, sachliche Abwehr Heines, der den Spieß stets umkehren verstand, machte einen guten Eindruck. Was den „Frühschoppen“ anbelangt, so meinte Heine, daß er gerade von der Letztüre der Rede des Fürsten Bülow kam.

Es entstand ein kleiner Tumult im Saale, denn Herr Bredered hatte es bloßlich eilig, um nach den Kirchentwahlen zu gehen. Das mißfiel den Versammelten und einige nannten es feige. Da überfiel den Kandidaten der Ordnungspartei eine furchtbare Angst und in seiner Hergensnot schrie er mit schriller Stimme: „Herr Kollege Heine, ich bitte Sie, mich zu schützen!“ Heine bat ihn sofort, nach der Tribüne zu kommen und nahm den aufgeregten Herrn unter seine Fittige, natürlich ganz überflüssigerweise, denn es dachte niemand daran, Herrn Bredered zu nahe zu treten. Heine ließ dann seinem Gegner die nötige Belehrung zuteil werden und lärtete ihn über viele Irrtümer auf, zum Beispiel über den Vorwurf, daß die Sozialdemokraten ihr Vaterland nicht lieben. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Uns liegt am meisten daran, daß unser Vaterland an der Spitze der Kulturländer marschiere! Wir empfinden es als eine nationale Schande, daß der Deutsche ein untertäniger Diener und kein freier Mann ist. Man will in Deutschland einen verhehlerten Absolutismus einführen und dagegen tritt die Sozialdemokratie energisch auf. — Unter einem Beifallssturm schloß Heine seine Rede und mit Hochrufen auf die Partei gingen die Versammelten auseinander.

Fünfter Wahlkreis.

Zu einer großen Demonstration wurde auch die Wählerversammlung für den fünften Wahlkreis, die zu Sonntag nach dem Grand Hotel Alexanderplatz einberufen worden war. Schon früh erschienen die ersten Teilnehmer. Um 11 Uhr sperrte die Polizei wegen Überfüllung. Der Strom der Heranziehenden wuchs aber gerade jetzt noch gewaltig. Tausende stauten sich an. Ein Heer von Polizei, zu Fuß und zu Pferde, drängte die Massen ab nach der andern Seite. Viele gingen, neue kamen. Drüben der Platz um die Verlosina war schwarz von Menschen. Ein bewegtes Bild von starkem Eindruck, aus dem nicht gerade harmonisch die Gelmspitzen hervorstachen.

Im Saale wanderten schon Stunden vor Beginn die Tische über die Köpfe, um Raum zu schaffen. Viele Stühle folgten ihnen. Befüllt bis in die letzten Winkel aller anschließenden Nebenräume ist das Lokal. Kopf an Kopf gedrängt harren mehr als 2500 Menschen des Moments, wo nach der Versammlungsbereitstellung begonnen werden darf.

Kurz vor 12 Uhr erscheint August Bebel auf der Rednertribüne. Mit stürmischem Jubel wird er begrüßt. Sein Referat leitet er ein mit einem Hinweis darauf, daß die einzige Partei, die im verflochtenen Reichstag die Auflösung mit demotivierenden Applaus begrüßt habe, die sozialdemokratische gewesen sei. Das müsse ausdrücklich hervorgehoben werden gegenüber den läugerischen Behauptungen in den bürgerlichen Blättern. Wir forderten ja zweijährige Wahlperioden. Das Volk solle möglichst häufig seine Meinung darüber kund geben können, wie es die Politik behandelt wissen wolle. Die Regierung und ihre Beamten müßten sich überhaupt bemüht werden, daß sie nicht die Herren des Volkes, sondern seine Diener seien. Es folgte eine glänzende Kritik der Zweimeihrentheorie des großen Bernhard und anderer Bülowianen, wobei Redner unter lebhaftesten Beifallsbezeugungen auch gründlich aufräumte mit der Brosche von den „nationalen Fragen“. Unter anderem zeigte er auch, daß Bülow als ein „Gefangener der Konservativen und Agrarier“ das von dem, Johannesrieder spürenden Freisinn erwartete liberale Programm gar nicht haben könne, weil es seiner Herrschaft sofort ein Ende machen würde. — Ueberhaupt der Freisinn! In einem Flugblatte, das die Freisinnigen in den nächsten Tagen verbreiten wollen (große Heiterkeit), sagten sie, die Sozialdemokraten trüben fast ausschließlich alle liberalen Forderungen auf. Ja, wer verbiete es denn dem Freisinn, seine alten Forderungen selber noch heute aufzuführen? Da der Freisinn es unterlasse, seine alten demokratischen Forderungen durchsetzen zu helfen, so zwingt er die Sozialdemokratie, die Fahne, die er in seiner Freiheit in den Sumpf geworden habe, wieder aufzuheben und wieder zu Ehren zu bringen. (Stürmischer Beifall.)

Die politische Herabgekommenheit des Freisinnigen erweist Redner, oft von großem Beifall begleitet, an der Hand vieler Beispiele. Taran knüpfte er eine eingehende Darstellung und scharfe kritische Würdigung der deutschen Kolonialpolitik, ihrer Auswüchse, der neuesten Kolonialmärchen, der famosen deutschen Weltpolitik und ihres Prestos, sowie der Steuer- und Zollpolitik, die aufs ungeheuerlichste die Arbeiter und Kleinrentner belasten. Bei allen diesen Erörterungen gaben die Versammelten durch getadete demonstrativen Beifall ihre Einverständnis mit ihm zu erkennen. Erschütternd wirkte seine grandiose Darstellung der Katastrophe, die bei einem Weltkriege hereinbrechen würde. Allerdings würden die Völker die Frage stellen: Für wen? Wozu? (donnernd anhaltender Beifall). Wir müßten indessen alles tun, solche Katastrophe zu vermeiden. Unendlich mehr, wie alle Völker zusammen, habe die Sozialdemokratie schon getan für die Verwirklichung des schönen Grundgesetzes des Christentums, daß Alle Schwestern und Brüder sein sollten. (Stürmische Zustimmung.) Redner kommt auch auf das angebliche schwarz-rote Bündnis zu sprechen. Wo die Sozialdemokratie mit den Nationalliberalen in Stichwahl sei, da könne das Zentrum in der gegebenen Situation gar nicht anders, als den Sozialdemokraten wählen. Und wo das Zentrum mit dem Nationalliberalen oder Konservativen in Stichwahl komme, so würden die Sozialdemokraten das Zentrum bevorzugen. Das sei kein Bündnis, das sei Rotwehrl! Denn wir wollten doch eine Mehrheit bilden gegen Bülow. Wir wollten ja, was er nicht wolle. — In lapidaren Strichen zeichnete Genosse Bebel noch den Gang der kapitalistischen Entwicklung und das große Endziel der Sozialdemokratie, um dann nach etwa 15-minütiger Rede mit flammenden Worten zum Wahlkampf aufzufahren: Keine Ruh bei Tag und Nacht! Auf zum Kampf! Auf zum Sieg! (Minutenlanges, brausendes Beifall.) Zur Diskussion meldete sich niemand. Der Vorsitzende, Genosse Weis schloß nach einigen schlagkräftigen Worten gegen die von den Freisinnigen ausgetretenen Verleumdungen die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Versammelten begeistert einstimmten. Mit Hochs auf August Bebel und den Kandidaten Robert Schmidt trennte man sich. Die Polizeimacht draußen betrat nur, daß der Ausmarsch der Wähler noch mehr Aufsehen machte, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Sechster Wahlkreis.

Der große Theateraal des „Berliner Prater“ war am Sonntagmittag dicht besetzt von Männern und Frauen, die dem Vortrage des Genossen Bebel aufmerksam zuhörten und durch Zwischenrufe und andere Beifallsäußerungen ihre Zustimmung zu den treffenden Worten des Redners, wie ihre Begeisterung für den Wahlkampf und ihre Entrüstung über das Verhalten der reaktionären Parteien und der Regierung kundgaben. Mit kräftigen Worten geißelte der Redner die der Arbeiterchaft wie jeden ehrlichen Fortschritt feindliche Politik und verheißte auch nicht, auf die neueste Leistung Bülow's einzugehen, indem er unter anderem bemerkte, der Reichstangler möchte doch mal in eine Volksversammlung kommen, statt aus dem sicheren Versteck bei den Leuten vom 15 R. Diner seine der Wahrheit hochsprühenden Angriffe gegen die Sozialdemokratie zu richten. — Nach dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag meldeten sich Gegner nicht zur Diskussion, wohl aber einige Genossen und die Genossin Frau Dohse, die in eindringlichen Worten die Arbeits- und Kampflust anfeuernten. Ebenso wirkten auch die Liedervorträge, womit der Gesangverein „Verche“ zu Beginn wie am Schluß der Versammlung die Anwesenden erheiterte.

Kreis Teltow.

Der Freisinn als „Puffer“.

Im Wahlkreis Teltow-Beesdow-Storkow-Charlottenburg wird von den Freisinnigen für ihren Wahlkandidaten Schulrat Neufert Tag für Tag durch Versammlungen agitiert. Am Sonntag wurde in Schöneberg eine Versammlung freisinniger Wähler abgehalten, aber Herr Neufert war diesmal ausgeschlossen. Die erschienenen Wähler wurden durch den Schöneberger Stadtverordneten Rechtsanwalt Gottschall unterhalten. Herr Gottschall verteidigte gegen die Nationalliberalen, die in diesem Wahlkreis nicht zur Freisinnigen Volkspartei, sondern zu den Konservativen sich hingezogen fühlen. In Berlin ist den Nationalliberalen alles verziehen, alldemselben sie hier der Freisinnigen Volkspartei helfen wollen. Der Kampf gegen die Konservativen, den der Freisinn führt, hat überall nur die Bedeutung eines Scheingekochts. Auch im Wahlkreis Teltow-Beesdow-Storkow-Charlottenburg ist das nicht anders, trotz allen Getüsches des Herrn Neufert und seiner Freunde. Auch hier wird nur der Kampf gegen die Sozialdemokratie vom Freisinn wie von den Konservativen ernst gemeint.

Herr Gottschall führte diesen Kampf am Sonntag mit den bekannten Waffen. Auch seiner Weisheit letzter Schluss war der, daß die neue Gesellschaftsordnung, die von der Sozialdemokratie angestrebt wird, ein Nachhausekommen sei. Ihm gilt es als ein „Glück für Deutschland“, daß es noch einen Liberalismus gebe, der zwischen Junkertum und Sozialdemokratie gestellt sei. Sonst beläme, so meint er, das deutsche Volk in der Tat noch den „großen Kladderadatsch“. Hieraus haben wir wohl den Freisinn als eine Art Puffervorrichtung zu betrachten. Das Bild wäre insofern nicht ganz unrichtig, als den Wählern dabei einfallen kann, daß dem „Puffer“ Freisinn das Schicksal beschieden ist, in nicht zu ferner Zeit zerplittert und zermalmt zu werden. In der Diskussion wurde von einem der anwesenden Sozialdemokraten (die dem Gegner wieder mal den Saal füllen geholfen hatten) auseinandergesetzt, daß der Freisinn durch sein schamloses Doppelspiel, durch vollstretterische Liebedienerei für die Konservativen es längst verdient hat, daß das werktätige Volk ihm den völligen Untergang bereitet.

Eine Rieserversammlung, einberufen von den Parteigenossen Hildorf, tagte am Freitagabend in der Neuen Welt. Etwa 6000 Personen, darunter viele Frauen waren herbeigeeilt, um einem Vortrage des Genossen Richard Fischer zu lauschen. Bereits um 8 Uhr wurde der Riesensaal abgesperrt. Mit der im Vordergrund des Interesses stehenden Kolonialpolitik der Regierung und der bürgerlichen Parteien leitete Genosse Fischer seinen Vortrag ein. Bei der Auflösung des Reichstages, betonte der Redner, habe die Regierung erklärt, der Kampf in Südwestafrika dauere fort und sei sehr schwer, acht Tage nach der Auflösung erklärte sie den Kampf für beendet. Seit dieser Zeit ist die Parole ausgegeben worden, der Sozialdemokratie und dem Zentrum den Krieg zu erklären, weil diese die Mittel für die Fortführung des Krieges verweigerten. Es handle sich indes im neuen Reichstage nicht nur um die Mehrbewilligung von Geldern für Südwestafrika, sondern, wie die Konservativen bereits ausgeplaudert haben, um Neubewilligungen für Frotzenbauten, da Deutschland ja bekanntlich die größte Seemacht Europas werden will. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen unterzog Redner die Kandidatur des Herrn Bobbin einer kritischen Beleuchtung. Es sei geradezu unbegreiflich, wie ein Mann, der in einer Stadt wohne, wo das Elend der Arbeiterklasse stark zu Hause ist, sich als Förderer und Vertreter konservativer Bestrebungen gebrauchen läßt. Derselbe Mann, der die Interpellation gegen die Fleischsteuerung mit unterzeichnete, stellt sich jetzt einer Partei zur Verfügung, die die Ausbeutung und Rechtslosmachung der Arbeiterklasse in der schamlosesten Weise betreibt. Nachdem der Referent die die Arbeiterklasse so schwer belastenden indirekten und direkten Steuern beleuchtet, unterzog er noch Deutschland, angeblich das Land der Arbeiterwohlthat und Fürsorge, einer vernichtenden Kritik. Mit einem flammenden Appell an die Versammelten, unermüdet für die Organisation und sozialistische Presse zu agitieren und am 25. Januar dem bisherigen Vertreter Fritz Jubel zum glänzenden Siege zu verhelfen, schloß Redner unter stürmischem lang anhaltenden Beifall seinen Vortrag. Der Vorsitzende erklärte hierauf, daß der Kandidat, Herr Oberbürgermeister Bobbin zu der Versammlung schriftlich eingeladen war und ihm auch volle Redefreiheit zugesichert worden ist; er habe aber abgelehnt, da er am Erscheinen verhindert sei. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Genosse Böcke kennzeichnete noch die Kandidatur der Reichswehrpartei mit treffenden Worten. Auch betonte er, daß sogar Schulkindern zum Einladen in konservativen Versammlungen verwendet werden. Mit Hochrufen auf die Partei schloß die imposante Versammlung.

Wilmersdorf. Die am Sonntagnachmittag im „Luisenpark“ abgehaltene Wählerversammlung war schon lange vor Beginn derselben überfüllt. Der Referent, Genosse Jubel, wurde bei seinem Erscheinen im Saale von der Versammlung lebhaft begrüßt. Alsdann beleuchtete er in zweistündigem Vortrage die allgemeine politische Situation. Er führte der Versammlung vor Augen, welche kolossale Lasten dem deutschen Volke, insbesondere der arbeitenden Bevölkerung immer mehr und mehr aufgebürdet würden und wie wenig Rechte dieselbe in Preußen-Deutschland hat; dessen ungeachtet seien unsere reaktionären Parteien bestrebt, das Volk um diese wenigen Rechte zu betrügen. Die Nichtbewilligung der lumpigen 9 Millionen für die Kolonien könne durchaus nicht der Grund sein, weshalb man „die Hände nach Hause gejagt habe“, habe doch die Regierung schon weit größere Summen ohne die Bewilligung des Reichstages ausgegeben und es ist ihr gornicht eingefallen, denselben aufzulösen. Appelliere nun aber der Monarch an das Urteil des Volkes, so müsse dieses eine Antwort geben, die der Regierung zeige, daß die überwiegende Mehrheit des Volkes mit dieser unerlösten Weltmacht, Kolonial- und Frotzenpolitik durchaus nicht einverstanden sei. Dies könne aber nur geschehen durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels, da auf die bürgerlichen Parteien aller Schattierungen, von den Konservativen bis zu den Freisinnigen absolut kein Verlaß sei. Am Schluß forderte Redner die Anwesenden auf, Mann für Mann am 25. d. M. ihr Wahlrecht auszuüben, die Gegner aber, seine Ausführungen und Angaben zu widerlegen. Zur Diskussion meldete sich, trotz der Aufforderung des Vorsitzenden, kein Gegner zum Wort. Die Genossinnen Tölle und Widert forderten die zahlreichen erschienenen Frauen auf sich eifrig an der Wahlarbeit mit den Männern zu beteiligen. Wenn auch die Frauen rechtlos seien, so sind sie doch nicht machtlos und diese Macht sollen sie zu gebrauchen suchen. Mit einem dringenden Appell an die Versammelten, am 25. ihre Pflicht zu tun und an die Genossen, sich am Wahltag der Partei zur Verfügung zu stellen, schloß der Vorsitzende Genosse Kiefer die Versammlung.

Köpenick. Totgeschlagen wurde die Sozialdemokratie am Sonntagabend in der nationalen Wählerversammlung von dem Landtagsabgeordneten Hammer. Trotzdem die deutschen Handlungsgeschäften in den hiesigen Lokalblätter zum Besuch der Versammlung aufgefordert waren, hatten sich doch nur 120 bis 130 Teilnehmer eingefunden. Unter diesen befanden sich eine große Anzahl Parteigenossen sowie freisinnige Anhänger. Hammer zog in einleitender Rede über die Sozialdemokraten her. „Vorwärts“-konflikt, Reghäuserangelegenheit, niedrige Bezahlung der Angehörigen in den Konsumvereinen, alles schwirrte durcheinander. Nachdem Herr Hammer nunmehr die Kandidatur Bobbin empfohlen, sagte er: „Wenn Sie den nicht wählen, sind Sie ein bewusster Gegner des heutigen Staates!“ Allgemeines Entsetzen der Liberalen war das Echo dieses Ausspruchs. „Jeder Nichtwähler ist ebenso schädlich wie die Sozialdemokratie!“ sprach Hammer weiter, ohne auf die Zwischenrufe, die er mit seinem ersten Ausdrücke hervorgerufen hatte, zu achten. „Die Roten müssen raus!“ schloß er seine Ausführungen, welche ihm ebenfalls den ironischen Beifall unserer Genossen einbrachten. Da man gnädigst 10 Minuten Redezeit gewährt hatte,

sprach zunächst ein Freisinniger, Lehrer Lemke, welcher die Äußerungen des Referenten über Fleischnot und Reichsfinanzen kennzeichnete. Ein Oberstleutnant machte dann Mitteilung, warum man Bobbin aufgestellt habe. Während dieser Rede machten unsere Genossen durch einige Zwischenrufe den verböseren Vorsitzenden so laßlos, daß er die überwachenden Beamten aufforderte, die Ungehörigen zu entfernen. Ein Arbeiter meldete sich zur Geschäftsordnung. „Die Geschäftsordnung bin ich!“ freischte der Vorsitzende. Der Arbeiter soll aus dem Saale gebracht werden. Derselbe läuft jedoch zum Vorstandstisch, längerer Parlamentieren und er kann bleiben. Nach einigen Minuten erhält er das Wort und stellt sich als Herr Dunderscher Gewerbedirektor vor. In kurzen Umrissen zeigt derselbe, daß es Notwendigkeit ist, den Protokollern am 25. die Mitteilung zu geben. (Am Vorstandstisch macht man lange Gesicht.) „Von keiner Partei hat der Arbeiter etwas zu erhoffen, als von der Sozialdemokratie“ schließt der Redner. (Stürmische Draburste unserer Genossen. Ungehörige Aufregung aller Bürgerlichen, namentlich der Liberalen.) Saure Mienen am Vorstandstisch wegen des Depärens, hatte man doch auf eine Vernichtungsrede gegen die Noter gerechnet. Alsdann sprach Genosse Wegner. Naun waren jedoch die 10 Minuten Redezeit abgelaufen, so mußte er abtreten. Ein nationaler Handlungsgeschäfte konnte alsdann 15 Minuten reden, um die Genossen Webel, Stadthagen usw. zu verunglimpfen. Aber noch eine weitere Weisheit verzapfte dieser Held: Wir sind 300 nationale Handlungsgeschäfte am Orte, am Wahltag werden wir's Ihnen zeigen, rief er unseren Genossen zu. Dabei hatten diese Herren ganze 10 Mann im Saale. Am Vorstandstisch war man des Verhandels müde und schloß die Versammlung mit den üblichen Hochrufen. Unsere Genossen antworteten mit Hochrufen auf Jubel.

In Halle referierte am Sonntag in einer sehr gut besuchten Versammlung des Fabrik- und Landarbeitersverbandes Genosse Ritter-Schöneberg. In trefflichen Worten schilderte der Redner die bedrückte und geknechtete Lage der Arbeiter und kennzeichnete die Ausbeutungspolitik der Regierung zugunsten der Agrarier und Unternehmer. Die Versammelten gaben das Versprechen, am 25. Januar nur dem Kandidaten des Kreises Fritz Jubel die Stimme zu geben. Den zweistündigen Ausführungen des Referenten folgten die Versammelten mit größter Aufmerksamkeit.

Rieder-Barnim.

Zurückgezogene freisinnige Kandidatur.

Im Riederbarnim Kreis hatten sich die bürgerlichen Parteien auf die Kandidatur des Bürgermeisters Jethen-Dichtenberg geeinigt. In der vorigen Woche beschloß dann eine Versammlung liberaler Wähler in Hermsdorf, den Professor Gurliitt-Steglyt aufzustellen. G. nahm die Wahl damals an. In einer Wählerversammlung, die am Sonnabend in Tegel stattfand, erklärte Professor Gurliitt nun, daß er nach reiflicher Überlegung auf seine Kandidatur verzichte, um sich den Vorwurf zu ersparen, indirekt nur für den Sozialdemokraten Stadthagen gewirkt zu haben. Die Versammlung beschloß nach kurzer Debatte, einmütig für den Bürgermeister einzutreten. Wird aber auch nichts helfen!

Vor einer überfüllten Versammlung sprach am Sonntag Genosse Kloth im „Café Bellevue“ zu Kummelsburg. Eingangs seiner Ausführungen hob der Referent hervor, daß an diesem Wahlkampfe die Regierung sich in hervorragender Weise beteilige. Der Silberbrief des Fürsten Bülow und die Münzhauseide von der berühmten Dattelfleiste Vernburg seien allerdings nur geeignet, die Regierung lächerlich zu machen. Ebenfalls sei die Verkommenheit der bürgerlichen Parteien nicht herrlicher zu illustrieren, als dadurch, daß sie bereits durch Inerat Wärgroschenjungen zur Vernichtung der Sozialdemokratie suchen. Gewerbdmähige Verleumder gegen die aufsteigende Arbeiterklasse, welche aus dem unerlöschlichen Vorne des Sozialismus immer neue Kräfte schöpft, können den Siegeslauf nicht hemmen. Der Sieg am 25. Januar müsse unser werden. Diskussion wurde nicht beliebt. Der Vorsitzende Genosse John wies noch darauf hin, daß der Bürgermeister Jethen auch schon ein Programm besitze und sich vom Gegner zum Anhänger des bestehenden Reichstagswahlrechts durchgemauert habe; da aber nach der Wahl eine Veränderung darin eintreten werde, sei es jedenfalls besser, wenn ein jeder seine Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten gebe.

Stralsund. In einer am Sonntag im Lokale „Alle Taberne“ stattgehabten zahlreich besuchten Volksversammlung sprach der Genosse Hlod über die bevorstehende Reichstagswahl. Redner ging zunächst auf die jüngste Rede des Reichskanzlers Fürsten Bülow ein und betonte, daß dieselbe sich weniger durch Inhalt als vielmehr durch große Worte auszeichne. Das Eigentümliche des jetzigen Wahlkampfes sei, daß sich hohe Regierungsbeamte herbeilassen, in die Arena des Wahlkampfes hinaufzusteigen und an denselben teilzunehmen. Unsere Gegner suchen dem Volke weis zu machen, als handle es sich bei der bevorstehenden Wahl um die Ehre des Deutschen Reiches. Weiden Angsthreden im Jahre 1887 konnte man dem Volke noch vorreden, daß, falls die damalige Militärvorlage nicht bewilligt würde, die Franzosen und Russen das Land überfluteten und dem Bauern die letzte Kuh aus dem Stalle nehmen würden. Heute liegen die Verhältnisse anders. In Wirklichkeit handele es sich nicht um die nationale Ehre Deutschlands, sondern die Regierung habe bei der Auflösung des Reichstages Hintergedanken gehabt; so die Schaffung einer Kolonialarmee und Mehrforderungen für Heer und Flotte. Gegner meldeten sich in der Diskussion nicht zum Wort.

Nachdem noch einige Genossen gesprochen, wurde nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten die imposante Versammlung geschlossen.

In Schinowalde fand am Sonnabend im Schulzischen Gasthose eine imposante Versammlung statt. Schon in den frühen Abendstunden zeigte es sich, daß die anfänglichen Bedenken gegen eine am Wochentage zu veranstaltende Versammlung unbegründet waren. Der geräumige Saal füllte sich zusehends. 82 Gegner hatten die vordersten Plätze eingenommen, bevor die Lampen angezündet waren. Nach verbreiteter sich die Kunde, daß zahlreiche Gegner in der Versammlung anwesend seien. Die Genossen, die zumeist erst spät von den entlegenen Arbeitstätten heimkehren können, beeilten sich, mit ihren Frauen Platz zu finden. Die Hälfte der über 400 Personen zählenden Besucher mußte mit einem Stehplatz vorlieb nehmen. Zu dem guten Besuch trug natürlich die Absicht der Gegner, die Versammlung zu sprengen, erheblich bei. Bei der Bureauwahl erfolgte der erste Zusammenstoß. Der Vorschlag der Gegner wurde bei der Abstimmung abgelehnt. Alsdann erhoben sie Einspruch dagegen, daß die circa 50 anwesenden Frauen an der Abstimmung teilnahmen. Außerdem schrien sie unaufhörlich „Wählensbed“. (Dort wurde bekanntlich dem Antisemiten Döring aus Berlin nicht mehr das Wort erteilt, weil er am demselben Tage in einer Versammlung in Rehlenberg den Referenten Stadthagen angegriffen, sich dann aber feig aus dem Staube gemacht hatte.) Das mit Majorität gewählte Bureau übernahm die Leitung der Versammlung und der Vorsitzende schenkte den gegnerischen Schreier das Wort ab, indem er darauf hinwies, daß er von seinem Hausrecht Gebrauch machen und jeden Ausfühler feststellen lassen würde. Im übrigen sicherte er den Gegnern unbeschränkte Redefreiheit nach dem Vortrage des Genossen Stadthagen zu. Vetter fertigte zunächst nochmals die Zwischenrufer kurz ab. Sie kamen aber erst zur Ruhe, als die schlagfertigen Entgegnungen Stadthagens immer größere Stürme von Heiterkeit und Beifall bei der Versammlungsmehrheit hervorriefen. Als ihnen der Referent dann vorrechnete, welche Gewinne die Kolonialpolitik den Unternehmern und Aktionären der kolonialen Handelsgesellschaften bringe, wie dagegen die indirekten Steuern den Mittelstand und die Arbeiterklasse belasten, wie ferner die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Bevölkerung nach der preussischen Einkommensteuerstatistik gestaltet sind, schienen sie kuriert. Als Stadthagen sodann bei der Darlegung unserer Programmforderungen in bezug auf die fortwährenden militärischen Rüstungen daran erinnerte, daß die Soldaten nach einem bekannten Ausspruch auf Vater und Mutter schielen müßten, bekräftigte dies einer der gegnerischen Zwischenrufer gar noch mit einem „Sehr

richtig“. Ob die wichtige Kritik des Vortragenden, die hierauf folgte, das Schamgefühl dieses Schreihalses erweckt hat? Offenlich handelt der Zwischenrufer (nach seiner Uniform anscheinend ein „gehobener“ Eisenbahnbeamter) in Zukunft mit mehr Ueberlegung, wenn er in eine sozialdemokratische Versammlung kommandiert wird. Durch brausen den Beifall wurde dem Referenten für seinen begiegnen 1 1/2 stündigen Vortrag gedankt. Trotz wiederholter Aufforderung meldete sich aber nicht einer der vorlauten Gegner zum Wort; nicht einmal der Gärtner Lehmann, den die Gegner zum Vorsitzenden der Versammlung vorgeschlagen hatten. Er wurde sehr vernünftig hervorgerufen, meldete sich aber nicht. Auch keiner der Anhänger des „Patriotischen Vereins“ zu Mühlenbeck, die sich durch Unterschrift zum Besuche der Versammlung verpflichten mußten, nahm das Wort, obwohl sie vorher so laut gegen die Beteiligung der Frauen protestiert hatten. Mit einem kraftvollen Ausruf an die Genossen, am Wahltag ihre Schuldigkeit zu tun, schloß der Vorsitzende die denkwürdige Versammlung.

Hohen-Schönhausen. Am Sonntag, den 20. Januar, fand bei Robert Schulze eine öffentliche Wählerversammlung statt, welche überwiegend von der ländlichen Bevölkerung besucht war. Auch hatten sich fast vollzählig die Gemeindevorsteher sowie ein großer Teil der Gegner eingefunden. Der Referent Genosse Kiehn bot den Anwesenden eine Fülle von Aufklärung über die wichtigsten politischen Fragen. Sein 1 1/2 stündiger Vortrag endete unter großem Beifall der Versammlungsbesucher. In der Diskussion meldete sich trotz des starken Besuchs der Gegner und wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden auffälligerweise niemand zum Wort. Genosse Jandiers kennzeichnete das Verhalten der Gegner im Wahlkampfe, wie sie mit Lügen und Verdrehungen operieren. Gemeindevorsteher Genosse Thiele forderte mit einem zündenden Appell die Versammlungsbesucher auf, nur unserem erprobten Genossen Arthur Stadthagen die Stimme zu geben. Hierauf schloß der Vorsitzende Kiehn mit dem alten Kampfesrufe die für unseren Ort so schön ausgefallene und zahlreich besuchte Versammlung.

Rahnsdorfer Wähe. Hier fand am Sonntagnachmittag im Gasthose der Witwe Klemm eine gutbesuchte Wählerversammlung für Rahnsdorf und Umgegend statt, in der Genosse Grunow-Ober-Schöneweide über die bevorstehende Reichstagswahl sprach. Unter dem Beifall der Versammelten schloß er mit einer Aufforderung zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Stadthagen. Die Gegner machten von der ihnen wiederholt angebotenen Redefreiheit keinen Gebrauch, so daß die lebhafteste Diskussion sich auf die Ergänzung und Erörterung des Referats beschränkte. Ein heftiger Zwischenfall bestand in einem von den überwachenden Polizeibeamten unternommenen Auflösungsversuch, der durch prompte Vertagung verhindert wurde. Es stellte sich heraus, daß die Beamten vom zuständigen Amtsvorsteher in Köpenick die strikte Weisung erhalten zu haben glaubten (oder sollte so etwas in Köpenick wirklich möglich sein?), die Versammlung nach einstündiger Dauer zu schließen. Länger als eine Stunde dürfte eine Versammlung überhaupt nicht dauern! Der sozialdemokratischen Befestigung gelang es dann aber, die Beamten von ihrem (oder des Amtsvorsteher) Irrtum zu überzeugen. Das kleine Vorkommnis dürfte den Reiz der Keuschheit haben und erscheint uns so grotesker, als es sich vor den Toren der Hauptstadt und Intelligenzmetropole abspielte. Somit wir nicht etwa Köpenick meinen.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis!

Den Parteigenossen des ersten Kreises und den Hilfskräften aus dem sechsten Kreise die Mitteilung, daß am Mittwochabend von 7 Uhr an eine Flugblattverbreitung per Kubert von den bekannten Stellen aus stattfindet. Es darf niemand fehlen!

Schöneberg. Heute, Dienstagabend, findet in den „Brachsfällen des Westens“, Spichernstr. 3, eine Volksversammlung statt. Die Genossen werden ersucht, dieselbe zahlreich zu besuchen.

Am Donnerstag, den 24. d. M., finden 4 Volksversammlungen statt: Bei E. Obst, Weiningerstr. 8, Wietzow, Grünwaldstr. 110, Clubhaus, Hauptstr. 5/6, Wilhelmshof, Ebersstr. 80. Gegner sind eingeladen.

Parteigenossen! Die Gegner geben sich die größte Mühe, die Sozialdemokratie durch Wort und Bild zu beschmutzen und zu verleumden, es soll ihnen in unseren Versammlungen zur Aussprache Gelegenheit gegeben werden. Sorgt für zahlreichen Besuch.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Charlottenburg. Zwecks Auswertung der Flugblätter findet in allen Bezirken heute ein Extrazahlabend statt; die Genossen haben alle frühzeitig zu erscheinen. Am Mittwoch ist Flugblattverbreitung, am Donnerstag finden fünf Volksversammlungen statt (siehe Vordrucksammonce). Ferner ersuchen wir alle diejenigen Gewerkschaftler, welche am 25. Januar arbeiten sind, sich um 9 Uhr vormittags im „Volkshaus“, Köpenickerstr. 3, im kleinen Saal, einzufinden. Mitgliedsbuch der Gewerkschaft ist der Kontrolle halber vorzuzeigen. Die Mitglieder des Wahlvereins erhalten ihre Anweisung vom Bezirksführer. Der Vorstand.

Friedenau. Heute Abend Mitgliederversammlung bei Grube, Kaiser-Allee 85. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Die Parteigenossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Am Mittwoch, den 23. Januar, abends 9 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im Stablisement Reisen, Chausseestr. 104 statt; ferner zwei öffentliche Wählerversammlungen am Donnerstag, den 24. Januar 1907, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“ und bei Reisen, Chausseestr. 104. Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referenten die Genossen Ost-Schöneberg und Kurt Heimig-Berlin. Hierzu ergeht an die gesamte Wählerschaft Einladung.

Wilmersdorf. Zu der heute abends 8 1/2 Uhr in den „Brachsfällen des Westens“ einberufenen Wählerversammlung werden die Genossen ersucht, zahlreich zu erscheinen. Am Mittwochabend findet eine Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus statt, an der die Genossen sich zahlreich zu beteiligen verpflichtet sind.

Rantow. Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung bei Reiger, Calandrellistr. 27. Referent Albin Rohs. — Freitag, abends 9 Uhr an, Versammlung zur Verkundung der Wahlergebnisse ebenfalls bei Reiger.

Maricndorf und Umgegend. Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 Uhr, große Volksversammlung. Vortrag über die bevorstehende Reichstagswahl, Referent Schriftsteller Simon Kagenstein. Die Genossen werden ersucht, recht roge für den Besuch der Versammlung zu agitieren.

Treptow-Baumshulsenweg. Die Parteigenossen werden hierdurch aufgefordert, heute abend von 7 1/2-8 Uhr in ihren Bezirkslokalen sich einzufinden zur Erledigung einer sehr wichtigen Arbeit. Es ist unbedingt notwendig, daß alle Genossen pünktlich erscheinen. Das Wahlkomitee.

Kummelsburg. Heute, Dienstag, Extrazahlabend. Ausgabe der Aueris und Festlegung aller Genossen, welche am Wahltag tätig sein können. Das Wahlkomitee.

Friedrichsfelde. Dienstag, den 22. Januar 1907, abends 7 Uhr, Flugblattverbreitung. Die Genossen haben sich einzufinden im Lokal von Loffe, Luisenstr. 29.

Karlshorst. Heute, Dienstag, außerordentlicher Jahrsabend bei Grün (Fürstent), Prinz Adalbertstraße. Jeder Genosse ist zum Erscheinen verpflichtet.

Röpenitz. Diejenigen Parteigenossen, welche am Tage der Wahl als Wahlkontrolleure fungieren wollen, treffen sich am Dienstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, beim Genossen W. o. l. I., Grünauerstraße. Das Wahlkomitee.

Mahlisdorf a. d. Ostbahn. Heute abend um 8 Uhr findet bei Schliefe, Honorerstraße, eine Wählerversammlung statt, in welcher der Genosse Kloth über „Die Auflösung des Reichstages und die Neuwahlen“ sprechen wird.

Reinickendorf-Ost. Heute Dienstagabend 8 Uhr findet beim Genossen Kirich, Marktstr. 2/3, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse J. Borchardt über die kommende Reichstagswahl sprechen wird. Genossen, agitiert für den zahlreichen Besuch dieser letzten Wählerversammlung.

Niederschönhausen. Die Parteigenossen, die sich an den Wahlarbeiten beteiligen wollen, kommen am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, zu den Vorarbeiten bei Thulmann, in der Uhländerstraße, zusammen.

Wilhelmsdrub. Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 Uhr, Wählerversammlung im Saale des Herrn Deutschmann, Hauptstraße. Genosse W. Dümel referiert über: „Die Wahl am 20. Januar“. Genossen, agitiert für Massenbesuch!

Bezirk Waldmannslust. Dienstagabend, den 22. Januar, findet in Vorstwald, im Vereinslokal bei Reuter ein Ertragsabend statt, in welchem zu den Arbeiten am Wahlloge Stellung genommen werden soll. Alle Genossen, welche am Wahlloge von früh an sich der Partei zur Verfügung stellen können, müssen erscheinen. Mittwochabend findet im Lokal von Wollschach, Ernststraße 1, eine Wählerversammlung und Donnerstagabend in Waldmannslust im „Schweizerhäuschen“ eine Wählerversammlung statt. Dankschreiben und die beiden Versammlungen durch die Abteilungsleiter, die Genossen mögen sich denselben zur Verfügung stellen. Das Wahlkomitee.

Spandau. Am Dienstag und Mittwoch, abends 7 Uhr, Flugblattverbreitung, ebenfalls in den Nachbarorten Nischelhof, Tietzwerder, Staaken und Haselhorst. Keiner darf fehlen. Am Donnerstag, den 24. Januar, Flugblattverbreitung auf dem Lande. Hierzu können sich arbeitslose Parteigenossen im Wahlbureau, Wisnardsstraße 6, melden.

Berliner Nachrichten.

Sparpolitik oder Mangel an Dispositionvermögen? Draußen vor den Toren Berlins befindet sich die neuerbaute Irrenanstalt Buch und die Heilmittelanstalt. Während in der letzteren Anstalt die Beförderung der Kranken und des Personals befriedigend genannt werden kann, so nehmen die Klagen über die Zustände in der Irrenanstalt Buch kein Ende. Auf die Beschwerden der Angestellten teilte der leitende Arzt Dr. S., dem Verbandsorgan der Angestellten, der „Sanitätswoche“ mit, daß die unzureichenden maschinellen Einrichtungen schuld an der mangelhaften und qualitativ ungenügenden Kost für Kranke und Pfleger seien. Seit dieser Zeit sind vier Wochen ins Land gegangen und die Verpflegungsverhältnisse werden nicht besser immer arger. Am letzten Montag wurde mit dem Mittagessen so lange „probiert“, daß es 1/2 Uhr wurde, ehe die Leute ihren Hunger stillen konnten. Eine vorhergehende „Probe“ war nämlich nicht genießbar. Auch die Kranken drohen, die Speisen und den Kaffee den Wärtern an den Kopf zu werfen, wenn es nicht besser mit der Kost würde. Die Pfleger und Pflegerinnen, die daselbst Essen wie die Internierten genießen müssen, kommen durch die fischen-technischen Studien der Direktion in eine recht heisse Situation. Das Kuratorium der Heilmittelanstalt möge in der Irrenanstalt Buch einmal nach dem Rechten sehen, denn so wie jetzt, kann es dort nicht weiter gehen, wenn man etwa nicht will, daß es dort zu einer Rebellion der Angestellten kommt.

Mit welchen Finessen heutzutage das Publikum um Geldbeträge erleichtert wird, dafür dienen folgende „Geschäftsempfehlung“, die ein sich als Ingenieur bezeichnender Herr S. in Wilmersdorf verfaßt. In dieser „Empfehlung“ heißt es:

„Ich bin in der Lage, Ihnen gegen Voreinsendung von Mark fünf (das ist die Hauptsache, Red.), einen Kunstgriff mitzutellen, laut dem Sie sich mit sehr geringen Kosten Kaufende von zum allergrößten Teil in Abrechnungen pp. nicht enthaltenen Abreisen der für Sie direkt in Betracht kommenden Interessenten verschaffen können.“

Ich erkläre mich bereit, Ihnen den Betrag von Mark 4.50 zurückzugeben, falls Sie mir nachweisen, daß Sie bereits früher von dem Kunstgriff in der von mir angegebenen Weise regelmäßig Gebrauch gemacht haben.“

Der größte Kunstgriff des Herrn scheint schon in der geschickten abgefaßten Reklametarte zu liegen. Wer auf die Verirrtung geht, ist um fünf Mark ärmer und eine Erfahrung reicher.

Hochwohlgeborene verdienen keine Achtung!

Also befehlt ein Leutnant von V. (der Rome ist der einer fälschlichen Persönlichkeit), also ein Hochwohlgeborener, einen gewöhnlichen Soldaten auf dem Postamt einer Postanweisung. Der blaueblättrige Herr Leutnant schrieb nämlich:

„Bitte schreiben Sie andermal (wörtlich: Kadettenanstalt-Deutsch) Titel und Hochwohlgeborenen dabei, „Achtungsbol!“ (schreibt man nur zu untergeordneten Personen.“

Man muß also „untergeordnet“ sein und nur rotes Blut in den Adern haben, um Achtung zu verdienen. Gehört man zu den Geistes der Nation, so genügt Titel und Verschönerung der Hochwohlgeborenenheit!

Ein ganzes Stadtviertel ohne Anschlagkäule. In der Schönhauser Vorstadt ist in den letzten zwei Jahren ein ganz neues Stadtviertel entstanden und zwar die Straßen Gleimstraße von der Stettiner Bahn bis Schönhauser Allee, Gaudystraße, Sonnenburgerstraße, Koppenhagen-, Korförde-, Kadenerstraße, Falkplatz usw. Es ist, wie man uns schreibt, in der ganzen Gegend keine Anschlagkäule zu finden, die Ausschuss gäbe, wo man Feuer meldet, wo sich Post, Polizei usw. befindet, und die auch wichtige amtliche Bekanntmachungen enthält. Es bedarf hoffentlich nur dieser Anregung, um den Magistrat zu veranlassen, hier Abhilfe zu schaffen. Die gleiche Klage wird uns aus dem in der Nähe des Vichow-Krankenhaus gelegenen neuen Stadtviertel gemeldet.

Eisenbahnunfall. Am Sonntag Abend ist nach amtlicher Meldung um 9 Uhr auf dem Schlessischen Bahnhof der mit zwei Maschinen versehene unbesetzte Kölner D-Zug auf den noch in der Halle stehenden, um 9 Uhr 20 Min. zur Abfahrt fälligen, gleichfalls unbesetzten Baseler D-Zug Nr. 190 aufgefahren. Menschenleben gerieten nicht in Gefahr. Vor dem stehenden Zuge wurde der am Ende befindliche Postwagen beschädigt, dessen Stiege eingedrückt und die hintere Achse aus den Schienen gehoben. Ferner wurden verschiedene Buffer des vorgekuppelten Wagens zertrümmert. Die erste Maschine des ausfahrenden Zuges bohrte sich darauf in den Postwagen ein, daß sie losgekuppelt werden mußte, d. h. ohne vorläufig aus dem Postwagen entfernt werden zu können. Der ausfahrende Zug wurde umgelegt und konnte planmäßig den Bahnhof verlassen. Der Baseler Zug mußte neu zusammengefaßt werden und konnte um 11 Uhr abgelassen werden. Gleis B ist bis auf weiteres gesperrt. Die Schuld dürfte den Lokomotivführer Dabandt treffen, da derselbe anscheinend die Schlußlaternen des haltenden Zuges übersehen hat.

Eine neue Wirtshaus scheint in der Steuerannahmestelle VIII. Nickerstraße, zu herrschen. Ein Leser unseres Blattes hat dort Erfahrungen machen müssen, die auch weitere Kreise interessieren dürften und folgendermaßen lauten:

Laut Kassenquittung habe ich meine Steuer nebst Hundsteuer am 10. November 1906 bezahlt. Am 28. November belomme ich einen Mahnjettel, meine Steuern noch einmal zu bezahlen. Es ist dieses jetzt bereits das zweite Mal, daß ich noch mal bezahlen soll. Im letzten Quartal ging es mir ebenso. Diefem letzten Mahnjettel schenke ich weiter keine Beachtung, da ich die Quittung aufbewahrt hatte; ich wollte doch mal sehen, was daraus werden sollte. Am 14. Januar 1907 erhielt ich wirklich den Besuch des Gerichtsvollziehers. Nach Aussage dieses Beamten hätte er meine Wohnung öffnen müssen, wenn er niemand zu Hause angetroffen hätte. Hätte ich jetzt nicht mehr die Quittung in den Händen, so könnte ich also wirklich noch einmal bezahlen.

Man ist heutzutage froh, wenn man einmal bezahlt hat und es ist kaum begreiflich, wie die Verwaltung dazu kommt, zum zweitenmal Zahlung zu verlangen. Für die Steuerzahler dürfte dieser Vorgang eine dringende Mahnung sein, Quittungen über geleistete Zahlungen längere Zeit sorgfältig aufzubewahren.

Eine entsetzliche Verhinderung erlitt vorgestern nachmittag der 33 Jahre alte Zimmermann Gustav Siwert aus Kaulsdorf, welcher, auf dem Wege nach dem Bahnhof Lichtenberg begriffen, gegen 2 Uhr nachmittags die Frankfurter Allee passierte. An der Ecke der Thaeerstraße wollte S. den Fahrradweg überschreiten, als ein Straßenbahnwagen der Linie 88 herannah. Siwert versuchte, noch kurz vor dem Straßenbahnwagen die Schienen zu kreuzen, wurde jedoch von der Seitenwand der Vorderplattform erfasst und zu Boden gerissen. Er fiel zwischen Wohnwagen und Vorderwelle der Promenade zu Boden und geriet mit dem rechten Arm unter den Schutzrahmen des Kraftwagens. Am den Angliedchen zu befreien, mußte der Wagen angehoben werden. Dem Siwert waren die Knochen des rechten Unter- und Oberarmes zermalmt worden, und im Krankenhaus Friedrichsbain, wohin der Verletzte gebracht wurde, mußte ihm der Arm abgenommen werden.

Kampf mit Geisteskranken. In der letzten Nacht erregte der 29 Jahre alte wohnungslose Kutscher Franz Wötcher peinliches Aufsehen, als er laut schreiend und bis auf die Hüften entkleidet, die Oberbergerstraße auf und ab lief. In seiner Begleitung befand sich der gleichfalls wohnungslose 34 Jahre alte Emil Schmidt. Als Wötcher zur Wache geführt werden sollte, verließ er in Tobfucht. Auch Schmidt geriet in Koferei, verlegte drei Schublenne und zertrümmerte eine Milchglasflasche. Schmidt wurde nach Bergbergr gebracht, wo er sich schon einmal befunden hat, während Wötcher erst untersucht werden muß.

Freigegebener Straßenübergang. Durch die Abperrung der Promenade der Grünthalerstraße war bekanntlich auch der Uebergang von dort zur Soldinerstraße durch einen Brettergaul inibiert worden. Auf Veranlassung des königl. Polizeipräsidiums hat nun das Reklamebureau, welches den Promenadenstreifen vom Eisenbahnstakt seinerzeit mietete, den Teil der Promenade, welcher im Zuge der Soldinerstraße liegt, freigeben müssen, so daß eine Passage über die Grünthalerstraße möglich ist.

Von der Straßenbahn überfahren wurde gestern nachmittag in der Leipzigerstraße, in der Nähe des Dönhofsplatzes, eine Frau. Dieselbe war im Begriff, den Straßenkamm zu überschreiten, als ein Wagen der Linie 17 herangeilt kam und sie zu Boden rih. Die Verunglückte hatte schwere Verletzungen erhalten und wurde zunächst in die Unfallstation in der Kronenstraße gebracht, wo ihr die erste Hilfe zuteil wurde.

Im Ober-Spree-Kanal ertrunken ist der siebenjährige Sohn des Korbmakers Langner aus Mühlrose, der die auf dem Wasser noch teilweise vorhandene Eisdecke betreten hatte. Der Knabe war in diesem Winter schon zweimal eingetrochen, wurde jedoch in beiden Fällen so rechtzeitig gerettet, daß er keinerlei Schäden erlitt. Seine Eltern hatten ihn aber infolge dessen auf das strengste verboten, sich dem Kanal zu nähern. Dennoch war der Junge am Sonnabend mit anderen Kindern nach dem Wasser gegangen und begab sich dort auf die Eisfläche. Raum vier Meter vom Ufer entfernt, brach der Knabe ein und verschwand sofort in den Kluten. Schiffer, die sich mit ihren Fahrzeugen in der Nähe der Unfallstelle befanden, bemühten sich vergeblich, den Jungen zu retten, dessen Körper unter der Eisdecke abgetrieben war. Erst nach etwa zweistündigem Suchen konnte die Leiche des ertrunkenen Kindes gelandet werden.

Ein seltsamer Leichensund ist vorgestern im Landwehrkanal gemacht worden. In der Nähe der Charlottenburger Brücke wurde der Leichnam einer unbekannt, etwa 40 Jahre alten Frau aus dem Wasser gelandet. Die Höhe der Toten waren völlig unbekannt. Ob die Unbekannte in diesem Zustande Selbstmord verübt hat oder verunglückt ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Mehrere Verletzungen, die auf ein Verbrechen hindeuten könnten, sind an dem Körper bisher noch nicht entdeckt worden. Die Leiche ist zur Obduktion in das Schauhaus gebracht worden.

Im Polizeigewahrsam gestorben. Im Polizeigewahrsam hat vorgestern der 37jährige wohnungslose Emil Kögel den Tod gefunden. Durch Arbeitslosigkeit war K. in große Not geraten und mußte schließlich betteln gehen. Am Sonnabend wurde er im 42. Polizeirevier dabei abgefaßt und nach dem Gewahrsam am Alexanderplatz gebracht. Dort ist er vorgestern aus unbekannter Ursache gestorben.

Zwangsverkauf. Personen, die am Sonnabend, den 19. Januar, Zeugen waren, wie in der Badstraße, Ecke Grünthalerstraße, die eine Dame von einem Wagnerswagen der Linie 88 überfahren wurde, werden höflich gebeten, ihre Adresse Frau Rehfeld, Berlin, Grünthalerstr. 1a, mitzutellen.

Bei einem Brande, der vorgestern abend in der Solbiferstr. 30a bei Pfeil in Adressendort der Eltern in deren Wohnung ausbrach, gerieten zwei Kinder im Alter von 2 1/2 und 5 Jahren in große Lebensgefahr. Die Kinder lagen schon in den Betten, die von ihnen in Brand gefickt worden waren. Auf das Geschrei der Kinder drangen noch vor Ankunft der Feuerwehr Hausbewohner in die Wohnung ein und holtten beide Kinder heraus. Das kleinste hatte schon recht bedenkliche Verletzungen erlitten. Die Flammen, die die Betten, Möbel usw. ergriffen hatten, konnten bald gelöscht werden. Außerdem hatte die Feuerwehr vorgestern noch an sechs anderen Stellen zu tun. Unter anderem brannten mittags in der Strauhergerstraße 6a ein verspäteter Weihnachtsbaum, Möbel, Gardinen usw.

Verloren gegangen ist am Sonnabend bei dem Vergnügen des Verbandes der Buchdrucker in der „Neuen Welt“ ein goldenes Kettenarmband. Der Finder des Armbandes wird gebeten, es bei Kochmann, Christburgerstraße 55, abzugeben.

In vandallischer Weise geklaut haben Einbrecher, die einem Herrn Klemm, Planufer 30, Besuch abstatteten. Sie begnügten sich nicht damit, nur eine Summe von 586 Mark und eine Anzahl Kleidungsstücke mitzunehmen, sondern zertrümmerten in der Wohnung auch alle möglichen Möbelstücke und Gebrauchsgegenstände. Von den Vandalen hat man keine Spur.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 23. Januar, 7 1/2—8 1/2 Uhr, veranstaltet der Igl. Musikdirektor Verth Jergang in der Sankt Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Martha Dreher-Wolff (Sopran), Fel. Theresie Hund (Alt) und Fr. Wally Pasch (Violine). Orgelkompositionen von Bach, Liszt, Phantasia und Fuge über Bach) und Reges. Der Eintritt ist frei!

Feuerwehrbericht. In der Leipzigerstr. 80 brannte gestern ein Kalkwagen, in der Säbestr. 10 Fuchböden, Schaldecken usw., in der Gollnowstr. 28 Möbel u. a. Vermal wurde die Wehr nach der Turmstr. 61 alarmiert, wo Stroh in einem Keller brannte. Vor dem Hause Adalbertstr. 58 brannte ein Müllwagen und in der Wiesenhaferstr. 22 Zeer. Wäsche, Kleider usw. wurden in der Wirsbacht. 7 ein Korb der Flammen. Ein Küchenbrand beschäftigte die Wehr in der Rodenbergstr. 8. Ferner liefen noch

Alarme aus der Kochstr. 4, Wobstr. 80 und von anderen Stellen ein. Der 7. Zug hatte in der Friedrichselderstr. 41 zu tun, wo ein Pferd sich in einer Kollage befand.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der letzten Generalversammlung des Zentralverbandes der Handelt-, Transport- und Verkehrsarbeiter wurde die Abrechnung für das 4. Quartal 1906 gegeben. Danach betrug die Gesamteinnahme 6181,00 M. und die Ausgabe 5206,27 M. Es verbleibt ein Restbestand von 885,70 M. Nach dem Geschäftsbericht von 1906 haben stattgefunden 402 Sitzungen und Versammlungen. Neu gewonnen wurden 942 Mitglieder; leider mußten wieder 628 gestrichen werden. Die Zahlstelle Charlottenburg hat jetzt einen Mitgliederbestand von 1235 gegen 921 im Vorjahre. An Krankenunterstützung wurden gezahlt 1121,90 M., Arbeitslosenunterstützung 167 M., Rechtshilfe 265,35 M. Lohnbewegungen und Differenzen haben 14 stattgefunden. Die Neuwahl des Vorstandes ergab das folgende Resultat: 1. Bevollmächtigter A. Gebert, 2. Bevollmächtigter G. Schüge; 1. Kassierer G. Kahlert, 2. Kassierer Paul Bernide; 1. Schriftführer Bruno Reichelt, 2. Schriftführer Ernst Schepfle; als Beisitzer: Reumann, Dausche und Weber. Gewerkschaftskommission: Gebert, Schüge und Aug. Hader. Redakoren: G. Korn, E. Hader und Fr. Vogen. Volksauskommission: G. Kahlert. In den Gausvorstand: G. Schüge. Zum Schluß wurde eine Kommission zur Ueberwachung für die Einhaltung der Sonntagsruhe gewählt und zu reger Beteiligung an den Arbeiten für die Reichstagswahl aufgefordert.

Friedrichsfelde.

Die beschiebende Teuerung der Nahrungsmittel ist nun auch durch den Gemeindevorsteher anerkannt. Die Gemeindevorsteher und auch die Gemeindebeamten sind um Gehaltssteigerung eingekommen. Begründet wurden die Gehaltssteigerungen mit den fortgesetzt steigenden Lebensmittelpreisen. Gemeindevorsteher Böcher erkannte die Begründung der Anträge als berechtigt an; entgegen seiner früheren Auffassung gelegentlich einer sozialdemokratischen Interpellation, wobei er meinte, die Teuerung sei nur durch die Preise künstlich aufgebauscht worden. Die beiden Petitionen wurden einer Kommission überwiesen. Genosse Binseler beantragte, die Löhne der Straßenarbeiter ebenfalls zu erhöhen. — Für den Ortsteil Karlshorst wird in kürzester Zeit ein eigenes Stabsamt eingerichtet. Ein entsprechender Beschluß wurde einstimmig gefaßt, ebenso wurde eine bessere Beleuchtung der Treppen-Allee, der Verbindungstraße zwischen beiden Ortsteilen, beschlossen. Die Stelle des neuen Gemeindevorstehers soll nun ausgeschrieben werden. Als Anfangsgehalt sind 6000 M., steigend von drei zu drei Jahren bis 7000 M., festgesetzt; außerdem wird ein Wohnungsgeld von 1000 M. gewährt. Der Bewerber muß Jurist und längere Zeit in Kommunalverwaltungen tätig gewesen sein.

Der Spezialarzt Dr. med. Fürstheim hatte um die Genehmigung zur Errichtung eines Kinderpensionats in Karlshorst nachgesucht. Insbesondere sollen körperlich schwache, sowie geistig zurückgebliebene Kinder dort Aufnahme finden und durch besonders vorgebildete Lehrkräfte Schulunterricht erhalten. Die Karlshorster Vertreter hatten gegen die Errichtung bezw. Genehmigung eine heftige Opposition entfaltet, weil der Ort dadurch in seinem Renommee geschädigt würde. Tatsächlich ist durch diese praktische Veräußerung der christlichen Liebe der Antrag des Dr. Fürstheim zurückgezogen. Da die Karlshorster Vertreter fast durchweg Mitglieder des Gemeindevorstandes sind, ist dieser Akt von Nichtbetätigung christlicher Liebe ganz besonders zu bemerken.

Die Kanalkationskommission hat mit einem bisher geübten Modus, Gemeindefarbeiten in beschränkter Submission zu vergeben, gebrochen. Den Bau des Maschinenhauses zur Hauptpumpstation, welcher ohne Wissen der Kommission vom Gemeindevorstand nach altem Modus ausgeschrieben war (fünf Firmen waren zur Abgabe von Offerten aufgefordert worden), hat die Kommission nochmals zurückgewiesen unter gleichzeitiger Beschlusseffung, alle Arbeiten in freier Submission zu vergeben. Wenn auch die sogenannten Submissionsabläufe noch stärker hervortreten, so wird doch insofern ein Riegel vorgeschoben, als sich die Submittenten vorher zur Schröpfung der Gemeinde nicht verhandigen können.

Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 69 folgende Beiträge ein:

Arbeiter der Stodfabrik C. u. A. Medlich, Ritterstr. 45, Prozentkasse 20.—. Vätergesellschaft der Großbäcker Eduard Goldader 27,00. Stammgäste von Kranide, Alte Jakobstraße 4.—. Werkstätte von Bohmer u. Dünzer, 2. Rate 20.—. Hilfsarbeiter an den Notationsmaschinen im „Lokal-Anzeiger“ 51,30. Statut „Gemütslichkeit“, Moritzstr. 9 5.—. A. Wache 2.—. Schneider von Kern u. Tschirps 5.—. Lotterieverein „Gute Hoffnung“, bei Lerche, Gleimstr. 63 5.—. Drechlerei Begeleben, Andreasstr. 6,10. Gutenberg durch H., 2. Rate 15,30. Verband der Lederarbeiter, Filiale Berlin II, Lohgerber und Lederzürcher 100.—. Gefangenenverein „Vorbeerkranz“ bei W. Spaet, Weinst. 28 10.—. Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter, Zweigverein Berlin, Sektion II, Verf. 20. 1. 07 durch Schuldt 41,05. Kühne, Petersburgerstr. 20 1.—. Arbeiter der Schuhfabrik von Jakob Schubert, Kaiserstr. 6,30. Kraft-Zornverein „Brüderlichkeit“ I Berlin, M. d. Arb.-Athlet. G. Deutschl. 5.—. Berliner Schneidergewerkschaft „Hoffnung“ 25.—. G. Leys 4,20. Theaterverein „Norm.“ 20.—. Verband der Buchdrucker Emil Witzig Kalkstr. 11,75. Freies Leben 10.—. Tischfabrik Vortels, Frankfurter Allee 198 5,10. Buchdrucker-Hilfsarb. Verabteilung „Vorwärts“, 2. Rate 10.—. Votenpersonal der Firma Willein u. Co. 15.—. Buchdruck. Gebr. Ernst 10,80. Georg Gruetz, Stralau, Abt. Gieherei 31,35. Stukkatureur und Kabinenbauer von Gerlach, Kürstnerhof 17.—. Tapezierer von Simons, Wallstraße 5,50. Koberleger und Helfer von Bogt u. Kerpmann, Tempelhofer Wer 23 6,70. Tapeziermeister B. Redelshäuser 8.—. Gesamtsumme v. d. Arbeitern der Firma D. Wilows 6,30. Gesamtpersonal der Firma Jul. Sittenfeld, 3. Rate 110,80. Verein der Verkaufstatter 4,25. Von blinden Proletariern u. Proletarierinnen d. B. R. 10.—. A. R. 1.—. Buchbinder v. Alderly u. Bauer 45.—. Gieherei Pahnke, Linienstraße 153 10,50. A. R. Klub „Glück“, Friedrichsberg 10.—. Verband der Sattler, Ortsverein Berlin, Vergnügungskomitee 100.—. Elektromonteur von Gebauer u. Nag 8.—. G. S. 77 100.—. Sammlung d. Bondagisten Ka. E. Müller 4.—. Gutmann von A. u. D. 8.—. Goldmüller 10.—. Gef. bei Müllner u. Co., Göttschestraße 80 5.—. Zentralverband der Schmiede, Bez. 11. Kellersammlung der Bez.-Verf. vom 16. 1. 07, 6,85. Schlosser u. Schmiede der Fa. A. M. Krause, Pantow, Moritzstr. 33 20,30. Scherfasse der Anordbrems 5.—. Zentralverband der Steinarbeiter, Zahlstelle Berlin II 50.—. Arbeiter-Kassafretverein Marienfelde 10.—. Arbeiter u. Arbeiterinnen der Schuhfabrik Gebr. Kalkmann 19,30. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg) Filiale Pantow 10.—. Fr. Niemann, St. Johann 10.—. Summa 1068,50 M. Vereits quittiert 16 190,41 M. (nicht 16 189,41 wie irrthümlich in Nr. 17). Summa 17 248,91 M. Weitere Beiträge werden in unserer Expedition entgegengenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 10, Ausgang 4, eine Treppe (Handelsstraße-Gebäude, Turmhang und Lindenstr. 101), wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestützt 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Geleitliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Dr. L. W. Bei und schon am 12. Januar publiziert.

